



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Bildungsbericht 2011**

Datum: 15. November 2011

Nummer: 2011-314

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

betreffend Bildungsbericht 2011

vom 15. November 2011

1. Ausgangslage

Der Landrat nimmt gemäss § 89 Buchstabe c des Bildungsgesetzes vom 6. Juni 2002; SGS 640, aufgrund eines diesbezüglichen Berichtes des Regierungsrates alle 4 Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Stellung. Erstmals legte der Regierungsrat mit Beschluss vom 6. November 2007 dem Landrat den Bildungsbericht 2007 vor (LRV [2007-279](#)).

Der Bildungsbericht 2007 war als Standortbestimmung vor den bildungspolitischen Weichenstellungen im Zuge der schweizerischen Bildungsharmonisierung und als Ergänzung zum schweizerischen Bildungsbericht 2007 konzipiert.

Als gemeinsames Entwicklungsprojekt im Sinne der Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz vom Dezember 2009 (Regierungsvereinbarung 2009) wird auf 2012 und ab 2016 alle vier Jahre wiederkehrend ein vierkantonaler Bildungsbericht erstellt. Den Auftrag zur Ausfertigung des "Bildungsberichts Nordwestschweiz 2012" beschloss der Regierungsausschuss am 17. Juni 2011 gestützt auf § 7 genannter Regierungsvereinbarung. Dieser hält fest: "Der Regierungsausschuss unterbreitet den Regierungen periodisch einen Bildungsbericht zum Bildungsraum Nordwestschweiz". In der Folge passte der Regierungsrat mit Beschluss vom 28. Juni 2011 das Konzept für den Bildungsbericht Basel-Landschaft 2011 an.

2. Angepasste Konzeption Bildungsbericht Basel-Landschaft 2011 und Verzicht auf einen kantonalen Bildungsbericht ab 2015

Der Regierungsrat beabsichtigt, auf einen Bildungsbericht Basel-Landschaft ab 2015 zu verzichten. Er will dem gesetzlichen Auftrag (§ 89 Buchstabe c Bildungsgesetz) einerseits erstmals mit dem Bildungsbericht Nordwestschweiz 2012 und andererseits mit den darauffolgenden, ab 2016 alle vier Jahre erstatteten Bildungsberichten Nordwestschweiz, entsprechen.

Der Bildungsbericht Basel-Landschaft 2011 wurde daher hinsichtlich der Überführung in die vierkantonalen Bildungsberichterstattung als Zwischenbericht konzipiert und erstellt. Zuerst wird stufenübergreifend und mit Bezugnahme auf die regierungsrätlichen Schlussfolgerungen 2007 (vgl. Bildungsbericht 2007, S. 144 – 147) Rechenschaft abgelegt. Nachfolgend wird jede Bildungsstufe in einem statistischen Porträt mit beschreibendem Kommentar sowie mit einer Beschreibung der lau-

fenden Entwicklungen dargestellt. Indikatoren und Kennziffern werden fortgeschrieben und damit die Entwicklungen im basellandschaftlichen Bildungswesen über die Zeit vergleichbar dargestellt.

3. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir, gemäss beiliegendem Entwurf zu beschliessen.

Liestal, 15. November 2011

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Zwick

Der Landschreiber:
Achermann

Beilagen:

- Auszug aus dem Bildungsbericht BL 2007, Schlussfolgerungen des Regierungsrates
- Bildungsbericht 2011 Kanton Basel-Landschaft

Entwurf

Landratsbeschluss

betreffend den Bildungsbericht 2011

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst :

Vom Bildungsbericht 2011 des Regierungsrates wird Kenntnis genommen.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Präsident:

Der Landschreiber:

Schlussfolgerungen des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat eine Standortbestimmung zur erreichten Qualität des Bildungswesens und zur Umsetzung des Bildungsgesetzes sowie der schweizerischen Bestimmungen für das gesamte Bildungswesen vorgenommen. Aufgrund der Darlegungen, Konsequenzen und Ausblicke in den einzelnen Kapiteln sowie der Stellungnahme des Landrates werden verschiedene Aspekte der weiteren Entwicklung des Bildungswesens durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion geprüft und dem Regierungsrat zur weiteren Beschlussfassung zugeleitet. Im Folgenden fasst der Regierungsrat in Übereinstimmung und Ergänzung zum Regierungsprogramm 2008 bis 2011 die 10 wichtigsten Entwicklungsaufgaben zusammen. Es sind Aspekte, die in den nächsten Jahren bildungspolitische Weichenstellungen erforderlich machen.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion hat als Grundlage dieser Schlussfolgerungen den Bildungsbericht unter Federführung der Stabsstelle Bildung mit der Redaktionsgruppe Bildungsbericht vorbereitet. Das Statistische Amt hat die statistischen Portraits beigesteuert. Einbezogen bei der Erarbeitung wurden die «Betreiberinnen und Betreiber» der Schulen: die Dienststellen im Bildungsbereich und die Schulleitungskonferenzen, die Amtliche Kantonalkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer sowie die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Schulräte. In Begleitveranstaltungen wurden durch die Beteiligten Zwischenergebnisse und – mit entsprechenden Sachverständigen – ausgewählte Entwicklungsthemen diskutiert. Der Bildungsbericht ist in das Editorial des Vorstehers der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, den Berichtsteil sowie diese Schlussfolgerungen des Regierungsrates gegliedert.

Als wichtige, generelle Vorbemerkung muss darauf hingewiesen werden, dass im Zusammenhang mit der Abschätzung der Kostenfolgen unbedingt berücksichtigt werden muss, dass je nach Standards eine grosse Bandbreite an Kostenvarianten zur Diskussion steht. Sollten aus den Schlussfolgerungen konkrete Projekte entstehen oder weiterverfolgt werden, so werden sie im Rahmen von konkreten Vorlagen und Einzel-Anträgen an den Landrat exakt beziffert.

Eine wichtige Einflussgrösse für die Angebotsplanung ist die Schülerinnen- und Schülerzahl. Dem aktuell prognostizierten Trend zum Rückgang der Schülerinnen- und Schülerzahl tritt der Kanton Basel-Landschaft mit einer offensiven Familienpolitik, insbesondere einem möglichst attraktiven Angebot an familienergänzenden Betreuungsmassnahmen, entgegen. Zusätzlich soll durch organisatorische Verbünde der Schulkreise bei der Schulraumplanung Flexibilität im Ressourceneinsatz und in der Raumnutzung gesichert werden.

Der Regierungsrat zieht unter Einbezug der Ergebnisse der Beratungen des Bildungsrates vom 19. September 2007 folgende Schlussfolgerungen:

1. Bildungsraum Schweiz und Nordwestschweiz

Die EDK hat das Beitrittsverfahren zur interkantonalen Vereinbarung vom 14. Juni 2007 über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) eröffnet. Eine Konsultation zur gemeinsamen und eng koordinierten Umsetzung der Regelungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn im Bildungsraum Nordwestschweiz ist bis Ende September 2007 durchgeführt worden.

Mit dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat wird der Kanton Basel-Landschaft insbesondere über folgende Aspekte einer Harmonisierung zu entscheiden haben:

- Ausrichtung auf schweizerische Bildungsstandards für die obligatorische Schule;
- Einführung der neu unter Einschluss des Kindergartens acht Jahre dauernden Primarschule und Verkürzung der Sekundarschule auf 3 Jahre;
- Einführung eines Schulobligatoriums von 11 Jahren und Vorverlegung des Eintritts mit Verschiebung des Stichtages um drei Monate vom 1. Mai auf den 31. Juli.

Zusätzlich werden für eine engere Koordination und Kooperation im Bildungsraum Nordwestschweiz folgende Anliegen geprüft:

- Gemeinsame Ausgestaltung des Schuleingangsbereichs mit der Variante Basisstufe (Verbindung von Kindergarten und den ersten beiden Jahren der Primarschule) oder Grundstufe (Verbindung von Kindergarten und dem ersten Jahr der Primarschule);

- Gemeinsam koordinierte Gestaltung der Sekundarstufe I mit einem gemeinsamen Abschlussverfahren und einem gemeinsamen Abschlusszertifikat für drei Anforderungsniveaus;
- Einführung eines 4 Jahre dauernden Gymnasiums;
- Ergänzendes Projekt zur weiteren Entwicklung des Unterrichts (Projekt Lernen 21+).

Der Regierungsrat strebt den Beitritt zum HarmoS-Konkordat in Verbindung mit einer ergänzenden Koordination und Kooperation im Bildungsraum Nordwestschweiz an. Als Eckwerte für die Verhandlungen zum Bildungsraum Nordwestschweiz hält er fest:

- Die koordinierte Neugestaltung des Schuleingangsbereichs in der Nordwestschweiz – mit grösstmöglicher Übereinstimmung mit der ganzen deutschsprachigen Schweiz – wird angestrebt;
- An der dreigliedrigen Sekundarschule mit drei Anforderungsniveaus und drei Abschlussniveaus am Ende der obligatorischen Schule wird festgehalten; angestrebt wird eine kooperative und durchlässige Sekundarschule «unter einem Dach»;
- Die Ausbildung am Gymnasium soll weiterhin 3½ Jahre oder aber – koordiniert mit den anderen nordwestschweizerischen Kantonen – 4 Jahre dauern;
- Die verbleibenden Differenzen in der Staffelfung des Fremdsprachenunterrichtes und beim Übertritt in die Sekundarstufe II sollen für eine gemeinsame Lösung verhandelt werden.

2. Teilautonome, geleitete Schule

Den Schulen soll mit dem Ziel der Verbesserung von Effektivität, Effizienz und Chancengerechtigkeit mehr Handlungsspielraum bei der Umsetzung der Stundentafel und der Verwendung von Sachmitteln sowie für die Weiterbildung ihrer Lehrpersonen ermöglicht werden. Die Einführung neuer Modelle zur Zuteilung der finanziellen Mittel (insbesondere die Einführung von Schülerpauschalen bzw. eines Lektionendachs) und die Möglichkeit zur Mehrjährigkeit in den Budgetierungsprozessen (Übernahme eines Teils eingesparter Mittel ins Folgejahr) sollen geprüft werden. Das nötige Augenmerk wird der Regierungsrat auch auf die Unterstützung der Schulleitungen richten und hier Verbesserungen in der administrativen Belastung und in der Aus- und Weiterbildung anstreben. Ferner sollen mit Blick auf die anstehenden Entwicklungen die Ressourcen der Schulleitungen überprüft und nötigenfalls gestärkt werden.

3. Unterrichtsqualität

Der bisherige Unterricht ging von der Annahme aus, dass die Schülerinnen und Schüler den von ihren Lehrpersonen vermittelten Stoff alle mehr oder weniger ähnlich aufnehmen, verarbeiten und reproduzieren. Die zunehmende Heterogenität auf allen Schulstufen, aber auch neue Erkenntnisse der kognitiven Lernforschung machen neue Formen der Unterrichtsgestaltung und -organisation notwendig. Für den Regierungsrat sind neue Formen des selbstverantwortlichen und begleitenden Lernens ein strategisches Ziel, auf das sich die Schulen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung auszurichten haben. Er schafft in Verbindung mit dem für die Stundentafeln und Lehrpläne zuständigen Bildungsrat dafür im Rahmen der anstehenden Strukturreform geeignete Gefässe.

Der Kanton Basel-Landschaft wird sich verstärkt an Studien zur Wirkung unterschiedlicher Unterrichtsformen beteiligen. Als wesentlicher Aspekt zur Förderung der Unterrichtsqualität werden die Lehrerbildung und die Anstellungsvoraussetzungen verstanden. Die Verordnung über die Lehrerinnen- und Lehrerfunktionen vom 21. Juni 2005 (SGS 156.95) soll mit Bezug auf die neuen Bestimmungen der schweizerischen Anerkennungsreglemente für Lehrdiplome überarbeitet und ein Angebot für die Nachqualifikation zugunsten der Lehrpersonen vorbereitet werden.

In Zukunft sollen für die Beurteilung der Qualität des kantonalen Bildungswesens über die internen und externen Evaluationen hinaus die Schülerinnen und Schüler sowie die Erziehungsberechtigten miteinbezogen werden. Damit eine ganzheitliche Qualitätsbeurteilung in allen Bereichen des Baselbieter Bildungssystems erfolgen und zu einer kontinuierlichen Verbesserung beitragen kann, ist es geboten, dass Inputs bei allen Beteiligten eingeholt werden.

4. Fremdsprachenkonzept

Der Entscheid, Französisch als erste Fremdsprache bereits ab dem 3. und Englisch ab dem 5. Schuljahr zu unterrichten, hat Einfluss auf die Zielsetzung und die Methodik des Fremdsprachenunterrichts auf der Primarstufe. Die Einführung des frühen Fremdsprachenunterrichts in anderen Ländern hat gezeigt, dass der Erfolg der Schülerinnen und Schüler beeinflusst wird von der Sprachkompetenz ihrer Lehrpersonen. Deshalb wird die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, die Französisch und Englisch an den Primarschulen unterrichten, besonders gefördert. Im Weiteren sind die Stufenlehrpläne der Sekundarschule und der weiterführenden Schulen der Sekundarstufe II entsprechend anzupassen. Erfolgreiche Konzepte zur Förderung der Mehrsprachigkeit wie Immersionsunterricht, Fremdsprachenaufenthalt, mehrsprachige Lerntandems sollen bereits in der Sekundarschule gefördert werden.

Das Gesamtsprachenkonzept soll erst umgesetzt werden, wenn Lehrpersonen mit der dafür erforderlichen erweiterten fachlichen und didaktischen Qualifikation zur Verfügung stehen.

5. Naturwissenschaftlicher Nachwuchs

Die Nachfrage nach qualifizierten Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftlern ist insbesondere in der Nordwestschweiz gross. Für den Regierungsrat liegen die gegenwärtigen Rekrutierungsprobleme nicht in erster Linie im Fachunterricht, sondern in der allgemeinen gesellschaftlichen Geltung der Naturwissenschaften. Hier sollen gemeinsam mit den Hochschulen und der Wirtschaft Veranstaltungen für Schulklassen und ein breiteres Publikum angeboten werden. Das «Café Scientifique» der Universität Basel, die «Wochen des Gehirns» und Life Sciences-Veranstaltungen zeigen mögliche Wege. Ebenfalls verbessert werden soll die Information von Jugendlichen – und hier insbesondere von jungen Frauen – über Naturwissenschaften im 8. und 9. Schuljahr, wenn es gilt, entsprechende Lehrstellen zu suchen oder sich für ein Profil an der Maturitätsabteilung des Gymnasiums zu entscheiden. Ins Auge gefasst werden müssen auch Nachholbildungen und Nachqualifikationen mit naturwissenschaftlichen Schwerpunkten für Erwachsene. Solche Nachholbildungen könnten auf ein Fachhochschulstudium im technischen und im naturwissenschaftlichen Bereich vorbereiten.

6. Integration als Prinzip

Für die Schulen soll die Voraussetzung geschaffen werden, dass auch Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bildungs- und Unterstützungsbedürfnissen die Regelschulen besuchen und gemeinsam mit allen Kindern und Jugendlichen lernen können. Damit sind Kinder mit besonderen Bedürfnissen und Begabungen im Rahmen der Speziellen Förderung und der Sonderschulung gemeint. Integrativer Unterricht entspricht den unterschiedlichen Lern- und Förderbedürfnissen aller Kinder und organisiert Lernbedingungen, welche jedem Kind Lernerfolge ermöglichen. Lange Zeit galt die Segregation als selbstverständliche Form für die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit einer körperlichen und/oder geistigen Behinderung. Die Sonderschulung hat sich entsprechend spezialisiert und hier, was Diagnose, Förderung und Therapie betrifft, neues Wissen geschaffen. Was aber im segregativen Unterricht zu kurz kommt, sind die anregende Lernumgebung und die Einbettung in grössere soziale Gruppen. Von dieser Integration können beide Seiten profitieren:

Die so genannt normalen Kinder lernen, dass es auch Behinderte gibt, auf die man Rücksicht nehmen muss und die trotz ihrer Behinderung Fähigkeiten und Stärken haben. Die Behinderten lernen, dass sie zwar anders sind, die Umwelt sie in ihrem Anderssein aber akzeptiert und ihnen einen Platz im Alltag bietet. Der Regierungsrat unterstützt die Integration von Kindern mit Behinderung in Regelschulen. Integrative Schulung bedingt aber, dass die Regelschule dafür mit kollektiven und individuell zugewiesenen Ressourcen unterstützt wird und die Aus- und Weiterbildung integrative Formen der Schulung lehrt. Ob die Form der integrativen Schulung richtig ist, richtet sich nach den Bildungs- und Unterstützungsbedürfnissen der betroffenen Schülerinnen und Schüler. Es wird Situationen geben, in denen eine separative Schulungsform, angezeigt ist.

Integration als Prinzip bedeutet auch, besondere Voraussetzungen wie soziale Herkunft, Muttersprache, Geschlecht und Begabungen zu berücksichtigen. Die individuelle Förderung soll dabei immer auch als Chance für die Bereicherung des Lernens in der Gruppe verstanden werden. Geprüft wird, wie in Zusammenarbeit mit den anbietenden Herkunftsländern die Muttersprache besser im Bildungswesen verankert werden kann.

7. Tagesstrukturen und Frühförderung

Die privilegierte Stellung in der Wissensvermittlung hat die Schule mit der Globalisierung, der Flexibilisierung der Lebens- und Wirtschaftswelt und der allgemeinen Verfügbarkeit des Wissens in der Informationsgesellschaft verloren. Sie kann diese Position zurückgewinnen, wenn sie Kindern und Jugendlichen wieder primärer Lernort wird, wo sie neben dem Unterricht auch die Aufgaben machen, in ihren individuellen schulischen und ausserschulischen Bedürfnissen gefördert werden und das, was sie erworben haben, untereinander auch austauschen können. Tagesstrukturen an den Volksschulen erleichtern die Integration und helfen, strukturelle Benachteiligungen (z. B. infolge Fremdsprachigkeit, Behinderung) abzubauen. Sie sind das wohl wirksamste Mittel zur Herstellung von Equity. Für den Regierungsrat sind Tagesstrukturen ein strategisches Ziel, auf das sich die Schulen bei der Schul- und Unterrichtsentwicklung ausrichten haben.

Tagesstrukturen gewinnen aber auch für erwerbstätige Mütter und Väter mit Kleinkindern zusehends an Bedeutung. Bei den Angeboten der familienergänzenden Betreuung im Früh- und Vorschulbereich ist vermehrt darauf zu achten, dass Bildung nicht erst in der Schule anfängt, sondern dass deren Stimulierung von Geburt an erfolgt. So ist bekannt, dass Kinder bei ihrem Eintritt in

den Kindergarten Entwicklungsunterschiede bis zu anderthalb Jahren aufweisen. Krippen, Tagesheime sowie Tagesfamilien können zusammen mit dem Elternhaus die psychomotorische, sprachliche, kognitive Entwicklung sowie die soziale Integrationsfähigkeit von Kleinkindern fördern. Die besonderen Chancen der frühen Förderung sollen geprüft und besser genutzt werden.

8. Hochschulen

Die Universität Basel und die FHNW erhalten die Möglichkeit, sich gemäss ihrer mit den Trägerkantonen abgestimmten strategischen Planung dynamisch weiterzuentwickeln. Die zunehmend leistungsorientierte Finanzierung vonseiten des Bundes und der Kantone bedingt, dass die Hochschulen Schwerpunkte oder Profilierungsbereiche bilden und ihre Mittel verstärkt zugunsten von Exzellenz einsetzen. Der Wissenstransfer von der Forschung und Lehre in die Unternehmen und Institutionen der Region soll durch gezielte Massnahmen verbessert werden, insbesondere in den Life Sciences.

Der markante Anstieg der Studierendenzahlen und die erfolgreiche Entwicklung der Forschung in den letzten Jahren haben die Raumprobleme der Universität und der Fachhochschule verschärft. Der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur bei gleichzeitiger Verringerung der heute zahlreichen Standorte sind dringlich. Gute Infrastrukturen sind ein bedeutender Wettbewerbsfaktor für die Hochschulen und die Bedingung dafür, dass die in der Region vorhandenen Spitzenkompetenzen in Forschung, Lehre und Wissenstransfer optimal zur Geltung gebracht werden können.

Der Regierungsrat setzt sich für den Erhalt der Position der Universität Basel und der FHNW innerhalb der schweizerischen Hochschullandschaft sowie für eine adäquate Rolle des Kantons Basel-Landschaft als Träger bedeutender Hochschulen ein. Marginalisierungstendenzen vonseiten der nationalen Instanzen soll dabei mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, insbesondere auch mit Blick auf das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG).

9. Quartärbildung

Die Standortattraktivität der Region kann verbessert werden, wenn es gelingt, interessierte und entwicklungsfähige Personen zu Zusatzqualifikationen zu verhelfen, die sie im ordentlichen Curriculum aus verschiedenen Gründen nicht erworben haben. Neben vermehrten Möglichkeiten zur Nachholbildung ist insbesondere auch der Wiedereinstieg von Frauen ins Erwerbsleben zu fördern. Die

geplanten Tagesstrukturen sind hier ein wichtiger Schritt. Mit der Wirtschaft sollen gemeinsame Initiativen geplant werden, deren Ziel es ist, das Bildungssystem und die Arbeitsplatzanbieter insgesamt flexibler zu machen, um aus gemeinsamem Interesse schneller auf ökonomische Entwicklungen reagieren zu können.

10. Steuerungswissen – Informationen zum Bildungswesen

In vielen Bereichen fehlt für die Bildungsplanung und das Controlling gesamtkantonal, aber auch auf der Ebene der einzelnen Schulen das erforderliche Steuerungswissen. Die Daten werden noch zu wenig systematisch erfasst und sind nur schlecht miteinander verknüpfbar und lassen sich deshalb nur schwer austauschen bzw. auf kantonaler Ebene zusammenfassen. Gegenwärtig wird für den Kanton die Einführung eines ERP (Enterprise Resource Planning) vorbereitet, als Instrument, das Informationen für einen möglichst effizienten Einsatz der Betriebsmittel sicherstellt. In diesem Zusammenhang ist auch ein Projekt zur Analyse einer künftigen Schuladministrationslösung in Vorbereitung. Ziel ist es, dass relevante Informationen über Lernende, Lehrpersonen, Pensen, Raum und Finanzen für Schulleitungen und kantonale Behörden zur Verfügung stehen und einfach genutzt werden können. Mittelfristiges Ziel ist es, ergänzend und abgestimmt auf das entsprechende schweizerische Projekt, ein Bildungsmonitoring aufzubauen, das der Bildungspolitik die erforderlichen Daten zur Beurteilung von Effektivität, Effizienz und Equity des Bildungssystems und seiner Einrichtungen an die Hand gibt.

The background is a soft-focus photograph of a classroom. In the foreground, a dark-colored paint palette with several dollops of paint in red, blue, yellow, green, and magenta is visible. Behind it, out of focus, are various colorful blocks and containers, suggesting a creative or educational environment.

Bildungsbericht 2011

Kanton Basel-Landschaft

Das Bildungsangebot 2011 im Kanton Basel-Landschaft

Quartärstufe	Erwachsenenbildung							
Tertiärstufe	Höhere Fachschulen – Höhere Fachschule für Wirtschaft (HFW) – Kantonale Technikerinnen- und Technikerschule für Informatik (KTSI) – Höhere Fachschule Gesundheit		Fachhochschulen – Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), inkl. Pädagogische Hochschule (PH FHNW)		Universitäten – Universität Basel			
	Passerelle: Zugangsberechtigung für Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden an Universitäten							
Sekundarstufe II	Berufslehre (Berufsfachschulen, Betriebe und überbetriebliche Kurse der Organisationen der Arbeitswelt OdA) – Berufslehre EFZ – Berufslehre EBA		mit oder ohne Berufsmaturität	Wirtschaftsmittelschule Handelsdiplom mit oder ohne Berufsmaturität	Fachmaturitätsschule Fachmittelschul- ausweis mit oder ohne Fachmaturität	Gymnasium Gymnasialer Maturitätsausweis		
	Brückenangebote: Übergangsangebote nach der Sekundarschule für Jugendliche, welche den direkten Einstieg in die Berufsbildung aus unterschiedlichsten Gründen nicht finden							
Sekundarstufe I	Sekundarschule* <table><tr><td>Niveau A Allgemeine Anforderungen</td><td>Niveau E Erweiterte Anforderungen</td><td>Niveau P Progymnasiale Anforderungen</td></tr></table>					Niveau A Allgemeine Anforderungen	Niveau E Erweiterte Anforderungen	Niveau P Progymnasiale Anforderungen
Niveau A Allgemeine Anforderungen	Niveau E Erweiterte Anforderungen	Niveau P Progymnasiale Anforderungen						
Kindergarten- und Primarschule	Primarschule							
	Kindergarten							

Auf allen Schulstufen und Niveaus: Zusätzliche Angebote der Speziellen Förderung und Sonderschulung

Sportklassen

Sportklasse Sekundarschule

Musikschulen Basel-Landschaft

* Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule = Volksschule

Bildungsbericht 2011

Kanton Basel-Landschaft

Liestal, 2011

1. Auflage

Inhalt und Redaktion

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Kanton Basel-Landschaft
Alberto Schneebeil (Leiter Stabsstelle Bildung)

Redaktionsgruppe:

Frédéric Voisard-Horisberger (Stabsstelle Bildung),
Urs Albrecht (Gymnasien und Fachmaturitätsschulen)
Franziska Suter, Felix Stocker (Stabsstelle Bildung)

Statistische Portraits:

Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft: Tamara Bobst, Tobias Wiederkehr

Berichterstandene Stufenportraits:

René Broder (Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe),
Benedikt Feldges (Fachstelle Erwachsenenbildung),
Anja Huovinen, Jacqueline Weber (Stabsstelle Hochschulen),
Eva Schaffner (Amt für Berufsbildung und Berufsberatung),
Dorothee Widmer (Amt für Volksschulen)

Gestaltung und Satz

vista point Basel

Fotos

Umschlag:

Felix Jehle: S. 5

pool Architekten, Zürich: S. 16

Iwan Raschle: S.30/31/34/35/49/52/53/58/61/62/

Theo Gamper: S.31, zweites von oben/58/65/66

Druck

Schwabe AG, Muttentz

Standortbestimmung zum Erreichten 2007/2011

7

1. Bildungsraum Schweiz und Nordwestschweiz	8
Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft	8
Bildungsraum Nordwestschweiz	9
2. Teilautonome, geleitete Schulen	10
3. Unterrichtsqualität	11
4. Fremdsprachenkonzept	12
5. Naturwissenschaftlicher Nachwuchs	12
6. Integration als Prinzip	14
Integrative Schulungsformen	14
Begabtenförderung	15
7. Tagesstrukturen	15
8. Hochschulen	16
9. Quartärbildung	17
10. Steuerungswissen – Informationen zum Bildungswesen	17

Stufenportraits – Die Bildungsstufen im Überblick

19

Einleitung	20
Überblick Bildungsstatistik	20
Kontext	24
Kindergarten und Primarschule	26
Statistisches Portrait	26
Bericht	30
Sekundarstufe I	32
Statistisches Portrait	32
Bericht	34
Sonderschulung	36
Statistisches Portrait	36
Bericht	37
Sekundarstufe II	38
Statistisches Portrait	38
Berufliche Grundbildung und Zwischenlösungen	40
Statistisches Portrait	40
Bericht	44
Fachmittelschulen	46
Statistisches Portrait	46
Bericht	48
Gymnasien	50
Statistisches Portrait	50
Bericht	52

Tertiärstufe	54
Statistisches Portrait	54
Höhere Berufsbildung – höhere Fachschulen – Berufs- und höhere Fachprüfung	56
Statistisches Portrait	56
Bericht	58
Fachhochschulen	59
Statistisches Portrait	59
Bericht	61
Pädagogische Hochschule	63
Statistisches Portrait	63
Bericht	65
Universitäre Hochschulen	67
Statistisches Portrait	67
Bericht	69
Quartärstufe / Weiterbildung	70
Statistisches Portrait	70
Bericht	72
Anhang	73
Abkürzungsverzeichnis	74
Glossar	74
Verweise	75

Editorial

Unter dem Motto «Zukunftschancen für unsere Kinder – die Bildungslandschaft aktiv mitgestalten» ist der Kanton Basel-Landschaft gut unterwegs und nutzt die Bildungs-harmonisierung als Chance, die «Gute Schule Baselland» im Bildungsraum Schweiz konsequent weiterzuentwickeln. Bereits auf Schuljahr 2012/13 treten erste Neuerungen in Kraft. Der Bildungsbericht schafft rückblickend eine Übersicht über die Bildungssituation im Kanton und zeigt die damit in Verbindung stehenden bildungspolitischen Zusammenhänge auf.

Gemäss Bildungsgesetz des Kantons Basel-Landschaft nimmt der Landrat alle vier Jahre aufgrund eines diesbezüglichen Berichts zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Stellung. Erstmals legte der Regierungsrat dem Landrat den Bildungsbericht 2007 vor. Der zweite kantonale Bildungsbericht stellt bezugnehmend auf den Bericht 2007 die Situation 2011 im Bildungsbereich dar.

Der Bildungsbericht 2007 war als Standortbestimmung vor den bildungspolitischen Weichenstellungen im Zuge der schweizerischen Bildungsharmonisierung konzipiert. Im September 2010 stimmte das Baselbieter Stimmvolk dem Sonderpädagogik-Konkordat, dem HarmoS-Konkordat und der verstärkten Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz zu. Damit wurde die Bildungsharmonisierung und mit ihr eine Reform des basellandschaftlichen Bildungssystems Realität. Sie befindet sich bereits in der Umsetzungsphase.

Neben der Darstellung der aktuellen Bildungssituation im Kanton ist es Hauptziel des Bildungsberichts 2011, Rechenschaft über die Schlussfolgerungen des Regierungsrats im Bildungsbericht 2007 abzulegen. Der Regierungsrat hatte im Bericht 2007 zu zehn bildungspolitischen Aspekten Schlussfolgerungen gezogen und Ziele formuliert. Diese flossen ins Regierungsprogramm 2008–11 des Regierungsrates ein. Die Fragen, welche Massnahmen in diesen zehn Bereichen umgesetzt wurden und inwieweit noch Entwicklungspotential besteht, werden im Kapitel «Schlussfolgerungen des Regierungsrates 2007: Standortbestimmung zum Erreichten» beantwortet.

Der zweite Schwerpunkt des Bildungsberichts liegt auf der Berichterstattung zu den einzelnen Stufen. Im Kapitel «Stufenportraits – Die Bildungsstufen im Überblick» werden einleitend stufenübergreifend die Gegebenheiten und Entwicklungen im Bildungswesen dargestellt. Dabei wird auch auf demografische Gegebenheiten eingegangen. Anschliessend werden die einzelnen Bildungsstufen in der kanonischen Reihenfolge einerseits statistisch porträtiert; Andererseits rückt der «Bericht» einzelne spezielle Entwicklungen, Ereignisse oder Projekte der jeweiligen Stufe in den Fokus.

Gemäss der Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz unterbreitet der Regierungsausschuss den Regierungen periodisch einen Bildungsbericht zum Bildungsraum Nordwestschweiz. Die Bildungssysteme der Nordwestschweiz werden 2012 in einem Bildungsbericht erstmals im nordwestschweizerischen Kontext – in Ergänzung des nationalen Bildungsberichts – dokumentiert und analysiert werden. 2016 soll ein Bildungsbericht Nordwestschweiz erscheinen. Dieser kann die Grundlage für die Erfüllung des Bildungsgesetzesauftrags darstellen, dem Landrat alle vier Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton zu berichten. Auf einen kantonseigenen Bericht soll aufgrund dieser Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz ab diesem Zeitpunkt verzichtet werden.



Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli
Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, im November 2011

Standortbestimmung zum Erreichten 2007/2011

Im Bildungsbericht 2007 formulierte der Regierungsrat zusätzlich zur eigentlichen Rechenschaftslegung Schlussfolgerungen zu den zehn mittelfristig wichtigsten Entwicklungsaufgaben der Bildungspolitik. Er zeigte auf, in welchen Bereichen er in den nächsten vier Jahren bildungspolitische Weichenstellungen plante. Im ersten Teil des vorliegenden Berichts Rechenschaft wird darüber Rechenschaft abgelegt, ob diese Weichenstellungen erfolgt sind und inwieweit die Ziele umgesetzt wurden. Dem basellandschaftlichen Bildungssystem stehen im Rahmen der Bildungsharmonisierung strukturelle Änderungen bevor. Zurzeit sind in den zehn Entwicklungsbereichen Massnahmen in Planung und werden erst in den nächsten Jahren umgesetzt.

1. Bildungsraum Schweiz und Nordwestschweiz

In der Volksabstimmung vom 26. September 2010 stimmte der Baselbieter Söuverän dem Beitritt zum Konkordat über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) vom 14. Juni 2007 zu. Ebenfalls genehmigte er den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007 (Sonderpädagogik-Konkordat) und bestätigte die Fortsetzung der Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz. Dies bedeutet, dass der Kanton Basel-Landschaft neu auf das Schuljahr 2015/16 eine achtjährige Primarstufe inklusive zwei obligatorischen Kindergartenjahren, auf 2016/17 eine dreijährige Sekundarstufe I mit drei Leistungszügen (A, E, P) sowie auf 2014/15 ein vierjähriges Gymnasium einföhren wird.

1.1 Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft

Der Beitritt zum HarmoS-Konkordat föhrt zu Neuerungen. Diese sind in der Planung und werden in den nächsten Jahren durch gesetzliche Anpassungen umgesetzt. Neu wird der zweijährige Kindergarten ab Schuljahr 2012/13 für alle Kinder obligatorisch. Der Regierungsrat verzichtete auf die Einföhierung einer Basis- oder Grundstufe im Schuleingangsbereich und entschied sich für das Modell des zweijährigen Kindergartens. Letzterer wird schon heute von praktisch allen Kindern besucht. Zwischen 2012 und 2017 wird der Stichtag für den Eintritt in den Kindergarten schrittweise angepasst. Der Kanton Basel-Landschaft hat dann denselben Stichtag (31. Juli) wie die anderen HarmoS-Kantone. Die Schülerinnen und Schüler werden ab Schuljahr 2017/18 durchschnittlich drei Monate jünger sein.

Der Kindergarten umfasst die ersten zwei Jahre der neu elf Jahre dauernden obligatorischen Volksschule. Auf das Schuljahr 2015/16 wird es im Kanton Basel-Landschaft ebenfalls ein sechstes Primarschuljahr geben, das von den Einwohnergemeinden getragen wird. Mit der Lastenverschiebung vom Kanton zu den Gemeinden kommen neue Aufgaben auf diese Schulträgerinnen zu. Der Landrat hat den Regierungsrat beauftragt, vor der Einföhierung des sechsten Primarschuljahres eine kostenneutrale Lösung hinsichtlich der Lastenverschiebung auf die Gemeinden zu finden. Zur Umsetzung der Bildungsharmonisierung (LRV 2009-351) bewilligte der Landrat am 17. Juni 2010 Verpflichtungskredite. Damit werden die Umsetzungsarbeiten ressourciert, die in Verbindung mit der Einföhierung des sprachregionalen Lehrplans über Prozesse der Schul- und

Unterrichtsentwicklung zu leisten sind. Auf das Schuljahr 2015/16 ist die Einföhierung des sprachregionalen Lehrplans 21 auf der Primarstufe vorgesehen. Auf der Sekundarstufe I wird er ab 2016/17 aufsteigend eingeföhrt.

Zwei weitere Verpflichtungskredite betreffen einerseits die Besitzstandswahrung der Sekundarlehrpersonen bei einer Weiterbeschäftigung auf der Primarstufe, andererseits das Projekt «Aufgabensammlung und Leistungschecks». Die neuen vierkantonalen «Checks» werden die bisherigen kantonalen Orientierungsarbeiten ersetzen und sollen für eine bessere Vergleichbarkeit der Leistungen der Schülerinnen und Schüler sorgen. Die Checks werden durch eine Aufgabensammlung ergänzt. Mit dieser stehen den Lehrpersonen Aufgaben zur Verfügung, die sie während dem gesamten Schuljahr zum Fördern und Kontrollieren des Lernfortschritts nutzen können.

Im Zuge der Bildungsharmonisierung wurde für die zukünftig achtjährige Primarstufe eine neue Stundentafel ausgearbeitet, die sowohl den Kindergarten als auch die Primarschule einschliesst. Die Stundentafel wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt erarbeitet und orientiert sich am Grundlagenbericht zum Lehrplan 21 vom 18. März 2010. Gleiches gilt für die Stundentafel für die Sekundarstufe I, die ebenfalls im Entwurf vorliegt.

Das basellandschaftliche Gymnasium wird mit der Umsetzung der Bildungsharmonisierung ab dem Schuljahr 2014/15 vier statt dreieinhalb Jahre dauern. Gemeinsam mit Basel-Stadt wird eine Stundentafel mit vergleichbarer Struktur erarbeitet. Der Entwurf befindet sich in der Anhörung. Angestrebt ist die inhaltliche Abstimmung und die Vereinheitlichung der Anforderungen und Prüfungsformen der Maturitätsprüfungen innerhalb des Bildungsraumes mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn.

In der Landratsvorlage Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft ist mit der Einföhierung des vierjährigen Gymnasiums eine beschränkte Freizügigkeit in der Wahl des Gymnasiums zum Übertrittszeitpunkt vorgesehen. Dies bedingt harmonisierte Übertrittsbedingungen beim Abschluss der Sekundarstufe I in allen vier Kantonen und eine Abstimmung der Angebote in den einzelnen Kantonen und an den einzelnen Schulen. Die entsprechenden Arbeiten sind im Gange.

Für die Berufsbildung gibt es durch die Bildungsharmonisierung insofern Veränderungen, als sie von der Neugestaltung beim Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II betroffen ist. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT erarbeitet derzeit einen nationalen Qualifikationsrahmen der Schweiz (NQF CH, Instrument des Kopenhagen-Prozesses). Der NQF CH hat zum Ziel, Schweizer Berufsbildungsabschlüsse im Ausland und auch bei internationalen Konzernen in der Schweiz angemessen zu positionieren.

Im Hinblick auf den Übertritt in die Tertiärstufe wird derzeit ein gesamtschweizerischer Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität erarbeitet. Der Kenntnisstand, der mit der gymnasialen Maturität erreicht werden soll, ist bereits seit längerem durch EDK-Rahmenlehrpläne für die Maturitätsschulen vorgegeben. Die schweizweite Einführung des Bologna-Systems führte zu Harmonisierung auf Tertiärebene.

1.2 Bildungsraum Nordwestschweiz

Grundlage bildet die Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz vom 1. Dezember 2009, in der Ziele, Organisation und Finanzierung geregelt werden. Die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn arbeiten insbesondere in den Bereichen der Umsetzung der Bildungsharmonisierung und der Steigerung von Qualität, Effizienz und Wirksamkeit der Bildungssysteme zusammen. Die Bildungshoheit der einzelnen Kantone wird nicht angetastet. Die Bildungsdirektoren der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben am 26. Januar 2011 eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit in der Umsetzung der Projekte «Harmonisierung Bildungswesen Basel-Landschaft» und der «Schulharmonisierung Basel-Stadt» unterzeichnet.

Die Regierungsvereinbarung vom Dezember 2009 sieht einen periodischen (alle vier Jahre) vierkantonalen Bildungsbericht vor. Die Arbeiten für den ersten Bericht 2012 laufen. Dieser soll die Schulsysteme der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn datengestützt analysieren und für die Neuformulierung des Programms Bildungsraum Nordwestschweiz dienen. Der Bericht bereitet vorhandenes Wissen und Informationen aus Bildungsforschung, Bildungsstatistik und Bildungsverwaltung der vier Kantone auf.

In der Nordwestschweiz wird der Lehrermangel durch eine berufsbegleitende Ausbildung für erfahrene Berufsleute an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (PH FHNW) angegangen. Das Programm stiess mit über 1300 Bewerbungen im Jahr 2010 auf reges Interesse. Der Kanton Basel-Landschaft ist aktuell nicht vom Lehrermangel betroffen. Vorausschauend beantragte der Regierungsrat dem Landrat, ab 2012 mit einer minimalen Beteiligung an diesem Programm teilzunehmen (LRV 2011-173).

Ein weiteres Ziel des Bildungsraumes Nordwestschweiz ist ein vierkantonales Abschlusszertifikat zur Verbesserung der Vergleichbarkeit der Sekundarstufe-I-Abschlüsse. Ergänzend wird an harmonisierenden Regelungen des Übertritts von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II gearbeitet. Damit können im Bildungsraum Nordwestschweiz Lehrbetriebe und weiterführende Schulen die Leistungen der Schülerinnen und Schüler aufgrund sachlicher Kriterien vergleichen.

In der Berufsbildung haben die Kantone des Bildungsraums Nordwestschweiz das Projekt «Validierung plus» zur Förderung von Berufsabschlüssen für Erwachsene in die Wege geleitet. Es folgt der Überzeugung, dass die Nachholbildung für Erwachsene durch die besondere Berücksichtigung der individuellen Voraussetzungen und durch spezifische Lernwege am erfolgversprechendsten ist. Vor allem in Branchen mit grossem Bedarf (Gesundheit, KV) gibt es gemeinsame Validierungsangebote. Die Zertifizierung konnte auf eidgenössischer Ebene geregelt werden.

Auf Hochschulstufe wurde im Bildungsraum Nordwestschweiz die vierkantonal geführte Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) etabliert. Auch für die Universität Basel gibt es Ansätze für eine vermehrte Zusammenarbeit der Nordwestschweizer Kantone. So beteiligt sich der Kanton Aargau etwa am «Swiss Nanoscience Institute» und finanziert die Vindonissa-Professur für provinzialrömische Archäologie.

2. Teilautonome, geleitete Schulen

Das Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002 (§ 58, SGS 640) sieht vor, dass die basellandschaftlichen Schulen teilautonom geleitet und professionell geführt werden. Die gesetzlichen Bestimmungen waren 2007 umgesetzt.

Im Volksschulbereich wurde in den letzten vier Jahren das Konzept der teilautonomen, geleiteten Schulen konsolidiert. Beispielsweise ist die personelle Führung (Unterrichtsbeurteilung und Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräche) neu Aufgabe der Schulleitungen.

Neu sind die Lehrerinnen und Lehrer in die Schulentwicklung eingebunden, womit Eigeninitiative und Eigenverantwortung wie auch die Identifikation mit dem Kollegium und der Schule als Ganzes gefördert werden sollen. Entsprechend unterziehen sich die öffentlichen Schulen regelmässig sowohl einer internen als auch einer externen Evaluation. Im Falle der Berufsfachschulen werden insbesondere die Massnahmen im Zusammenhang mit der lernortübergreifenden Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung umgesetzt.

Die zur Verfügung gestellte Leitungszeit bemisst sich an der Anzahl Klassen, und ein Grundstock an Aufgaben von allen Schulleitungen muss unabhängig von der Grösse der Schule erfüllt werden. In einigen Gemeinden mit kleinen Schulen hat die Diskussion darüber eingesetzt, ob die gemeinsame Führung der Schule durch zwei oder auch mehrere Gemeinden effizienter wäre. Beispielsweise haben die Gemeinden Diegten, Eptingen und Tenniken auf das Schuljahr 2012/13 eine entsprechende Kooperation beschlossen.

Für Vorbereitungsarbeiten und die Umsetzung des Lehrplans 21 an den Schulen werden den Schulleitungen Zusatzressourcen zur Verfügung gestellt. Der Landrat bewilligte am 17. Juni 2010 den entsprechenden Verpflichtungskredit. Die Abteilung Unterstützung des Amtes für Volksschulen unterstützt weiterhin Schulleitungen und Unterrichtende in ihrem Tagesgeschäft.

Auf der Sekundarstufe II verfügen die Gymnasien über Teilautonomie in bestimmten Unterrichtsbereichen: an der Maturitätsabteilung bei der Ausgestaltung der Wahlkurs- und Ergänzungsfachstufe und bei den Fachmittelschulen im Bereich des Projektunterrichts. In den übrigen Unterrichtsbereichen wird das Angebot von der Studentafel bestimmt. Für das vierjährige Gymnasium sieht der vom Bildungsrat am 17. August 2011 genehmigte Anhörungsentwurf der Studentafel einen Lektionenpool zu Gunsten der einzelnen Schulen von insgesamt sechs Jahreslektionen vor. Damit besteht für die einzelnen Gymnasien ein inhaltlicher Gestaltungsspielraum. Der Gestaltungsspielraum der Berufsfachschulen ist durch Vorgaben des Bundes, der sich am Kursangebot finanziell beteiligt, durch die Bildungsgesetzgebung, durch die lernortübergreifenden Qualitätsbestimmungen, durch das Schulprogramm und schliesslich durch die Aufsicht der Schulräte bestimmt.

3. Unterrichtsqualität

Einerseits als Folge der Zuwanderung und andererseits mit der allgemeinen Verfügbarkeit von Wissen bringen Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Lernvoraussetzungen mit. Dieser Tatsache begegnen Schulen mit individuellen Lernarrangements. Gleichzeitig haben sie die vereinbarten Bildungsinhalte mit Standards abzusichern. Ein zentrales Instrument um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist der Ausbau abgestimmter Weiterbildungsmaßnahmen als kantonale Dienstleistung für alle Schulbeteiligten.

HarmoS und die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz führen in der Primarschule, der Sekundarschule und der Maturitätsabteilung des Gymnasiums zu neuen Stundentafeln. Mit dem Lehrplan 21 und dem Abschlusszertifikat auf der Stufe Volksschule und den vereinheitlichten Anforderungen für die Maturitätsprüfungen im Bildungsraum Nordwestschweiz sind Qualitätssicherungsmechanismen vorgesehen.

Die Einführung und Umsetzung des Lehrplans 21 ist über einen Prozess der Unterrichts- und Schulentwicklung vorgesehen. Er definiert den Bildungsauftrag der Lehrpersonen und stellt den Rahmen für klassenübergreifende Unterrichtsplanung in den verschiedenen Fachbereichen und Fächern dar. Der Kanton Basel-Landschaft setzt sich in der Erarbeitungsphase des Lehrplans 21 für die Stärkung der Unterrichtssprache und der Fachbereiche Natur und Technik ein.

Kompetenzorientierung im Lehrplan 21

Orientierung an Kompetenzen beinhaltet die Fähigkeit, Kenntnisse anwenden zu können, wobei Kompetenzen auch Bereitschaften, Haltungen und Einstellungen umfassen. Das Kompetenzniveau lässt sich von der Art und Weise, in der Schülerinnen und Schüler Anforderungssituationen bewältigen, ableiten. Der Erwerb von Kompetenzen ist folglich an die kontinuierliche, langfristige Auseinandersetzung zwischen Schüler/in und Lerngegenstand gebunden. Guter Unterricht bietet den Schülerinnen und Schülern ähnliche Lerngelegenheiten in verschiedenen Sachzusammenhängen in anspruchsvollen Anwendungssituationen. Dabei berücksichtigen die Lehrerinnen und Lehrer die verschiedenen Lernstände ihrer Schülerinnen und Schüler und unterstützen sie gemeinsam in ihrem Lernprozess. Kompetenzorientierung ist verbunden mit einem Verständnis von Lernen als selbstgesteuertem, reflexivem und dialogischem Prozess.

Innerhalb der vier Bildungsraumkantone wurde die Zusammenarbeit unter den für die Lehrmittel verantwortlichen Stellen intensiviert. Beschaffungsentscheide werden koordiniert. Dazu dient das gemeinsam entwickelte System der Lehrmittelevaluationen.

Der Kanton Basel-Landschaft hat das Instrument der Orientierungsarbeiten auf der Primarstufe sowie auf den Sekundarstufen I und II weiter ausgebaut. Die Orientierungsarbeiten werden voraussichtlich ab Schuljahr 2016/17 durch die gemeinsam erarbeiteten «Checks» des Bildungsraumes Nordwestschweiz abgelöst. Das im Kanton Basel-Landschaft mit den Orientierungsarbeiten gewonnene Know-how dient der vierkantonalen Erarbeitung von Leistungstests. Sie orientieren sich an den im Juni 2011 von der EDK freigegebenen nationalen Bildungsstandards. Diese legen Grundkompetenzen in der Erstsprache, in Mathematik, in den Fremdsprachen und in Naturwissenschaft und Technik fest.

Die basellandschaftlichen Gymnasien haben in den letzten Jahren zahlreiche Unterrichtsversuche durchgeführt, die derzeit evaluiert werden. Beispiele sind «Selbstgesteuertes Lernen» (Münchenstein), «philosophische Grundlagen in naturwissenschaftlichen Profilen» (Oberwil) und «Schule der Zukunft» (Liestal). An allen Gymnasien wurde die von der kleinen Reform des Maturitätsanerkennungsreglements geforderte Verstärkung des interdisziplinären Unterrichts durch den Ausbau entsprechender Kurse im Wahlkurs- oder Ergänzungsfachbereich umgesetzt.

In der Berufsbildung werden als Mittel zur Steigerung der Ausbildungsqualität «E Learning» und «Blended Learning» (Kombination von Präsenzveranstaltungen und individuellem Lernen, unterstützt durch Informations- und Kommunikationstechnologien «ICT») ausgebaut. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau von Stützkursen und der Förderung der Attest-Lehrgänge. Alle in diesen Angeboten eingesetzten Lehrpersonen verfügen bis Ende 2012 über eine entsprechende Zusatzqualifikation. Schliesslich werden die Lerninhalte und Methoden für die Lernsequenzen in den überbetrieblichen Kursen in einem Qualitätsentwicklungsprozess aufeinander abgestimmt.

Der Lehrer- und Lehrerinnenweiterbildung kommt die Funktion zu, die Schulen und ihr Personal bei der Bewältigung der Anforderungen der Unterrichts- und Schulentwicklung zu unterstützen. Mit der Konzentration auf die drei Bereiche «Personale Kompetenzen», «Sach- und Lehrkompetenzen» sowie den «System- und Entwicklungskompetenzen» hat die Fachstelle für Erwachsenenbildung (FEBL) ein auf die Bedürfnisse der Schulen zugeschnittenes Programm entwickelt. Dazu arbeitet die FEBL mit der PH FHNW, der Universität Basel, dem kantonalen Personalamt und weiteren Fachstellen zusammen.

4. Fremdsprachenkonzept

Die Mehrsprachigkeit ist zunehmend sowohl für das Individuum als auch die Gesellschaft als Ganzes Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und die soziale Verständigung. Auf allen Bildungsstufen orientiert sich das Erlernen von Fremdsprachen vermehrt am natürlichen Prozess des Spracherwerbs.

2006 beschloss der Kanton Basel-Landschaft zusammen mit den Kantonen Basel-Stadt, Bern, Fribourg, Solothurn und Wallis die Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Vorgaben der Erziehungsdirektorenkonferenz zum Sprachenunterricht (Projekt «Passepartout»). Für die Einführung des Sprachenkonzeptes (LRV 2009-312) bewilligte der Landrat am 10. Juni 2010 für die Jahre 2011 bis 2018 einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 12.5 Millionen Franken. Das Sprachenkonzept wird auf das Schuljahr 2012/13 eingeführt.

Da mögliche Sprachsituationen nicht bloss simuliert, sondern die Schülerinnen und Schüler mit realen Sprachsituationen konfrontiert werden sollen, gewinnt die Austauschpädagogik zunehmend an Bedeutung. Der ab Schuljahr 2012/13 geltende Passepartout-Lehrplan sieht verschiedene Austauschformen im Fremdsprachenunterricht vor. Die Arbeiten gehen dahin, austauschpädagogische Konzepte auf kantonaler Ebene zu verankern (LRV 2009-312).

An den Fachmittelschulen haben die Schülerinnen und Schüler des Berufsfeldes Pädagogik die Möglichkeit, ein Sprachzertifikat mit dem Kompetenzniveau B2 zu erwerben. Die Pädagogische Hochschule der FHNW stellt sicher, dass künftige Abgänger/innen in Französisch und Englisch gemäss Europäischem Referenzrahmen für Sprachen über ein fortgeschrittenes Kompetenzniveau verfügen sowie in der Didaktik und Methodik der Mehrsprachigkeit befähigt sind.

Zum Erwerb einer bilingualen Maturität kann an allen Gymnasien Englisch und zum Teil Französisch als Unterrichtssprache gewählt werden. Das Gymnasium Münchenstein hat ein Curriculum mit integriertem Fremdsprachenaufenthalt an einem Gymnasium der Romandie entwickelt. Das Gymnasium Laufen gleiste in Zusammenarbeit mit dem Kanton Jura die Führung einer zweisprachigen Klasse auf Beginn des Schuljahres 2012/13 auf. In der Berufsbildung besteht ebenfalls ein reger Austausch zwischen den Sprachregionen. Das Projekt «Euregio-Zertifikat», bei dem der Kanton Basel-Landschaft seit der Gründung Mitglied ist, ermöglicht jungen Lernenden mehrwöchige Praktika in Deutschland oder Frankreich.

5. Naturwissenschaftlicher Nachwuchs

Naturwissenschaftliches Denken und Wissen ist für das Verstehen und Handeln in der heutigen Welt unabdingbar geworden. Die Nachwuchsförderung in diesen Bereichen beginnt nicht erst an den Hochschulen, sondern bereits an der Volksschule und der Sekundarstufe II. Frauen sind in der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung und Lehre nach wie vor stark untervertreten. Deshalb gilt die Aufmerksamkeit einer gendergerechten Fachdidaktik in den Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Die naturwissenschaftlichen Kompetenzen gelten gemäss der OECD als fester Teil der Grundbildung jeder Schülerin und jedes Schülers. Trotz eines hohen Bedarfs an naturwissenschaftlich und technisch hochqualifizierten Fachleuten ist auch in der Nordwestschweiz das Interesse an höheren Ausbildungen im Bereich Natur und Technik eher gering.

Der Bereich Naturwissenschaft und Technik bildet einen Schwerpunkt im Programm des Bildungsraums Nordwestschweiz. Im Hinblick auf den sprachregionalen Lehrplan wird eine inhaltliche Fokussierung und Profilierung in den beiden Schwerpunkten «Sprachkompetenzen Deutsch» sowie «Naturwissenschaften und Technik» angestrebt. Insbesondere in den Fächern der Bereiche Naturwissenschaft und Technik bietet sich der Einsatz von ICT als fakultatives Unterrichtsmittel an.

Die vom Bildungsrat am 4. Mai 2011 als Grundlage für die Anhörung gutgeheissenen Stundentafelentwürfe für die Primarstufe und die Sekundarstufe I sowie der Stundentafelentwurf für das vierjährige Gymnasium vom 17. August 2011 sehen eine Stärkung der Unterrichtsbereiche Natur und Technik vor. Im Stundentafelentwurf für die Sekundarstufe I beispielsweise wird die Gesamtstundenzahl in diesem Bereich in Abweichung vom Grundlagenbericht zum Lehrplan 21 von acht auf zehn Jahreslektionen erhöht und andererseits im Wahlpflichtbereich der achten und neunten Klasse ein neues Fach MINT (Mathematik, Informatik, Natur, Technik) geschaffen. Darauf aufbauend sieht der Lehrplanentwurf für das vierjährige Gymnasium eine Verlängerung des Unterrichts in Biologie, Chemie und Physik von fünf auf sechs Semester vor.

Zusammen mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn unterstützt der Kanton Basel-Landschaft das Projekt «Mobiles Lernlabor». Für das fahrende Labor wurden am Zentrum Naturwissenschafts- und Technikdidaktik der Pädagogischen Hochschule der FHNW zahlreiche Experimente für Schülerinnen und Schüler der vierten bis sechsten Primarschulklasse entwickelt. Die Durchführung der Experimente wird durch Fachpersonen des Zentrums Naturwissenschafts- und Technikdidaktik begleitet. Der Kanton Basel-Landschaft engagiert sich über die Fachstelle für Erwachsenenbildung (FEBL) für entsprechende Weiterbildungskurse und Zusatzausbildungen. Die Schulen können das Labor als freiwilliges Angebot nutzen.

Die vier Nordwestschweizer Bildungsdirektionen haben die Unterstützung des Projekts «SWiSE» («Swiss Science Education») gutgeheissen. Im Rahmen der Bildungsharmonisierung und im Hinblick auf die Einführung des sprachregionalen Lehrplans ist vorgesehen, den Aufbau von Schulen zu unterstützen, die den Unterricht im Fachbereich «Natur und Technik» mittels erprobter Weiterbildungsmodule weiterentwickeln und ihre Beispiele anderen Schulen zur Verfügung stellen.

Phaenovum

Als weitere Massnahme zur Förderung des Fachbereichs Natur und Technik unterstützt der Kanton Basel-Landschaft das Schülerforschungszentrum Phaenovum Lörrach-Dreiländereck. Daran ist ebenfalls die Pädagogische Hochschule der FHNW mitbeteiligt, und die Phaenovum-Weiterbildungsangebote werden im gemeinsamen Kursprogramm der Fachstelle für Erwachsenenbildung Basel-Landschaft (FEBL) sowie dem Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innen-Fortbildung Basel (ULEF) ausgeschrieben. Zu nennen wären der CAS-Zertifikatslehrgang, Naturwissenschaftlich-Technische Grundbildung für vier- bis elfjährige Kinder, der Lehrpersonen bei der Entwicklung von Unterrichtsangeboten unterstützt, die Neugier an der natürlichen und technischen Umwelt wecken und zu forschendem Erkunden der Phänomene führen.

Im Hinblick auf die Studienwahl der Maturandinnen und Maturanden werden an den Gymnasien seit einigen Jahren regelmässig Wissenschaftstage wie beispielsweise die «TecDays» (Gymnasium Muttenz) durchgeführt. Die Gymnasien beteiligen sich ebenfalls vermehrt an naturwissenschaftlichen Wettbewerben und nehmen jedes Jahr am internationalen Wettbewerb «Mathématiques sans Frontières» oder an den Schweizer Wissenschafts-Olympiaden teil. Sie führen zudem regelmässig Science Days und Workshops mit der ETH Zürich und der Vereinigung zur Förderung der Naturwissenschaften durch.

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung hilft wo nötig in neu entstehenden Berufen Branchenverbände «Organisationen der Arbeitswelt» (OdA) aufzubauen. Im Bereich Naturwissenschaft und Technik half das Amt für Berufsbildung beim Aufbau der zuständigen OdA für die Informatiker und Informatikerinnen sowie für die Betriebspraktiker und Betriebspraktikerinnen (Assistent/innen Raummanagement).

In seinen Jahreszielen 2010 hat das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung einen Schwerpunkt darauf gesetzt, Frauen für technische Berufe und Männer für Berufe im Gesundheits- und Sozialbereich zu gewinnen. Diesem Schwerpunkt wird auch im Oktober 2011 im Rahmen der Berufsschau in Pratteln spezielle Beachtung geschenkt.

Auch auf Tertiärstufe wird im Bereich Natur und Technik Nachwuchsförderung betrieben. Von Seiten der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz werden entsprechenden Massnahmen ergriffen. Die «Kinder-Uni Basel» bietet Vorlesungen über naturwissenschaftliche Themen für Acht- bis Zwölfjährige an.

Exemplarische Massnahmen der Tertiärstufe zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Café Scientifique mit KidsLab der Universität Basel: Es werden im Bereich Natur und Technik Werkstätten für Sechs- bis Dreizehnjährige angeboten, um die Welt der Wissenschaften für Kinder in fassbarer und verständlicher Form zu vermitteln und erlebbar zu machen.

«Woche des Gehirns» vom 15. bis 18. März 2010 in Basel: Im Rahmen von Workshops wurden Jugendlichen Einblicke in verschiedene Forschungsgebiete ermöglicht.
550-Jahr Jubiläum der Universität Basel: Die naturwissenschaftlichen Disziplinen zeigten mit attraktiven Ständen am Markt des Wissens vom 17. und 18. April 2010 in Liestal hohe Präsenz.

«tunBasel» an der Mustermesse Basel 2010: Im Rahmen der Sonderschau präsentierten 25 Institutionen Experimente und Aufgaben rund um Naturwissenschaften und Technik. Während den zehn Messetagen besuchten 160 Schulklassen und zahlreiche Eltern mit ihren Kindern das Erlebnislabor und die Erlebniswerkstatt. Die Handelskammer beider Basel, die das Projekt initiiert hatte, wurde unter anderem durch den Lotteriefond Basel-Landschaft finanziell unterstützt.

«girls@science»/«boys@science» der Schweizer Jugend forscht: Studienwochen an der Universität Basel (2007 und 2011) und an der FHNW (2010 und 2011).

6. Integration als Prinzip

«Integration als Prinzip» bedeutet, besondere Voraussetzungen wie soziale Herkunft, Muttersprache, Begabung und Geschlecht zu berücksichtigen. Integrativer Unterricht soll Lernbedingungen schaffen, die jedem Kind Lernerfolge ermöglichen. Im Bereich der Sonderpädagogik hat die Integration von Lernenden mit Behinderungen in Regelklassen Fortschritte gemacht.

6.1 Integrative Schulungsform

Rechtliche Grundlage bilden Artikel 20 des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (SR 151.3), wonach die Kantone verpflichtet sind, die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die Regelschule zu fördern sowie das Bildungsgesetz des Kantons Basel-Landschaft. Darin wird unter § 43 festgehalten, dass alle Kinder und Jugendlichen «ihre Fähigkeiten soweit als möglich innerhalb der öffentlichen Schulen» entwickeln können (SGS 640).

Die integrative Schulung innerhalb der Regelschule stösst als Alternative zur separativen Schulung auf zunehmende Akzeptanz. Diese Entwicklung steht im Einklang mit der Annahme des Sonderpädagogik-Konkordats 2010 durch die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Landschaft. Eine interkantonale Zusammenarbeit wurde notwendig, da seit dem 1. Januar 2008 nicht mehr die Invalidenversicherung, sondern allein die Kantone für die Sonderschulung zuständig sind. Die rechtlichen Grundlagen machen eine Neustrukturierung der Angebote notwendig. Gleichzeitig wurde diese Ausgangslage dazu genutzt, die im Kanton bisher mehrheitlich separativ organisierte Sonderschulung vermehrt in das Volksschulsystem einzugliedern.

Wichtigste Neuerung des Konkordats der Sonderpädagogik ist es, die integrative Schulungsform (ISF) von Kindern und Jugendlichen mit speziellem Förderungsbedarf gegenüber der separativen vorzuziehen. Mit einem standardisierten Abklärungsverfahren soll sichergestellt werden, dass sowohl für die Kinder und Jugendlichen als auch für die Schulen und Lehrpersonen die bestmögliche Entscheidung getroffen wird. Deshalb wird es einerseits Förderangebote (spezielle Förderung), andererseits verstärkte Massnahmen (Sonderschulung) geben. Die Einführungsklassen und Kleinklassen bleiben bestehen.

Als Zwischenergebnis liegt ein Konzept «Integrative Schulung» (Entwurf) des Projektteams Volksschule Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft vor. Auf dieser Grundlage wird eine Landratsvorlage «Integrative Schulung» erarbeitet.

Ziel der Integration ist auch, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem sozialen oder ethnischen Hintergrund einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen. Der Kanton Basel-Landschaft richtet sich nach dem vom Bund gesetzten Ziel, 95% aller 25-Jährigen zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II zu führen. Da dieses Ziel vom Angebot der Lehrstellen abhängig ist, stellt der Kanton verschiedene unterstützende Massnahmen wie Brückenangebote, eine fachkundige individuelle Beratung für Attestlernende, die Jugendberatungsstelle «wie weiter?» oder ein Mentoring-Programm zur Verfügung.

Der im Januar 2011 gesamtschweizerisch erschienene Nahtstellenbericht präsentiert die Entwicklungen und den Handlungsbedarf, um optimale Lösungen im Übergang von der obligatorischen Schule zur Sekundarschule II zu schaffen. Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz wurde auf den 1. Januar 2004 eine zweijährige Attestausbildung geschaffen, die die Durchlässigkeit innerhalb des Bildungssystems offen lässt. Der Kanton hat in den letzten Jahren den Ausbau dieser Attest-Lehrgänge gefördert.

Mit der BerufsWegBereitung (BWB) setzt der Kanton Basel-Landschaft den Auftrag des Bundes um, eine «Case-Management-Berufsbildung» einzuführen (strukturiertes Verfahren, um Massnahmen für Jugendliche sicher zu stellen, deren Einstieg in die Berufswelt gefährdet ist). Die BWB besteht aus einem präventiven und einem unterstützenden Teil. Einerseits sollen Jugendliche, die gefährdet sind, den beruflichen Einstieg zu verpassen, bereits in der Sekundarstufe I aufgefangen werden. Andererseits werden Jugendliche und junge Erwachsene ohne Abschluss auf der Sekundarstufe II beim Einstieg in die berufliche Grundbildung unterstützt.

6.2 Begabtenförderung

Für besonders leistungsstarke Jugendliche stehen auf der Ebene der Berufsbildung Angebote zur Verfügung. Sie haben die Chance, eine anspruchsvolle Berufslehre in den Bereichen «Life Sciences» oder Informatik und Technik sowie Gesundheit und Soziales zu absolvieren und danach als gut qualifizierte Arbeitnehmende in die Berufswelt einzusteigen. Zudem besteht die Möglichkeit, entweder lehrbegleitend oder nach Abschluss der beruflichen Grundbildung die Berufsmaturität zu erwerben. Dies ermöglicht den direkten Zugang zum Studium an einer Fachhochschule.

Die Gymnasien des Kantons Basel-Landschaft haben ein Angebot aufgebaut, das es zuziehenden Gymnasiastinnen und Gymnasiasten aus anderen Sprachräumen erlaubt, trotz anfänglicher Sprachschwierigkeiten in Deutsch und/oder Französisch ihrem Leistungspotential entsprechend eingeschult zu werden. Die Sprachdefizite werden durch ein maximal dreisemestriges zentral angebotenes Förderprogramm in Deutsch und Französisch behoben.

Mit dem Projekt «Schülerstudierende» bieten die Gymnasien leistungsstarken Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, bereits während der Gymnasialzeit Veranstaltungen an der Universität Basel zu besuchen und dafür Kreditpunkte zu erwerben, die für das ordentliche spätere Studium angerechnet werden. Die Schülerstudierenden sind verpflichtet, in ihren Klassen über den an der Uni behandelten Stoff in geeigneter Form zu berichten.

Die Leistungssportförderung hat im Kanton Basel-Landschaft einen hohen Stellenwert und ist eine weitere Möglichkeit der Förderung besonders talentierter Jugendlicher. Auf den Sekundarstufen I und II werden individuelle Lösungen durch die Bildung von Sportklassen erleichtert. Ein weiteres Programm zur Förderung sportbegabter Kinder ab der Primarschule ist das sogenannte «Talent Eye». Diese polysportive Talentförderung geschieht in Zusammenarbeit mit den Sportämtern beider Basel und der Universität Basel und setzt schon in der Primarschule an.

7. Tagesstrukturen

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es wünschenswert, dass die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern erhalten bleibt. Hierzu sind ausreichende Tagesstrukturen notwendig. An den Volksschulen erleichtern Tagesstrukturen die Integration und helfen, strukturelle Benachteiligungen aufgrund bildungsferner Herkunft abzubauen.

Der Unterricht findet an beinahe allen Primarschulen in Blockzeiten statt. Bei umfassenden Blockzeiten besuchen die Schülerinnen und Schüler an fünf Vormittagen und drei Nachmittagen die Schule. Blockzeiten erleichtern den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und schaffen die Möglichkeit, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen.

Kindertagesstätten, Kinderkrippen oder Tagesheime sind vom Kanton und der zuständigen Behörde bewilligte und beaufsichtigte Betreuungseinrichtungen und werden unter dem Begriff familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) zusammengefasst. Die Landratsvorlage 2009-314 über ein neues Gesetz für familienergänzende Kinderbetreuung richtet den Fokus einerseits auf den Frühbereich (ab neunten Lebenswoche bis ins Kindergartenalter) und andererseits auf den Schulbereich (Kindergarten bis und mit Sekundarstufe I inklusive Sonderschulen).

Der Kanton unterstützt die Gemeinden und die Anbieter von Tagesstrukturen mit Beratung, Information und Mustervorlagen. Er bietet FEB in den Sekundar- und Sonderschulen an. Eine Landratsvorlage zur Änderung des Bildungsgesetzes für die familienergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich (2009-314) liegt vor. Einzelne grössere Gemeinden wie Reinach, Allschwil oder Liestal bieten ganztägige Betreuungsangebote für ihre Schülerinnen und Schüler an.

Tagesstrukturen können dazu beitragen, die Integration zu fördern und strukturelle Benachteiligungen abzubauen. Deshalb befassen sich die Schulen in ihrer Entwicklung mit der Thematik der Tagesstrukturen. Mittlerweile führen 15 von 17 Sekundarschulen einen betreuten Mittagstisch. Die Nachfrage ist noch gering. Alle Gymnasien bieten eine Mittagsverpflegung an.

8. Hochschulen

Der Kanton Basel-Landschaft ist Trägerkanton der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz. Die Finanzierung von Seiten des Bundes und der Kantone ist leistungsorientiert. Indem der Kanton in den Aufsichts- und Steuerungsgremien der Universität und der Fachhochschulen vertreten ist, nimmt er auf deren Strategie und Profilierung Einfluss. Der Kanton Basel-Landschaft setzt sich mit einer Standesinitiative (vgl. LRV 2010-380) beim Bund für seine Anerkennung als Hochschulkanton ein.

Die Universität Basel und die FHNW haben hinsichtlich einer dynamischen Entwicklung ihre Charakteristika in Form von Profilierungsbereichen (Universität Basel) und Strategischen Feldern (FHNW) vorangetrieben. Dabei liegt ein besonderes Augemerck der Universität Basel auf den «Life Sciences» und der Kultur, während sich die FHNW vor allem der nachhaltigen Entwicklung von Institutionen, Organisationen und Unternehmen, der Ressourcennutzung und -entwicklung und der Transformation von Kulturen und Lebenswelten widmet. Aufgrund des rasanten Anstiegs der Studierendenzahlen stieg der Raumbedarf

beider Hochschulen. Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft stimmte dem Projektierungskredit für den Neubau zugunsten der Life Sciences der Universität auf dem Schällemätteli (Spitalstrasse 41) in Basel zu. Das Projekt stellt einen wichtigen Schritt in Richtung eines «Life-Sciences-Campus» dar und ist zudem das erste bikantonale Bauvorhaben der Universität Basel. Die Studierendenzahl soll an der Universität bis im Jahr 2012/13 auf 13 000 konsolidiert werden.

Die Möglichkeit, nach einer erfolgreich abgeschlossenen Berufslehre entweder eine höhere Fachschule oder mit Berufsmatur beziehungsweise Fachmatur eine Fachhochschule zu besuchen, bleibt weiter attraktiv. Um die Infrastruktur der FHNW zu stärken, hat der Landrat den Neubau «Campus Muttenez» im Polyfeld Muttenez gutgeheissen und ermöglicht damit bis im Jahr 2017 die Schaffung von 1700 Studienplätzen.

Neben der kompetitiven Positionierung in den «Life Sciences» setzt die Universität hauptsächlich auf den Ausbau des universitären Mittelbaus zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse. Zudem wird ein Kompromiss zwischen allzu enger fachlicher Profilierung und Volluniversität angestrebt sowie eine besondere Förderung der individuellen Begabung.



Siegerprojekt Architekturwettbewerb FHNW «Campus Muttenez»

9. Quartärbildung

Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt die vielfältigen Bestrebungen verschiedener Anbieter, der Bevölkerung im Sinne des lebenslangen Lernens angemessene Weiterbildung zu ermöglichen. Der Landrat verabschiedete ein entsprechendes Konzept, das Transparenz, Qualität und Zugänglichkeit der Angebote grundsätzlich verbessern will.

Volkshochschule beider Basel

Die in der Universität Basel verwurzelte Stiftung «Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel» vermittelt anspruchsvolle Bildungsinhalte in auch für Laien gut verständlicher Art und Weise. Mit ihren Programmen portiert sie die Grundüberzeugung «Bildung ist wertvoll, Bildung ist spannend, Bildung ist allen Interessierten zugänglich». Rund 10 000 bis 11 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Region Nordwestschweiz, die Mehrheit davon aus dem Kanton Basel-Landschaft, besuchen die Kurse jedes Jahr. Angeboten werden Sprachkurse, Kurse und Vorlesungen zu Wissen, Kreativität und Praxis, dazu die «SeniorenUni» und die «SamstagsUni» in Basel, Riehen, Münchenstein, Reinach, Laufen, Liestal und Sissach.

Das Bildungsgesetz verpflichtet den Kanton, die Weiterbildung beziehungsweise die Erwachsenenbildung zu unterstützen und zu fördern. Die Nachfrage ist abhängig von den Kriterien Bildungsabschluss, Erwerbsstatus, Geschlecht und Alter. Frauen sowie Personen mit Migrationshintergrund oder mit bildungsfernem Umfeld nutzen die Angebote deutlich seltener. Sie sollen künftig verstärkt angesprochen werden. Häufig verfügen sie am Arbeitsort nicht über ausreichende Informationen über Weiterbildungsangebote, die für sie geeignet sind. Hinzu kommt, dass Frauen und Arbeitnehmende mit einem tieferen Ausbildungsstand häufiger selbst für die Kosten der Weiterbildung aufkommen müssen.

Basierend auf den Erkenntnissen und Entwicklungen der letzten Jahre wurden im «Konzept Weiterbildung Basel-Landschaft» die strategischen Hauptziele festgelegt. Zentral ist das Anliegen, auch in Zukunft eine innovative Pionierrolle in der Förderung der Weiterbildung zu übernehmen.

10. Steuerungswissen – Informationen zum Bildungswesen

Der Bildungsbericht 2007 zeigte auf, dass in der systematischen Erfassung und Verknüpfung für das Steuerungswissen notwendiger Daten ein Defizit besteht. Nationale Bildungsstandards, welche im Rahmen des Bildungsmonitorings überprüft wurden, werden als Grundlage für die Qualitätsentwicklung auch des kantonalen Bildungswesens massgeblich sein.

Im Rahmen HarmoS-Konkordats haben die beigetretenen Kantone beschlossen, gesamtschweizerische Bildungsstandards zu entwickeln, einzuführen und periodisch zu überprüfen. Die Bildungsstandards leisten einen Beitrag zur gesamtschweizerischen Harmonisierung der Bildungsziele der obligatorischen Schule und dienen der Überprüfung und Weiterentwicklung der Qualität des Bildungssystems.

Die Beteiligung an regionalen, überregionalen, nationalen und internationalen Leistungsmessungen erlaubt Vergleiche. Diesbezüglich sind im Bildungsraum Nordwestschweiz unter anderem gemeinsame Leistungstests («Checks») und ein gemeinsames Abschlusszertifikat der Volksschule Teil der vierkantonalen Zusammenarbeit. Dazu ist es erforderlich, dass die Lehrpersonen auf Aufgaben-Datenbanken Zugriff haben, mit deren Hilfe sie kontinuierlich den Lernstand ihrer Schülerinnen und Schüler unabhängig vom jeweiligen Klassendurchschnitt diagnostizieren und ihren weiteren Unterricht planen können. Eine solche Datenbank wird derzeit entwickelt. Sie ist ein Instrument, mit dem Testaufgaben, die den Leistungstests zu Grunde liegen, verwaltet werden können. Die Testaufgaben werden auf die nationalen Bildungsstandards abgestimmt.

Der nationale Bildungsbericht, der alle vier Jahre erscheint, leistet einen Beitrag zum Bildungsmonitoring. Seine Auswertung ist Teil des Bildungsmonitoring-Prozesses und wird als Grundlage für Entscheide betreffend der weiteren Entwicklung des Bildungssystems verstanden. Ebenso wird der Bildungsbericht Nordwestschweiz ab 2012 einen Beitrag zu Entwicklungsschritten in der Region schaffen. Auf der Grundlage der Bildungsberichterstattung sollen vierkantonale Projekte, Ziele und Massnahmen definiert werden, die wiederum die Zusammenarbeit innerhalb des Bildungsraums fördern.

Änderungen im Bereich der statistischen Erhebungen

Die Schweizer Bildungsstatistik befindet sich im Umbruch. Das Projekt «Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich» des Bundesamtes für Statistik bringt grundlegende Neuerungen. 2010 wurde die Lernendenstatistik erstmals schweizweit als Individualstatistik erhoben. Im Kanton Basel-Landschaft sind seit 1986 Individualdaten verfügbar. Im Jahr 2011 wird die neue AHV-Nummer Teil der Lernendenstatistik. Sie bildet das Kernstück der Modernisierungen und erlaubt mittels Verknüpfung der Daten über die Zeit die Analyse von Bildungslaufbahnen. Die Verknüpfung der Datensätze wird vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Landschaft seit 2008 vorgenommen. Die eindeutige Identifikation von Personen erlaubt zudem die Verknüpfung der Statistik der Lernenden mit jener der Statistik der Bildungsabschlüsse, die ab dem Jahr 2011 ebenfalls als Individualstatistik erhoben wird.

Das Modernisierungsprojekt betrifft auch alle anderen Erhebungen im Bildungsbereich. So werden beispielsweise von der Statistik der Lehrkräfte seit 2010 auch die Lehrpersonen der Privatschulen erfasst.

Auch die im kantonalen Bildungsgesetz vorgeschriebene externe Schulevaluation generiert Steuerungswissen, das einerseits dem Kanton zur strategischen Führung des Bildungssystems und andererseits der einzelnen Schule für ihre weitere Entwicklung zugute kommt.

Seit 2010 ist das kantonale ERP-System («Enterprise Resource Planning») eingeführt. Es dient zur Abwicklung aller Finanz-, Personal und Logistikprozesse, auch für die kantonalen Schulen und schafft eine Grundlage für Finanzinformationen im Schulbereich.

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung arbeitet seit 2010 im Auftrag des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Landschaft daran, die Qualität der Datenlieferungen aus den einzelnen Bildungsstätten zu erhöhen. Es richtet das Augenmerk bei allen Datenlieferanten auf die korrekte Umsetzung der Vorgaben des Bundesamtes für Statistik.

Die Bildungsstufen im Überblick

Statistisches Portrait

Überblick Bildungsstatistik

2010 wurden im Baselbiet auf Kindergarten- und Primarstufe insgesamt rund 18 700 Kinder unterrichtet. Die Sekundarstufe I umfasste gut 12 000 Schülerinnen und Schüler. Im Vergleich zu 2006 ergibt sich damit auf allen Stufen der obligatorischen Schule ein Rückgang der Schülerzahlen. Künftig ist aufgrund der höheren Geburtenzahlen mit einer Zunahme der Bestände zu rechnen.

Rückgang der Schülerzahlen trifft Sekundarstufe II später

Die Berufsfachschulen zählten 2010 in der beruflichen Grundbildung gut 6000 Lernende. Die allgemeinbildenden Schulen, d.h. die Gymnasien und die Fachmittelschulen, umfassten rund 3200 bzw. 1000 Schülerinnen und Schüler. Daneben besuchten rund 430 Jugendliche ein allgemeinbildendes Angebot einer Privatschule. In Zwischenlösungen und Brückenangeboten befanden sich gut 600 Schülerinnen und Schüler. Im Vergleich zu 2006 sind die Schülerbestände der Sekundarstufe II im Allgemeinen gewachsen, mittelfristig ist jedoch mit rückläufigen Beständen zu rechnen. Anders verläuft die Entwicklung an den Hochschulen: Sowohl bei den Fachhochschulen (FH) als auch bei den universitären Hochschulen (UH) wird die Zahl der Studierenden auch künftig steigen. Derzeit zählen die Fachhochschulen der Schweiz rund 2200 Studierende aus dem Baselbiet, die universitären Hochschulen rund 3700.

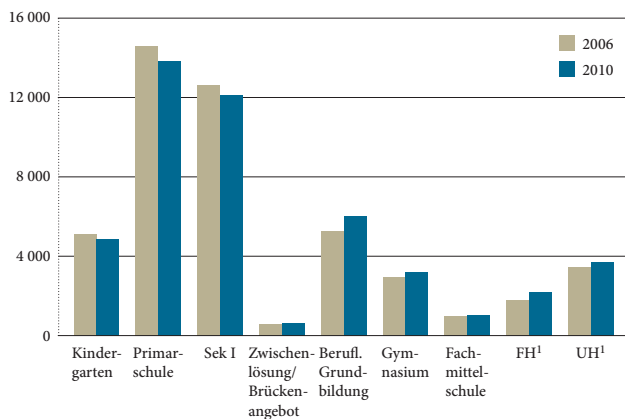
Bildungswege nach Geschlecht unterschiedlich

Auf der obligatorischen Schulstufe ist die Geschlechterverteilung erwartungsgemäss insgesamt ausgeglichen oder spiegelt das allgemein leicht zugunsten der Jungen ausfallende natürliche Geschlechterverhältnis bei der Geburt wider. Innerhalb der Stufen bestehen allerdings nach Schulart differenziert bereits auf tiefer Stufe erhebliche Ungleichgewichte. So besuchen beispielsweise mehr Jungen als Mädchen Sonderschulklassen oder Klassen mit spezieller Förderung der Primarstufe. Dies gilt ebenso für die Sekundarstufe I. Zudem sind Jungen in der Sekundarstufe I häufiger im Niveau A mit tieferen Anforderungen, während Mädchen beispielsweise im Niveau P mit progymnasialen Anforderungen stärker vertreten sind. Auf der Sekundarstufe II sind junge Frauen in allgemeinbildenden Angeboten wie Gymnasien oder Fachmittelschulen übervertreten, junge Männer entscheiden sich hingegen häufiger für eine berufliche Grundbildung. An den Hochschulen ist die Geschlechterverteilung wiederum praktisch ausgeglichen.

Deutliche Unterschiede nach Herkunft

Die an den Baselbieter Schulen unterrichteten Kinder und Jugendlichen sind zu 77% schweizerischer und zu 23% ausländischer Herkunft. Die Fremdsprachigenquote beträgt 24%. Bereits auf Kindergarten- und Primarstufe sind ausländische und/oder fremdsprachige Schülerinnen und Schüler in Angeboten ausserhalb des Regelunterrichts, d.h. in Einführungsklassen, Kleinklassen, Klassen der Sonderschulung oder an Privatschulen, übervertreten. Auch auf Sekundarstufe I sind ausländische Kinder und Jugendliche in Angeboten ausserhalb des Regelunterrichts sowie z.B. in Schulklassen des Niveaus A häufiger anzutreffen als in Schulklassen mit höheren Anforderungen. Auf Sekundarstufe II ist der Ausländeranteil in der beruflichen Grundbildung überdurchschnittlich hoch, wohingegen Schweizerinnen und Schweizer bei den allgemeinbildenden Schulen übervertreten sind. Besonders tief ist der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer unter den Baselbieter Hochschulstudierenden.

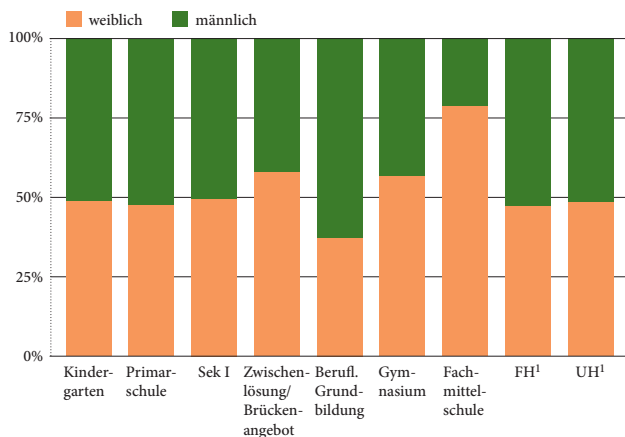
1: Schüler/innen und Studierende nach Schulstufe 2006 und 2010



¹ Bei FH und UH 2009 anstelle von 2010.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft; Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

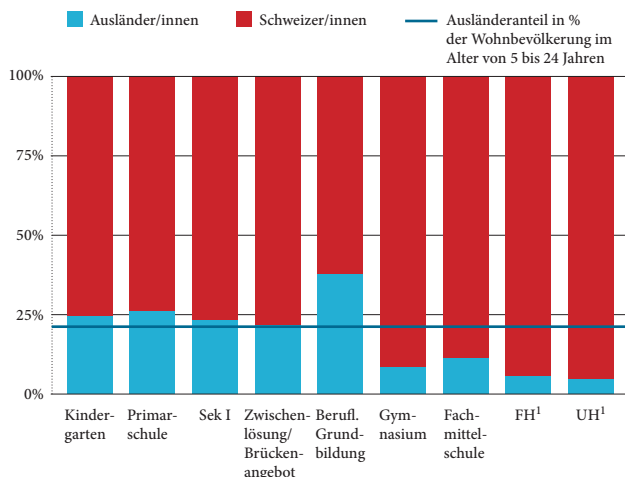
2: Schüler/innen und Studierende nach Schulstufe und Geschlecht 2010



¹ Bei FH und UH 2009 anstelle von 2010.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft; Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

3: Schüler/innen und Studierende nach Schulstufe, Herkunft und Fremdsprachigenanteil 2010



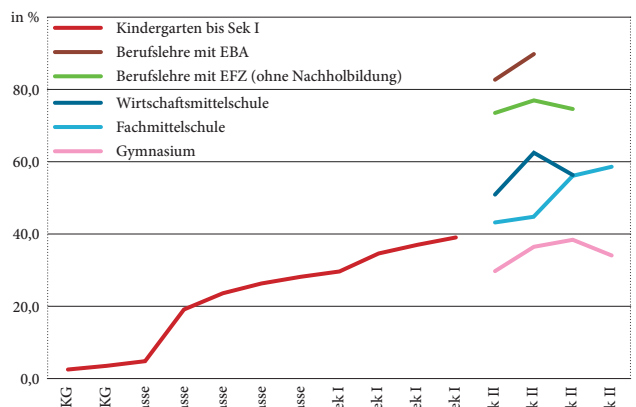
¹ Bei FH und UH 2009 anstelle von 2010.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft; Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

Verzögerte Bildungslaufbahnen sind die Regel

Auf Stufe des ersten Kindergartenjahres haben praktisch alle Schülerinnen und Schüler das der Stufe entsprechende Alter. In der zweiten Klasse der Primarschule sind – zumeist aufgrund des Besuchs einer Einführungsklasse – bereits 19% der Schülerinnen und Schüler älter als bei Normalverlauf. Bis zum Ende der Primarstufe steigt der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit verzögerter Bildungslaufbahn auf 28%, bis Ende der Sekundarstufe I auf 39%. Auf Sekundarstufe II sind in den Gymnasien am wenigsten ältere Schülerinnen und Schüler zu finden, gefolgt von den Fachmittelschulen. Im Bereich der beruflichen Grundbildung sind die Bildungslaufbahnen an den Wirtschaftsmittelschulen weniger häufig verzögert als im Bereich der Berufslehren. Zudem fällt auf, dass Lernende in kürzeren Berufslehren mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) die Schule häufiger mit Verzögerung durchlaufen als Lernende der drei- oder vierjährigen Berufslehren mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ). Ebenso ist der Anteil der Lernenden mit verzögerter Bildungslaufbahn bei den vierjährigen Berufslehren kleiner als bei den dreijährigen Berufslehren, weshalb er im letzten Schuljahr der Berufslehren mit EFZ sinkt.

4: Anteil der Lernenden mit verzögerter Bildungslaufbahn in % nach Schulstufe 2010

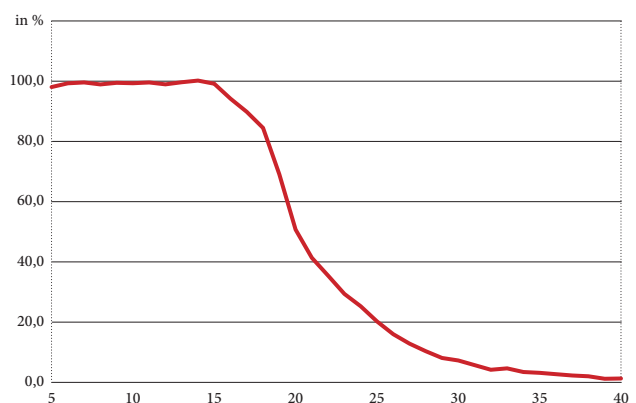


Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Rund die Hälfte der 20-Jährigen noch in Ausbildung

Die Schulbesuchsquote zeigt den Anteil der Schülerinnen, Schüler und Studierenden in Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Bis zum Alter von 15 Jahren besuchen praktisch alle Baselbieterinnen und Baselbieter eine Schule. Danach nimmt der Anteil der basellandschaftlichen Wohnbevölkerung mit Schulbesuch rasch ab: Die 16-Jährigen sind noch zu 94% in einem Bildungsangebot, von den 19-Jährigen besuchen noch 69% eine Schule. Mit 20 Jahren besuchen schliesslich noch 51% eine Schule und von den 25-Jährigen sind noch rund 20% an einer Schule oder Hochschule eingeschrieben. Studierende im Bereich der höheren Berufsbildung und Personen in Weiterbildung wurden in dieser Grafik nur zum Teil berücksichtigt. Nutzerinnen und Nutzer von Weiterbildungsangeboten ausserhalb der Berufsfachschulen sind nicht enthalten.

5: Schulbesuchsquote der Basebieter Wohnbevölkerung nach Alter 2008¹



¹ Weiterbildung nur bedingt berücksichtigt.

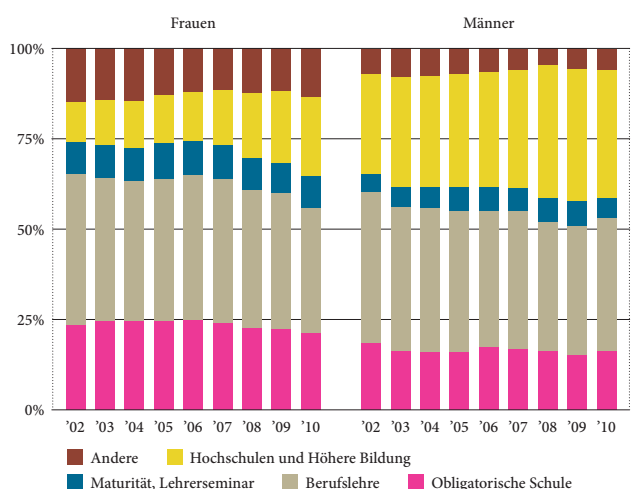
Daten: Bildungsstatistik, Bundesamt für Statistik;
Bevölkerungsfortschreibung, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Aufwärtstrend bei der höchsten abgeschlossenen Ausbildung

Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) absolvieren schweizweit nahezu zwei Drittel der Jugendlichen eine berufliche Grundbildung. Ein Teil davon bildet sich weiter und erreicht einen höheren Bildungsstand. Die Berufsbildung ohne Fortsetzung auf Tertiärstufe entspricht dennoch dem am häufigsten erreichten höchsten Bildungsstand. In den Kantonen AG/BL/BS ist dies zusammengefasst bei rund 36% der Befragten der Fall. Bei insgesamt 19% der Befragten ist die obligatorische Schulbildung der höchste erreichte Bildungsstand, 29% verfügen über einen Hochschulabschluss oder ein Diplom einer höheren Berufsbildung. Im Vergleich zu 2002 hat sich der Bildungsstand insbesondere im Bereich der Hochschulbildung und der höheren Berufsbildung deutlich erhöht. Bei den Frauen hat sich der Anteil mit Tertiärabschluss sogar verdoppelt. Damit haben die Frauen deutlich aufgeholt, die Männer weisen aber dennoch mehr Tertiärabschlüsse auf.

Bezüglich der Herkunft stellt das BFS fest, dass ansässige Personen ausländischer Herkunft, die die obligatorische Schule im Ausland besucht haben, einerseits überdurchschnittlich oft über keine nachobligatorische Ausbildung verfügen, andererseits aber auch überdurchschnittlich oft einen Tertiärabschluss haben. Ausländerinnen und Ausländer mit obligatorischem Schulbesuch in der Schweiz bleiben ebenfalls überdurchschnittlich häufig ohne nachobligatorische Ausbildung. Sie erlangen gleich häufig wie Schweizerinnen und Schweizer einen Abschluss der beruflichen Grundbildung, Tertiärabschlüsse sind jedoch seltener.

6: Höchste abgeschlossene Ausbildung der ständigen Wohnbevölkerung seit 2002 (AG, BL, BS)¹



¹ Jeweils 2. Quartal.

Daten: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Bundesamt für Statistik

Zunahme der Lehrpersonen bei mehr Teilzeitpensen

2008 waren im Kanton Basel-Landschaft rund 4240 Lehrpersonen an den Regelklassen der öffentlichen Schulen tätig.¹ In Stellenprozenten ausgedrückt entspricht dies 2770 Vollzeitäquivalenten. Damit unterrichteten 2008 etwas mehr Personen bei praktisch gleich vielen Vollzeitäquivalenten als noch im Jahr 2005. Die Kindergarten- und Primarstufe umfasst, entsprechend den Schülerbeständen, die meisten Lehrkräfte. Es folgen die Sekundarstufen I und II. Mit einem Anteil von insgesamt 68% haben die meisten Lehrpersonen ein Teilzeitpensum von bis zu 80% inne. Der Anteil der Lehrpersonen mit einem Pensum von weniger als 50% beträgt 29%. Kleine Pensen sind an den Berufsfachschulen sowie auf Kindergarten- und Primarstufe vergleichsweise häufig, während auf Sekundarstufe I mit einem Anteil von 42% viele Vollzeitpensen gezählt wurden. Im Vergleich der Jahre 2005 bis 2008 ist der Anteil der Vollzeitpensen mit Ausnahme der Kindergartenstufe leicht geschrumpft.

Hauptsächlich weibliche Lehrpersonen auf Kindergarten- und Primarstufe, klare Männermehrheit bei den Berufsfachschulen

Der Lehrkörper ist mit 2593 weiblichen (61%) und 1647 männlichen (39%) Lehrkräften insgesamt weiblich dominiert. An den Kindergärten unterrichten praktisch ausschliesslich Lehrerinnen, auch auf Primarstufe sind weibliche Lehrpersonen mit einem Anteil von 79% in der Mehrheit. Auf Sekundarstufe I halten sich männliche und weibliche Lehrpersonen die Waage, an den Gymnasien und Fachmittelschulen sind etwas mehr Männer tätig als Frauen, der Lehrkörper der Berufsfachschulen ist mit 74% Männer zu 26% Frauen hingegen männlich dominiert. Innerhalb der Schulleitungen bilden die Frauen zwar auf Kindergarten- und Primarstufe die Mehrheit, dennoch sind sie insgesamt untervertreten. Insbesondere auf Sekundarstufe I sind Frauen im Vergleich zu deren Anteil an den Lehrpersonen selten Teil der Schulleitung. Einzig an den Berufsfachschulen sind Frauen und Männer entsprechend der Geschlechterverteilung unter den Lehrpersonen in den Schulleitungen vertreten. In Vollzeitäquivalenten beträgt das Geschlechterverhältnis der Lehrpersonen 55% Frauen zu 45% Männer und verschiebt sich aufgrund der grösseren Verbreitung der Teilzeitarbeit bei den Frauen auf praktisch allen Stufen um 3 bis 8 Prozentpunkte zugunsten der Männer.

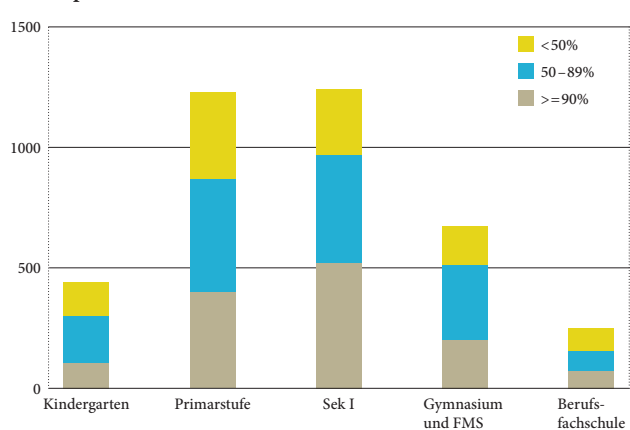
37% der Lehrerinnen und Lehrer fünfzig oder älter

2008 waren 1551 der 4240 bzw. 37% der betrachteten Lehrerinnen und Lehrer der öffentlichen Regelklassen 50 oder älter. Das sind rund 4% mehr als noch 2006. Die Zahl Lehrpersonen, die das 60. Altersjahre bereits erreicht haben, ist sogar um 19% angestiegen. Aufgrund dieser Verschiebungen dürften die Pensionierungen von Lehrpersonen in Zukunft zunehmen. Insbesondere im Bereich der Berufsbildung sind mit einem Anteil von 40% zahlreiche Lehrkräfte 50 oder älter, wobei der Anteil der 60-jährigen und älteren Lehrpersonen auf Sekundarstufe II und bei der Berufsbildung mit 8% am höchsten ist. Im Kindergarten sind ältere Lehrpersonen (60+) mit 4% eher selten. Hier unterrichten denn auch am meisten junge Lehrkräfte. 18% der Kindergartenlehrpersonen sind unter 30.

Zunahme der Bildungsausgaben

Die Gesamtausgaben des Kantons und der Gemeinden für die Bildung beliefen sich im Jahr 2009 auf gut 940 Mio. Franken. Dies sind nominal gut 120 Mio. Fr. oder 15% mehr als im Jahr 2005 (teuerungsbereinigt: +89 Mio. Franken; die Steigerung des Landesindex der Konsumentenpreise von 3,7% im Zeitraum 2005 – 2009 ist auch bei der Betrachtung der Grafik 4 zu berücksichtigen). Rund die Hälfte der Ausgaben fällt auf die obligatorische Schulstufe. Die Gymnasien, Fachmittelschulen und Berufsfachschulen haben einen Anteil von 19%. Weitere 21% der Bildungsausgaben von Kanton und Gemeinden gehen an universitäre Hochschulen und Fachhochschulen. Die knapp 4% für das übrige Bildungswesen setzten sich aus Ausgaben für die Jugendmusikschulen, die Erwachsenenbildung, Mittagstische der Primarschulen und beispielsweise Ausgaben für die Berufsbera-

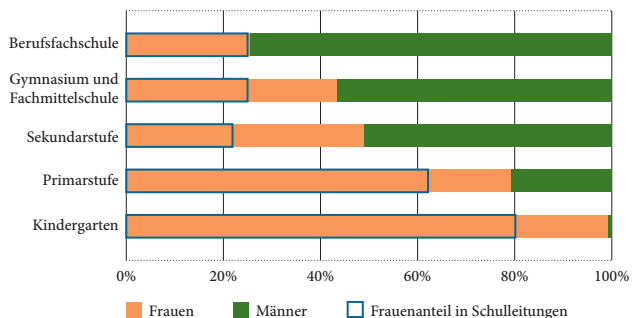
7: Lehrpersonen nach Stufe Pensum 2008



¹ Ohne nicht auf Stufe zuteilbare Lehrpersonen.

Daten: Lehrkräftestatistik, Bundesamt für Statistik

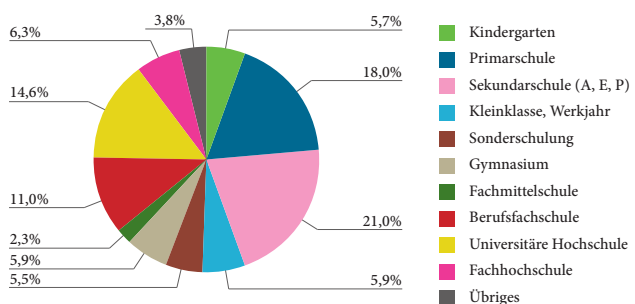
8: Geschlechterverteilung der Lehrpersonen und Frauenanteil in Schulleitungen nach Stufe 2008¹



¹ Ohne nicht auf Stufe zuteilbare Lehrpersonen.

Daten: Lehrkräftestatistik, Bundesamt für Statistik; Lehrkräftestatistik, Statistisches Amt Basel-Landschaft

9: Bildungsausgaben nach Bildungsbereich in % 2009



Daten: Statistisches Amt Basel-Landschaft

¹ Diese Zahl ist aufgrund der unterschiedlichen Quelle und Zählweise nicht vergleichbar mit dem im Bildungsbericht 2007 publizierten Wert.

tung zusammen. Bei den Gesamtausgaben handelt es sich um die von Kanton und Gemeinden getragenen Kosten für Personal, Liegenschaften, Schulmaterial und Anderes, wobei die Entschädigungen der Lehrpersonen mit 60% bis 80% den Hauptanteil ausmachen. Geldflüsse zwischen Kanton und Gemeinden werden ausgeklammert, um Doppelzählungen zu vermeiden, Finanzströme von und zu anderen Kantonen sind hingegen enthalten.

Das grösste absolute Ausgabenwachstum fällt auf die Sonderschulung und steht im Zusammenhang mit dem Rückzug der Invalidenversicherung (IV) aus der Sonderschulung in der Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Entsprechend ist der Anteil der Sonderschulung, gemessen an den Gesamtausgaben, von knapp 2% im Jahr 2000 auf 5,5% im Jahr 2010 angestiegen. Die Ausgaben im Bereich der universitären Hochschulen, der Fachhochschulen und der Fachmittelschulen sind aufgrund des Ausbaus der Angebote und im Bereich der Hochschulen einer deutlichen Steigerung der Studierendenzahlen mit Zunahmen von 20% und mehr ebenfalls gewachsen.

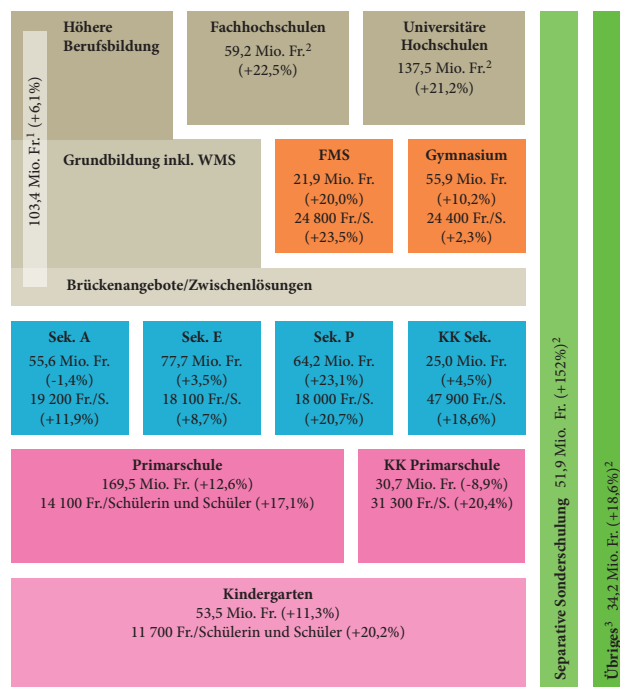
Kosten pro Schülerin und Schüler je nach Stufe und Klassengrösse unterschiedlich

Für Schülerinnen und Schüler im Kindergarten werden an den Baselbieter Schulen rund 11 700 Fr. pro Schuljahr aufgewendet. Dabei wurden Beiträge an andere Kantone und Zahlungen anderer Kantone für ausserkantonale Schülerinnen und Schüler in Abzug gebracht (Optik Schulort). Mit zunehmender Schulstufe steigen die Kosten. Eine Schülerin bzw. ein Schüler auf Primarstufe kostet den Kanton und die Gemeinden 14 100 Franken, in der Sekundarstufe I sind es 18 400 Franken. Je höher die Bildungsstufe, desto höher sind die Anforderungen an die Infrastruktur, zudem steigen die Löhne der Lehrpersonen. Die Ausgaben für Schülerinnen und Schüler der Gymnasien oder Fachmittelschulen beliefen sich im Jahr 2009 auf gegen 25 000 Franken. Kleinklassenschülerinnen und -schüler kosten sowohl auf Primarstufe, als auch auf Sekundarstufe mehr als doppelt so viel wie ein Regelklassenschüler. Deutlich kleinere Klassen und höhere Personalkosten erklären die höheren Ausgaben in diesem Bereich. Die Kosten der Berufslernenden und der Studierenden sind aufgrund des kantonsübergreifenden Charakters nicht pro Kopf auswertbar.

Über 2000 Studierende profitieren von Stipendienzahlungen

2010 leistete der Kanton Stipendienzahlungen in der Höhe von knapp 11 Mio. Franken. Diese Ausgaben sind in den oben dargestellten Bildungsausgaben enthalten. Insgesamt erhielten 2052 Baselbieterinnen und Baselbieter Stipendienzahlungen. Rund 52% der Stipendienbeziehenden besuchen eine allgemeinbildende Schule oder eine Berufslehre. Die restlichen 48% haben bereits eine Grundausbildung abgeschlossen. Zumeist sind es Studierende von universitären Hochschulen oder Fachhochschulen (42% aller Stipendiatinnen und Stipendiaten). Ihnen wurden 2010 Stipendien in der Höhe von 6,4 Mio. Fr. zugesprochen, was 60% der Gesamtsumme entspricht.

10: Bildungsausgaben nach Bereich 2009¹ (in Klammern: Veränderung in % 2005 – 2009)



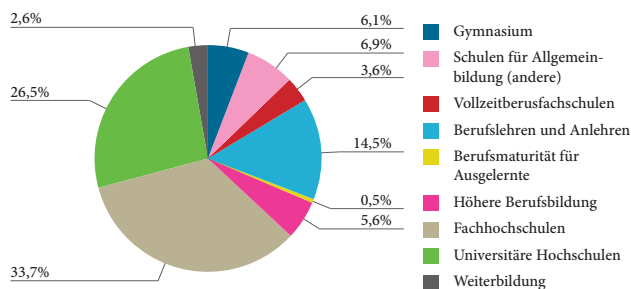
¹ Ausgaben von Kanton und Gemeinden (nominal).

² Ausgaben nicht pro Lernender ausweisbar.

³ Jugendmusikschule, Erwachsenenbildung, Mittagstische, Berufsberatung und Übriges.

Daten: Statistisches Amt Basel-Landschaft

11: Ausbezahlte Stipendienbeiträge in % nach Schulart des Lernenden 2010



Daten: Amt für Berufsbildung und Berufsberatung des Kantons Basel-Landschaft

Statistisches Portrait

Kontext

Der Kanton Basel-Landschaft zählte Ende 2010 insgesamt 275 756 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Wohnbevölkerung wächst dank Zuwanderungen leicht, aber stetig. Das natürliche Bevölkerungswachstum, d.h. die Geburten abzüglich der Todesfälle, trägt hingegen nur noch unwesentlich zum Wachstum bei. Die derzeitige Altersstruktur der Wohnbevölkerung ist geprägt von einem relativ hohen Anteil an Personen zwischen vierzig und sechzig Jahren, einer schmalen Basis und einer rasch breiter werdenden Spitze mit Betagten und Hochbetagten. Die Kinder und Jugendlichen (0–19 Jahre) haben einen Anteil von 19,8% an der Wohnbevölkerung, die Personen im erwerbsfähigen Alter (20–64 Jahre) machen insgesamt 60,8% aus und die Betagten und Hochbetagten (65+) sind mit 19,4% vertreten. (LINK DEMOGRAFIEBERICHT BL 2011, wo und wie in def. Layout entscheiden.)

Rückgang der Personen im Erwerbsalter, mehr Betagte und Hochbetagte

Die künftige Bevölkerungsentwicklung lässt sich aus der aktuellen Bevölkerungsstruktur herleiten, wird aber auch beeinflusst durch das Wanderungsverhalten oder beispielsweise die Entwicklung der Lebenserwartung. Wie das mittlere Bevölkerungsszenario des Bundesamtes für Statistik (BFS) zeigt, werden die heute bevölkerungsstarken Altersklassen der Baby-Boomer-Generation im Jahr 2025 allmählich ins Pensionsalter eintreten und zu einer deutlichen Zunahme der Betagten und Hochbetagten führen. Diese Verschiebung hat zur Folge, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter auch bei zunehmender Zuwanderung deutlich sinken dürfte (2025: 56,2%, 2035: 52,7%), während der Anteil der Betagten und Hochbetagten gemäss den Bundesszenarien deutlich zulegen wird (2025: 25,2%, 2035: 29,2%).

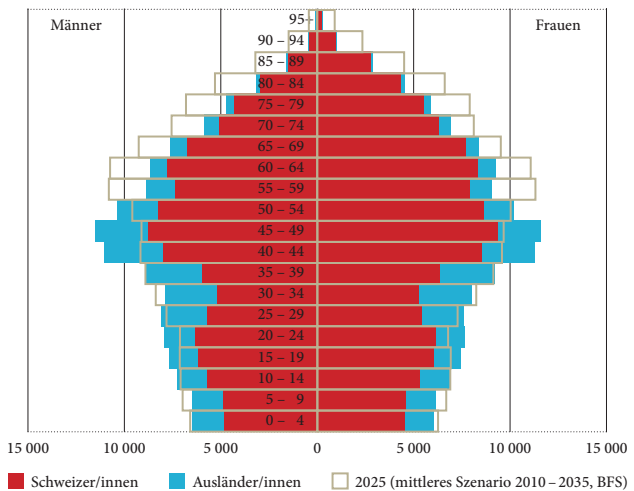
Künftig weniger Kinder und Jugendliche

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen wird vom BFS im Jahr 2025 auf 18,6% geschätzt, allerdings sind Vorausschätzungen in Bezug auf junge, heute noch nicht geborene Generationen mit grosser Unsicherheit behaftet. Es ist daher angebracht, Prognosen zu Kindern und Jugendlichen auf die unmittelbare Entwicklung der nächsten Jahren zu beschränken. Nach Altersklassen unterteilt dürfte die Zahl der 5- und 6-jährigen Kinder bis 2015 um 6,2% ansteigen, während die Zahl der 7- bis 11-jährigen vorerst bis 2013 gemäss BFS-Szenario zurückgehen, insgesamt bis 2015 aber dennoch um 0,9% zulegen wird. Für die 12- bis 15-jährigen wird bis 2015 ein Rückgang von 6,8% prognostiziert, ebenso wird die Zahl der 16- bis 19-jährigen gemäss BFS bis im Jahr 2015 um 4,0% schwinden.

Ausländische Wohnbevölkerung

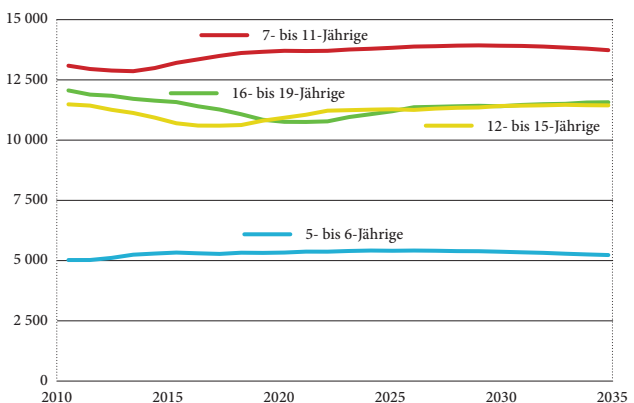
19,7% der im Baselbiet wohnhaften Personen sind ausländischer Nationalität. Die ausländische Wohnbevölkerung hat sowohl einen positiven Geburtenüberschuss, als auch eine positive Wanderungsbilanz und ist daher eine wichtige Komponente des Bevölkerungswachstums. Nach Alter betrachtet weisen die 30- bis 34-jährigen mit 34% den höchsten Anteil ausländischer Personen auf. Italienerinnen und Italiener sind seit Jahren die grösste ausländische Bevölkerungsgruppe. An zweiter Stelle folgen Personen aus Deutschland. Allein gegenüber 2006 hat die Zahl der Personen aus Deutschland um 33% zugenommen. Ebenso ist die Zahl der Personen aus Ländern ausserhalb Europas mit plus 19% deutlich gestiegen.

1: Bevölkerungsstruktur nach Alter, Geschlecht und Nationalität 2010



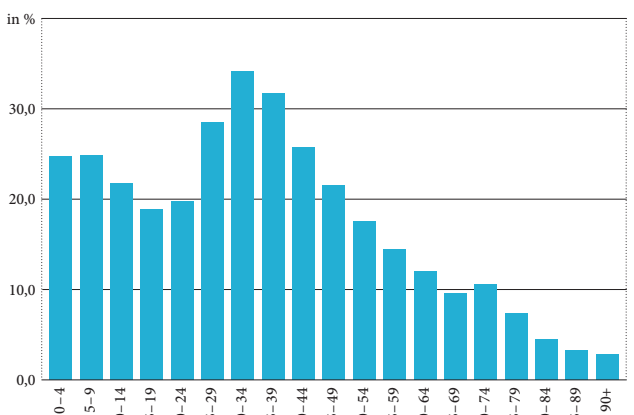
Daten: Kantonale Bevölkerungsfortschreibung, Statistisches Amt Basel-Landschaft; Mittleres Bevölkerungsszenario 2010–2035, Bundesamt für Statistik

2: Künftige Entwicklung der Kinder und Jugendlichen nach Altersklasse bis 2035



Daten: Mittleres Bevölkerungsszenario 2010–2035, Bundesamt für Statistik

3: Ausländeranteil nach Altersklasse 2010



Daten: Kantonale Bevölkerungsfortschreibung, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Höheres Sozialhilferisiko für Familien und Personen ausländischer Herkunft – Kinder am stärksten betroffen

Per Ende 2010 wurden im Baselbiet rund 4562 Personen von der Sozialhilfe unterstützt. Das entspricht einer Stichtagsquote der Sozialhilfe von 1,7% der Wohnbevölkerung. Von der schweizerischen Wohnbevölkerung waren im Kanton 1,1% betroffen, die Stichtagsquote der Sozialhilfe der ausländischen Wohnbevölkerung betrug am 31.12.2010 4,1%. Kinderreiche Familien, alleinerziehende Frauen und ihre Kinder sowie Familien mit ausländischer Herkunft haben ein überdurchschnittliches Risiko, von der Sozialhilfe abhängig zu werden. Die Stichtagsquote der Sozialhilfe der Kinder im Alter von 0 bis 15 Jahren zeigt deutlich, dass sowohl bei den Schweizerinnen und Schweizern als auch bei den Ausländerinnen und Ausländern die Jüngsten am stärksten betroffen sind.

Junge Erwachsene von Zunahme der Arbeitslosigkeit betroffen

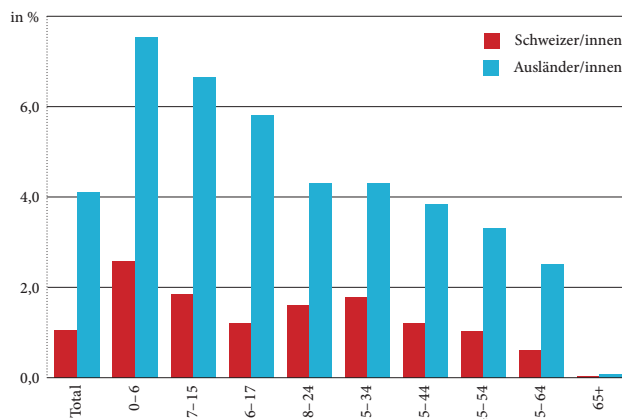
2010 waren im Baselbiet im Jahresmittel 3,5% der aktiven Wohnbevölkerung arbeitslos. Die gesamtschweizerische Arbeitslosenquote betrug 3,9%. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 24 Jahren machten 16% aller Arbeitslosen aus. Der Anteil der 25- bis 49-Jährigen lag bei knapp 60%, jener der 50+ bei 25%. Arbeitslose im Alter von über 50 Jahren sind überdurchschnittlich häufig von Langzeitarbeitslosigkeit (ein Jahr und mehr) betroffen, Jugendliche und junge Erwachsene haben hingegen ein allgemein höheres Risiko, arbeitslos zu werden, finden jedoch rascher wieder eine neue Anstellung. Vom raschen Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Jahr 2009 waren Erwerbstätige im Alter von 15 bis 24 Jahre mit +72% am stärksten betroffen, gefolgt von den 25- bis 49-Jährigen (+50%) und den 50+ (+40%). 2010 stieg die Zahl der Arbeitslosen hingegen bei den 50+ am stärksten an (+14%), während sie bei den 25- bis 49-Jährigen mit 3% mehr als im Vorjahr nur leicht zunahm. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen stagnierte die Arbeitslosenzahl praktisch auf Vorjahrsniveau.

Zunahme bei den Beschäftigten, keine Veränderung bei den Pensen

Ende September 2008 waren im Baselbiet in den drei Wirtschaftssektoren 127 810 Beschäftigte registriert. Zusammen mit dem Nachbarkanton Basel-Stadt beschäftigten 23 681 Arbeitsstätten insgesamt 287 016 Personen. Die grosse Mehrheit dieser Beschäftigten, d.h. rund 73%, waren im Dienstleistungssektor (Sektor 3) tätig. Ohne Mitberücksichtigung der Landwirtschaft (Sektor 1) zählten die beiden Basel 5,1% Beschäftigte mehr als im Jahr 2005 (CH: +8,1%). Der Gewerbe- und Industriesektor (Sektor 2) verzeichnete dabei mit 5,8% ein höheres Wachstum als der Sektor 3 mit 4,8%. Die Branche «Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren» war mit einem Anteil von 21,1% am Total der Sektoren 2 und 3 am Stichtag der Betriebszählung 2008 die grösste. Sie gehört zusammen mit «Verkehr und Lagerei», «Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen» sowie dem «Gesundheits- und Sozialwesen» zu jenen Branchen, die im Vergleich zur gesamten Schweiz in den beiden Basel stärker vertreten sind.

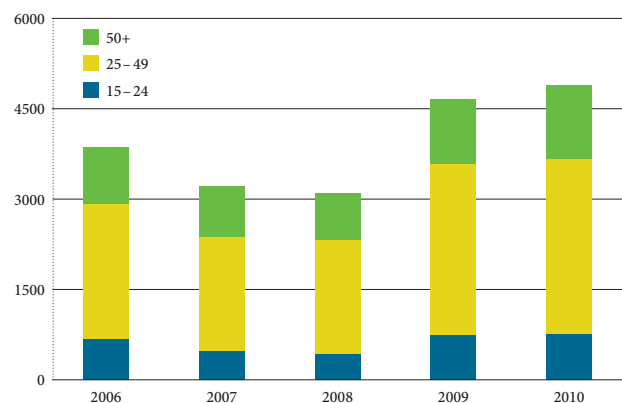
Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten mit einem Arbeitspensum von 90% oder mehr lag 2008 bei 69%, wobei im Gewerbe- und Industriesektor mit 89% deutlich mehr Personen vollzeitbeschäftigt waren, als im Dienstleistungssektor mit 61%. Ebenso sind kleine Arbeitspensum von weniger als 50% im Sektor 2 mit 3,1% eher selten, während im Sektor 3 15,6% der Beschäftigten ein Arbeitspensum von weniger als 50% hatten.

4: Stichtagsquote der Sozialhilfe nach Alter und Herkunft 2010



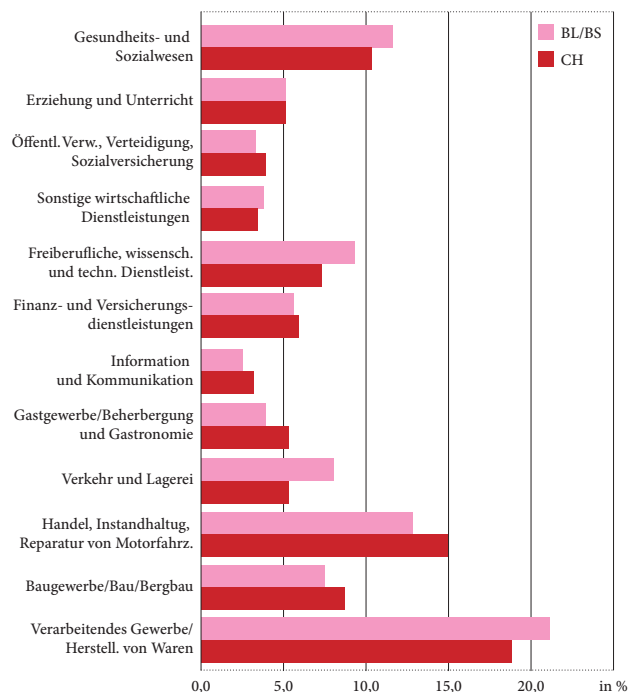
Daten: Sozialhilfestatistik, Statistisches Amt Basel-Landschaft

5: Arbeitslose nach Alter seit 2006



Daten: Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Kantons Basel-Landschaft (KIGA)

6: Prozentanteile der Beschäftigten (Vollzeitäquivalenten) ausgewählter Branchen BL/BS und Schweiz 2008



Daten: Eidgenössische Betriebszählung, Bundesamt für Statistik

Statistisches Portrait

Kindergarten und Primarschule

Im Schuljahr 2010/11 besuchten im Kanton Basel-Landschaft 4 842 Schülerinnen und Schüler einen Kindergarten, 13 843 eine Primarschule. Dies bedeutet gegenüber 2006 einen Rückgang von gut 5%. Dieser Rückgang passt zur Tendenz, die seit einiger Zeit zu beobachten ist. Nach einem Anstieg in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre und der ersten Hälfte der 90er-Jahre blieb die Zahl der Schülerinnen und Schüler stabil, bis sie nach der Jahrtausendwende wieder zu sinken begann. Laut Prognose des Bundesamtes für Statistik wird sich dieser Trend im Basbiet schon 2011 umkehren. In den Jahren bis 2020 ist wieder mit einer steigenden Zahl von Schülerinnen und Schülern zu rechnen.

87,4% der Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Regelklassen

Von 2006 bis 2010 ist auch die Zahl der Klassen gesunken. Eine Kindergartenklasse der öffentlichen Schulen bestand 2010 durchschnittlich aus 17,9 Kindern, eine Regelklasse der Primarschule aus 19,0. Eine durchschnittliche Klasse der speziellen Förderung wird von 9,4 Schüler/innen besucht.

87,4%, also 16 329 der rund 18 700 Schülerinnen und Schüler, besuchten 2010 eine Regelklasse der öffentlichen Kindergärten und Primarschulen. Darunter sind auch 123 integrierte Sonderschülerinnen und Sonderschüler sowie 544 integrierte Kleinklassenschülerinnen und -schüler. 18 Sonderschülerinnen und -schüler sind in Kleinklassen integriert. Zahlen zur Integration sind erst ab 2008 verfügbar. Seither hat sich die Zahl der integrierten Kleinklassenschülerinnen und -schüler sowie auch der integrierten Sonderschülerinnen und -schüler um rund 70% erhöht.

Der Besuch des ersten, fakultativen Kindergartenjahres ist im Basbiet die Norm. Die Zahlen sind mit einiger Unsicherheit behaftet und deshalb nicht genau auswertbar. Es ist jedoch davon auszugehen, dass nur etwa 1,5–2% der Kinder das erste Kindergartenjahr nicht besuchen. Praktisch alle Kinder treten im vorgesehenen Alter in den Kindergarten ein, nur eine Handvoll verspätet. Ab Schuljahr 2012/13 sind beide Kindergartenjahre obligatorisch.

2010 besuchten 1020 Schülerinnen und Schüler, also 5,5%, eine Privatschule. 392 waren in einer Einrichtung der separativen Sonderschulung, was einem Anteil von 2,1% entspricht. 5,1% oder 944 Kinder wurden in Klassen der speziellen Förderung, also Klein-, Integrations-/Deutsch- und Einführungsklassen, unterrichtet.

Fremdsprachigenanteil gestiegen

Gut ein Viertel der im Basbiet unterrichteten Kindergarten- und Primarschulkinder sind ausländischer Nationalität. Dieser Anteil hat sich seit 2006 kaum verändert. Deutlich zugenommen hat jedoch der Anteil der Schülerinnen und Schüler, bei denen Deutsch nicht diejenige Sprache ist, die sie am besten beherrschen. Lag 2006 der Anteil deutschsprachiger Kinder noch bei 74,2%, ist er bis 2010 auf 69,3% gesunken. Eventuell ist ein Grossteil dieses Anstieges auf die Revision der Lernendenstatistik zurückzuführen. Vor 2008 wurden die Lehrpersonen befragt, seither stammen die Daten direkt aus den Administrativdaten der Schulen, basieren also mehrheitlich auf Angaben der Eltern. Zwischen 2007 und 2008 sprang der Fremdsprachigenanteil um 3,3 Prozentpunkte.

1: Kennzahlen

Schülerinnen und Schüler	2006	2010
Total	19 697	18 685
— Kindergarten	5 092	4 842
— Primarschule	14 605	13 843
davon integr. Sonderschüler/innen ¹	...	141
davon integr. Kleinklassenschüler/innen ¹	...	544
Schweizerinnen und Schweizer	74,8%	74,1%
Ausländerinnen und Ausländer	25,2%	25,9%
Weiblich	48,3%	48,3%
Männlich	51,7%	51,7%
Hauptsprache Deutsch	74,2%	69,3%
Abteilungen	1 157	1 091
— Kindergarten	298	280
— Primarschule	859	811
Durchschnittliche Abteilungsgrösse ²	18,5	18,7
— Kindergarten	17,5	17,9
— Primarschule	18,9	19,0

¹ Erst ab 2008 erhoben.

² Nur öffentliche Kindergärten und Primarschul-Regelklassen; ohne Doppelzählung fremdsprachiger Kinder für Bestimmung der Klassengrösse gemäss Bildungsgesetzgebung.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Lehrkräfte ¹	2006	2008
Total	1 693	1 676
Kindergarten	452	442
— Frauen	99,1%	99,5%
— Männer	0,9%	0,5%
Primarschule	1 241	1 234
— Frauen	78,8%	79,4%
— Männer	21,2%	20,6%

¹ Ohne gemischte Stufen; nur Lehrpersonen öffentlicher Regelklassen.

Daten: Bildungsstatistik, Bundesamt für Statistik

Bildungskosten ¹	2006	2009
Gesamtausgaben in Mio. Fr.	206,0	222,9
— Kindergarten	49,8	53,5
— Primarschule	156,2	169,5
— Kleinklassen Primarschule	32,7	30,7
Kosten pro Schüler/in in Fr.	13 027	14 472
— Kindergarten	10 469	11 728
— Primarschule	12 652	14 135
— Kleinklassen Primarschule	26 773	31 336

¹ Ausgaben des Kantons und der Gemeinden; nominale Zahlen.

Daten: Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft

Mehr Lehrerinnen als Lehrer

Die Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Regelklassen im Kindergarten und der Primarschule wurden 2008 von 1676 Lehrpersonen unterrichtet. Diese Zahl ist seit 2006 stabil geblieben. Im Kindergarten ist der Lehrkörper fast ausnahmslos weiblich, in der Primarschule zeigt sich das Geschlechterverhältnis ein wenig ausgeglichener, aber auch hier sind fast vier Fünftel der Lehrpersonen weiblich.

Schülerinnen und Schüler in Kleinklassen mehr als doppelt so teuer wie Regelschülerinnen und -schüler

Der Anstieg der Pro-Kopf-Kosten eines unterrichteten Kindes hat die rückgängige Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler deutlich überkompensiert. Die Ausgaben des Kantons und der Gemeinden für den Kindergarten und die Primarschule haben sich also entgegengesetzt zur Zahl der Schülerinnen und Schüler entwickelt. Wendete die öffentliche Hand 2006 noch 206,0 Mio. Fr. für Kindergarten und Primarschule auf, waren es 2009 222,9 Mio. Franken, was einem nominalen jährlichen Wachstum von 2,7% entspricht. Im Jahr 2010 kostete ein Kind auf Kindergartenstufe gut 11 700 Fr. jährlich, in der Primarschule waren es 14 100 Franken. Mehr als das Doppelte kostete der Unterricht eines Kindes in einer Kleinklasse – rund 31 300 Fr. jährlich.

Schülerinnen und Schüler aus 103 Ländern

2010 waren an Baselbieter Kindergärten und Primarschulen Schülerinnen und Schüler aus 103 Nationen anzutreffen. Im Jahr 2000 waren es noch 95 – die Heterogenität hat also zugenommen. Wie in Grafik 2 ersichtlich ist, sind unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern Nationalitäten des ehemaligen Jugoslawien am häufigsten. Kinder mit italienischer, türkischer oder albanischer Staatsangehörigkeit waren 2010 an Baselbieter Schulen deutlich weniger häufig als noch im Jahr 2000. Die am stärksten wachsenden Gruppen waren Kinder aus Deutschland und Sri Lanka.

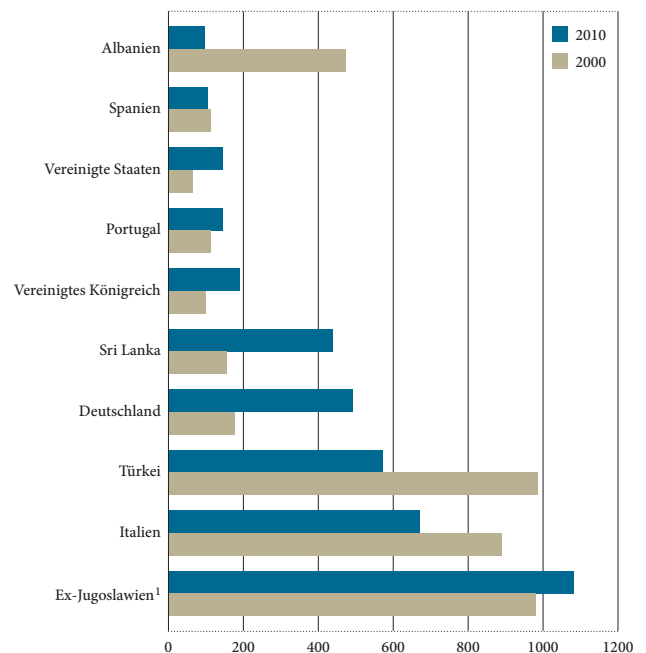
Steigender Ausländeranteil

Wie Grafik 3 zeigt, ist der Anteil an ausländischen Schülerinnen und Schülern an Baselbieter Kindergärten und Primarschulen seit 1986 stetig gestiegen – von 17,3% im Jahr 1986 auf 25,9% im Jahr 2010. Der Anteil der fremdsprachigen Kinder ist noch deutlich schneller gewachsen. Manche der Herkunftsgruppen, die stark zugenommen haben – beispielsweise Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien oder aus Sri Lanka – haben einen verhältnismässig hohen Fremdsprachigenanteil. Für 12,1% der Schweizerinnen und Schweizer und 9,9% der Deutschen ist Deutsch nicht die Hauptsprache.

Heterogene Abteilungen

Hinsichtlich des Ausländeranteils gibt es auf Klassenebene eine breite Streuung (vgl. Grafik 4). In 8,4% der Regelklassen der öffentlichen Primarschule werden ausschliesslich Schülerinnen und Schüler mit einem Schweizer Pass unterrichtet. Regelklassen mit ausschliesslich ausländischen Staatsangehörigen sind sehr selten. Der Durchschnitt liegt bei einem Ausländeranteil von 22% – der Median mit 20% knapp darunter. Fast ein Viertel (22,5%) der Regelklassen der öffentlichen Primarschule weisen einen Ausländeranteil von mindestens einem Drittel auf. Dieser Anteil hat seit 2006 zugenommen – damals lag er bei 19%.

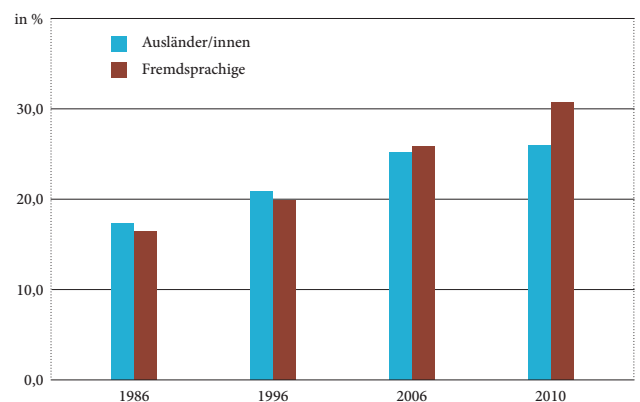
2: Ausländische Schülerinnen und Schüler nach häufigster Staatsangehörigkeit 2000 und 2010



¹ Für rückwirkende Vergleiche wurden die Staaten des ehemaligen Jugoslawien zusammengefasst.

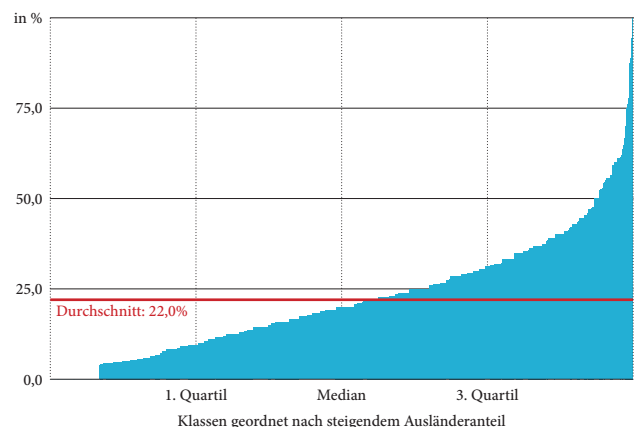
Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

3: Entwicklung des Fremdsprachigen- und Ausländeranteils seit 1986



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

4: Regelklassen der öffentlichen Primarschule nach Ausländeranteil 2010



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

83,4% der Kinder treten nach dem Kindergarten in eine Regelklasse der Primarschule ein ...

83,4% aller Kinder, die zwischen den Schuljahren 2009/10 und 2010/11 den Übergang vom Kindergarten in die Primarschule geschafft haben, sind in eine Regelklasse an einer öffentlichen Schule eingetreten. Grundgesamtheit bilden die 2371 Kinder, die im Schuljahr 2009/10 einen Baselbieter Kindergarten besuchten und im Schuljahr 2010/11 in die Primarschule eingetreten sind. Im Jahr 2006 lag dieser Anteil mit 85,5% etwas höher. Dies gilt für alle der in Grafik 5 betrachteten Kategorien mit Ausnahme der ausländischen Jungen. Schweizerinnen und Schweizer haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, in eine Regelklasse einzutreten als Ausländerinnen und Ausländer, Mädchen eine höhere als Jungen. Ein Vergleich zwischen den beiden Extremen zeigt, dass im Jahr 2010 ein Schweizer Mädchen eine um 40% höhere Wahrscheinlichkeit hatte, in eine Regelklasse der Primarschule einzustiegen, als ein ausländischer Junge. 2006 lag die Zuteilungswahrscheinlichkeit sogar um fast 50% höher.

... der Rest mehrheitlich in Einführungsklassen

Wie Grafik 6 zeigt, besucht die Mehrheit der Kinder, die nach dem Kindergarten den Sprung in eine öffentliche Primarschul-Regelklasse nicht geschafft haben, eine Einführungs- oder Kleinklasse (56,4%). Hier waren im Jahr 2010 die Ausländerinnen und Ausländer mit einem Anteil von 43,7% über-, die Mädchen mit einem Anteil von 42,5% unterrepräsentiert.

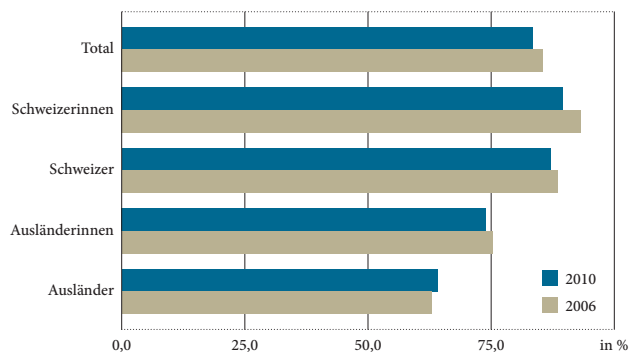
Rund ein Viertel der Schülerinnen und Schüler, welche nicht an eine Regelklasse wechseln, besucht nach dem Kindergarten eine Privatschule. Etwa 10% besuchen eine Sonderschule. Eine Handvoll wiederholt das 2. Kindergartenjahr – diese Kinder sind aber in der Grundgesamtheit von Grafik 5 nicht enthalten.

Privatschulen bei Ausländerinnen und Ausländern beliebt

Sowohl das Geschlecht als auch die Nationalität sind wichtige Faktoren dafür, in welcher Schulart ein Kind in der Primarschule unterrichtet wird. In der Primarschule sind 48,0% der Kinder weiblich – mit einem Anteil von 49,2% sind die Mädchen in den Regelklassen damit leicht übervertreten, wie Grafik 7 zeigt. Entsprechend sind die Jungen in den Einführungs- und Kleinklassen sowie bei der separativen Sonderschulung übervertreten – genauso wie die Ausländerinnen und Ausländer. Letzteres gilt vor allem für die Kleinklassen, in denen der Ausländeranteil knapp 50% beträgt – ihr Anteil an den Kleinklassen ist damit fast doppelt so hoch wie derjenige am Total.

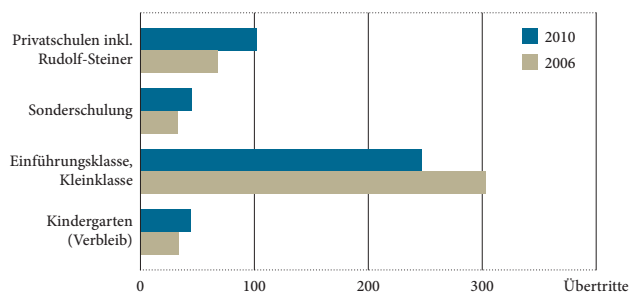
Die deutlichste Abweichung vom Total der Primarschule hinsichtlich der Verteilung nach Nationalität ist bei den Privatschulen (ausser Rudolf-Steiner-Schulen) zu finden, die einen Ausländeranteil von 86,4% aufweisen. Allerdings muss auch gesagt werden, dass von allen Ausländerinnen und Ausländern nur 11,3% in dieser Kategorie zu finden sind. Überhaupt entscheiden sich die Eltern von Kindern mit ausländischem Pass viermal häufiger dafür, ihre Kinder an eine Privatschule zu schicken, als das bei Kindern mit Schweizer Pass der Fall ist (mit einem Anteil von 13,3% respektive 3,3%). So besuchen beispielsweise fast drei Viertel aller im Kanton Basel-Landschaft in einer Primarschule unterrichteten Kinder mit US-Amerikanischem Pass eine Privatschule, bei Kindern aus Grossbritannien sind es fast 60%. Schülerinnen und Schüler aus Deutschland werden zu 19,2% an Privatschulen unterrichtet. Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass 72,1% der ausländischen Kinder eine öffentlichen Regelklasse besuchen (Schweizer Kinder: 89,4%).

5: Übertritte aus dem Kindergarten in eine Primarschul-Regelklasse in % aller Übertritte in die Primarschule 2006 und 2010



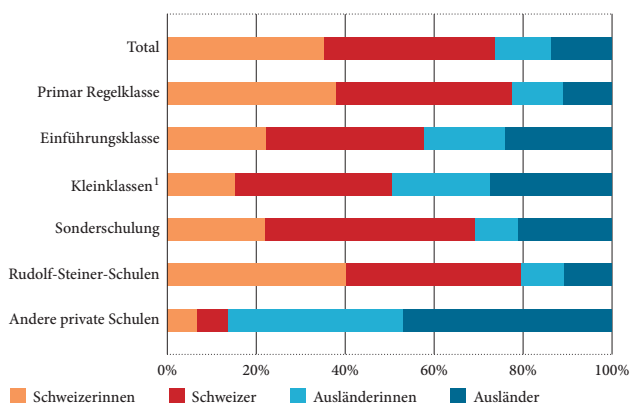
Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

6: Übertritte aus dem Kindergarten, die nicht an eine Primarschul-Regelklasse erfolgten, nach Schulart 2006 und 2010



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

7: Verteilung der Schülerinnen und Schüler der Primarschule nach Nationalität, Geschlecht und Schulart 2010



¹ Inkl. Integrationsklassen und Werkjahr.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Anteil der Kleinklassenschülerinnen und -schüler gesunken

Grafik 8 zeigt den Anteil der Kinder an der öffentlichen Regelschule, die in Kleinklassen oder als integrierte Kleinklassenschülerinnen und -schüler oder Sonderschülerinnen und -schüler unterrichtet werden. Seit dem Höchststand im Jahr 2005 ist der Anteil der Kleinklassen an der öffentlichen Primarschule stetig gesunken und betrug im Jahr 2010 noch 7,4% (2005: 9,4%). Daten zur Integration sind erst ab 2008 erhältlich. Im Jahr 2010 waren 4,3% der Kinder in öffentlichen Primarschulen integrierte Kleinklassenschülerinnen und -schüler (2008: 2,4%), 0,9% integrierte Sonderschülerinnen und -schüler (2008: 0,5%). Zählt man diese Quoten zusammen, gehörten 2010 12,7% der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Primarschulen in eine der drei Kategorien.

In Regelklassen am Ende der Primarschule ein Viertel mit verzögerter Laufbahn ...

Im ersten Jahr der Primarschul-Regelklassen waren 2010 4,1% der Schülerinnen und Schüler älter, als für diese Stufe gemäss Regelverlauf zu erwarten wäre. Bis zum Ende der Primarschule wächst dieser Anteil auf 25,1% an. Wie in Grafik 9 ersichtlich ist, existieren jedoch grosse Unterschiede bezüglich Geschlecht und Nationalität. Auch hier zeigt sich, dass Mädchen sowie Kinder mit Schweizer Nationalität die Primarschule problemloser und geradliniger durchlaufen als Jungen sowie Kinder ausländischer Nationalität. So haben Ausländer in der fünften Primarschulklasse mehr als zweieinhalb Mal so oft Verzögerungen in ihrer schulischen Laufbahn erfahren wie Schweizerinnen.

Insgesamt repetierten im Schuljahr 2010/11 1,6% der Schülerinnen und Schüler, die im Vorjahr eine Regelklasse des Kindergartens oder der Primarschule besucht hatten. Im zweiten Primarschuljahr treten Repetitionen etwas gehäuft auf.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Kinder, welche Kindergarten und Primarschule schneller durchlaufen als vorgesehen. In der ersten Primarschulklasse sind es 2,4% – in der fünften 3,0%. Der grosse Sprung geschieht also schon vor der Primarschule. Danach ist das Überspringen einer Klasse eher selten.

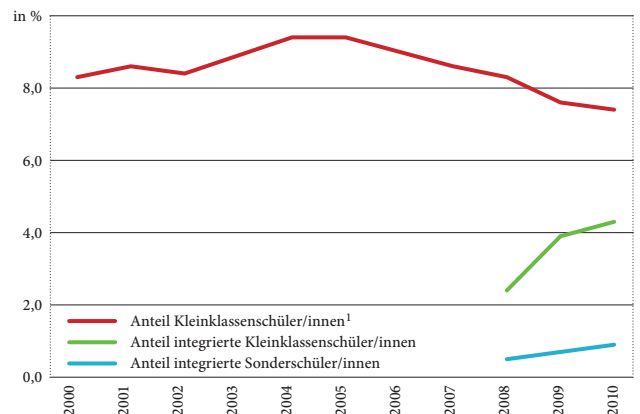
... in den Kleinklassen drei Viertel

Weitet man die Betrachtung auf die gesamte Primarschule – inklusive Kleinklassen, Sonderschulen und Privatschulen – aus, ändert sich das Bild aufgrund der im Vergleich mit der Regelschule eher kleinen Zahlen in den genannten Schularten nicht gross. Insgesamt sind am Ende der Primarschule 28,0% der Schülerinnen und Schüler gemäss Regelverlauf zu alt. In den Kleinklassen sind es jedoch mehr als drei Viertel (76,7%), wobei Schülerinnen und Schüler in Klein- und Einführungsklassen bei Antritt der Primarschule nicht häufiger zu alt sind als jene in Regelklassen.

Hoher Anteil ausländischer Jungen im Sekundarschulniveau A

Grafik 10 vergleicht die Wahrscheinlichkeit einer Gruppe, in eines der drei Sekundarschulniveaus einzutreten, mit der Wahrscheinlichkeit der Grundgesamtheit. Die Grundgesamtheit bilden Schülerinnen und Schüler, welche 2009 eine Primarschul-Regelklasse im Kanton besuchten und 2010 in die Sekundarschule eingetreten sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass ausländische Schülerinnen und Schüler ins Sekundarschulniveau A übertreten, ist doppelt so gross wie bei der Gesamtheit; beim Niveau P ist sie halb so gross.

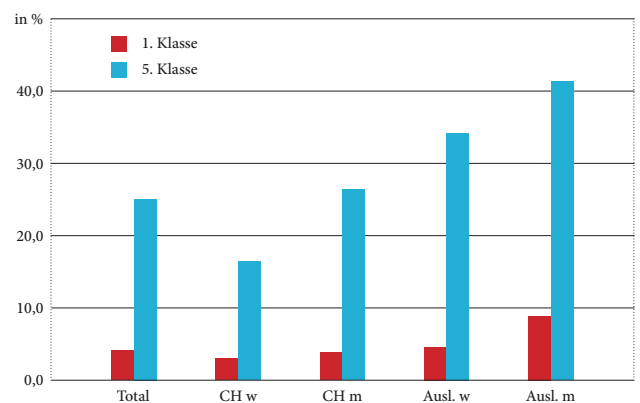
8: Anteil der Kleinklassenschüler/innen und der integrierten Kleinklassen- und Sonderschüler/innen seit 2000



¹ Klein-, Einführungs- und Integrationsklassen

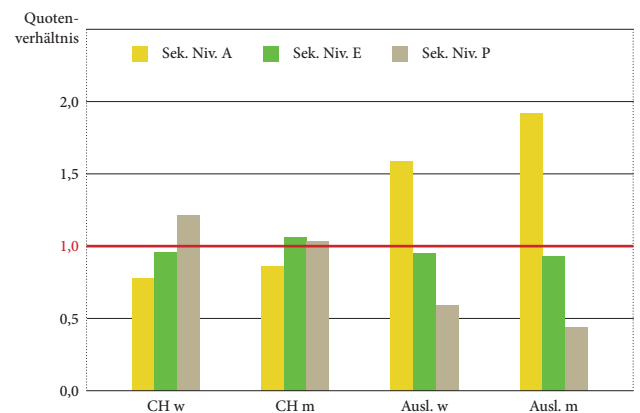
Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

9: Anteil der Schüler/innen mit verzögerter Laufbahn in der 1. und der 5. Regelklasse der Primarschule nach Geschlecht und Nationalität 2010



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

10: Zuteilungswahrscheinlichkeit beim Übertritt aus Primarschul-Regelklassen in die Sek I im Verhältnis zu allen Übertritten 2010



1 = Zuteilungswahrscheinlichkeit des Totals

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Bericht

Kindergarten und Primarschule

Auf der Primarstufe (Kindergarten und Primarschule) wurde die geleitete Teilautonomie gefestigt. Kleinere Gemeinden diskutieren eine Zusammenlegung der Organisationen. In der fünften Primarschulklasse schreiben die Schülerinnen und Schüler «Orientierungsarbeiten». Diese wurden in interkantonaler Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn beziehungsweise Basel-Stadt erstellt. Die HarmoS-Studenten- und Lehrer-Tagung für das Schuljahr 2015/16 auf Primarstufe ist erarbeitet.

Geleitete Teilautonomie

Die geleitete Teilautonomie ist auf der Primarstufe etabliert, das heisst das Bildungsgesetz ist weitgehend umgesetzt. Die Schulen können im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen selber festlegen, wie und mit welchen schulischen, organisatorischen und personellen Mitteln sie nach ihrem Schulprogramm die vorgegebenen Bildungsziele erreichen wollen. Von «geleiteten» Schulen ist die Rede, weil die grössere Selbstständigkeit der Schulen entscheidungsfähige Schulleitungen bedingt.

An kleinen Schulen mit eingeschränkter Leitungsdotation ist die Erfüllung der Doppelrolle von Vorgesetzter/Vorgesetzter und Kollegin/Kollege anspruchsvoll. Gleichzeitig stellt sich einzelnen Gemeinden aufgrund der Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen die Frage, ob eine Weiterführung ihrer Schulen als eigenständige Organisationen sinnvoll ist. Mehrere Gemeinden erwägen deshalb, ihre Schule gemeinsam mit einer oder auch mehreren Nachbargemeinden zu führen. Ihr Ziel ist es, die Qualität der Schule und damit das umfassende Unterrichtsangebot zu erhalten, die Effizienz bezüglich Planung und Führung zu steigern und insbesondere ihren Einfluss zu wahren, wenn ihre Schule nicht mehr im eigenen Dorf geführt würde. Das Amt für Volksschulen begleitet die Gemeinden zu diesem Thema und ist sich bewusst, dass solche Zusammenschlüsse demokratisch verankerte Prozesse voraussetzen. Die Arbeitssituation der Schulleitungen wird derzeit überprüft.

Zwischen dem Amt für Volksschulen und den Schulleitungskonferenzen Primarstufe und Sekundarstufe I wurden insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der anstehenden Bildungsreformen eine strukturierte und verbindliche Kommunikation und Zusammenarbeit aufgebaut. Die Vorstände beider Konferenzen treffen sich regelmässig mit der Geschäftsleitung des Amtes für Volksschulen und sind auch direkt im Projektteam Bildungsharmonisierung Volksschule vertreten.

Blockzeiten

Immer mehr Gemeinden sind dazu übergegangen, ihren Unterricht in Blockzeiten zu organisieren. In praktisch allen Gemeinden sind die gemeinsamen Schulleitungen Kindergarten/Primarschule realisiert worden, das heisst Kindergarten und Primarschule wurden zu einer gemeinsamen Organisationseinheit mit neuen inneren Strukturen zusammengefasst. In den letzten beiden Gemeinden mit getrennter Organisation steht der Zusammenschluss unmittelbar bevor.

Binnendifferenzierter Sprachunterricht

«Lernumgebungen zu binnendifferenziertem Sprachunterricht im Kindergarten und in der Primarschule» ist ein vom Amt für Volksschulen begleitetes und von der Fachstelle Erwachsenenbildung finanziertes Schul- und Unterrichtsentwicklungsprojekt, an dem seit dem Schuljahr 2011/12 drei Schulen beteiligt sind. Unter Einbezug des ganzen Kol-



legiums werden mit externer Begleitung Instrumente zur individuellen Sprachförderung und entwicklung erarbeitet und angewendet. Gleichzeitig setzen sich die Schulen gemeinsam stufenübergreifend (Kindergarten – Unterstufe – Mittelstufe) mit der Thematik «Lehren und Lernen» auseinander. Die Schulen erhoffen sich davon einen positiven Einfluss auf die Lehr- und Lernmotivation aller am Unterricht Beteiligten.

Orientierungsarbeiten und Vergleichsarbeiten

Die interkantonale Zusammenarbeit bei den Orientierungsarbeiten (OA) ist etabliert. Seit zwei Jahren ist die «OA 5» (Prüfung im ersten Semester der fünften Primarstufe) bezüglich Konzipierung und Durchführung ein Kooperationsprodukt der Kantone Basel-Landschaft und Solothurn. Die «OA 9» (Prüfung im ersten Semester der vierten Sekundarschulklassen) wird von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam entwickelt und in beiden Kantonen durchgeführt. Im Kanton Solothurn ist die Teilnahme an der «OA 9» freiwillig.

Neu stellt das Amt für Volksschulen den Primarlehrerinnen und -lehrern das Instrument der Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch und Mathematik für die zweite, dritte und vierte Klasse zur Verfügung. Die Arbeiten werden zentral zuhanden der einzelnen Lehrperson ausgewertet. Wie bei der Orientierungsarbeit wird ein anonymisierter Vergleich aller beteiligten Klassen zur Verfügung gestellt. Die Teilnahme an den Vergleichsarbeiten ist freiwillig. Das Instrument stösst bei den Lehrpersonen auf reges Interesse. Jährlich machen rund 300 Klassen mit.

HarmoS-Studentafel für die Primarstufe

Die Studentafel für die Primarstufe (Kindergarten und Primarschule) gemäss den Vorgaben des HarmoS-Konkordates ist erarbeitet und orientiert sich am Grundlagenbericht für den Lehrplan 21 vom 18. März 2010. Er soll auf Schuljahr 2015/16 in Kraft treten. Eine wesentliche Neuerung besteht darin, dass die Lektionendauer der Primarschule von 50 auf 45 Minuten verringert werden soll. Neu soll der Unterricht auf der gesamten Primarstufe in 45-Minuten-Lektionen unterrichtet werden. Das Pflichtpensum einer Lehrerin/eines Lehrers am Kindergarten und in der Primarschule umfasst neu 28 Lektionen. Der Studentafelentwurf, der Entwurf der Änderung der Verordnung Kindergarten und Primarschule und der Entwurf der Änderung des Personaldekrets sollen im dritten Quartal des Kalenderjahres 2011 zur Anhörung freigegeben werden.



Statistisches Portrait

Sekundarstufe I

Weniger Schülerinnen und Schüler 2010 als 2006

Im Jahr 2010 besuchten im Kanton Basel-Landschaft 12 129 Schülerinnen und Schüler eine Schule auf der Sekundarstufe I. Wie in der Primarschule ist auch hier die Zahl der Schülerinnen und Schüler seit 2006 zurückgegangen, und zwar um 4,2%. Gleichzeitig ging auch die Zahl der Klassen um 2,9% zurück. Das Bundesamt für Statistik prognostiziert bis 2017 einen weiteren Rückgang der Anzahl Schülerinnen und Schülern um fast 7%. Danach steigen die Zahlen voraussichtlich wieder leicht an.

Ein Anteil von 87,5%, also 10 609 Schülerinnen und Schüler, besuchten im Jahr 2010 eine öffentliche Regelklasse der Sekundarstufe I. Darin sind auch 38 integrierte Sonderschülerinnen und -schüler sowie 272 integrierte Kleinklassenschülerinnen und -schüler enthalten. Fünf Sonderschülerinnen und -schüler sind in Kleinklassen integriert. Die Kleinklassenschülerinnen und -schüler sind fast ausnahmslos in Regelklassen des Niveaus A integriert, die Sonderschülerinnen und -schüler verteilen sich auf alle drei Niveaus, finden sich jedoch mehrheitlich ebenfalls im Niveau A. Zahlen zur Integration sind erst ab 2008 verfügbar. Gegenüber 2008 ist die Zahl der integrierten Kleinklassenschülerinnen und -schüler bis 2010 um knapp 60% gestiegen, die der integrierten Sonderschülerinnen und -schüler hat sich auf tiefem Niveau mehr als verdreifacht.

Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Lehrpersonen

2008 wurden die Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Regelklassen der Sekundarschule von 1242 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet. Diese Zahl hat sich gegenüber 2006 kaum verändert. Das Geschlechterverhältnis ist ausgeglichen: Mit 50,9% Männer gegenüber 49,1% Frauenanteil hatten die Männer, im Gegensatz zum Kindergarten und zur Primarschule, knapp die Mehrheit. Betrachtet man jedoch die Altersverteilung des Lehrkörpers, so ist wahrscheinlich, dass dieses Verhältnis bald kippen wird: Bei den Lehrern sind 8,2% unter 30 Jahren alt, bei den Lehrerinnen beträgt dieser Anteil mit 15,6% fast das Doppelte. Umgekehrt sind 8,9% der Lehrer 60 Jahre alt oder älter – bei den Lehrerinnen beträgt dieser Anteil mit 3,9% nicht einmal die Hälfte davon.

Zwischen 2006 und 2009 sind die jährlichen Pro-Kopf-Ausgaben des Kantons und der Gemeinden für die Sekundarstufe I im Jahresschnitt um nominal 2,4% gestiegen und erreichten 2009 18 354 Franken. Dadurch sind auch die Gesamtausgaben, trotz sinkender Zahl an Schülerinnen und Schülern, von 190,8 Mio. Fr. 2006 auf 197,4 Mio. Fr. 2009 gestiegen, ein nominales Plus von 3,5%.

Mehr Schülerinnen und Schüler aus Deutschland und Sri Lanka

23,6% der Schülerinnen und Schüler an den Sekundarschulen im Baselbiet sind ausländischer Nationalität. Im Jahr 2006 lag dieser Anteil noch bei 21,1%. Entsprechend hat in diesem Zeitraum auch der Anteil der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler zugenommen – von 17,4% 2006 auf 22,2% 2010. Wie Grafik 2 zeigt, sind im Baselbiet Staatsangehörigkeiten der Länder des ehemaligen Jugoslawien am häufigsten anzutreffen. Diese Gruppe ist im Zeitraum von 2000 bis 2010 konstant geblieben. Relativ haben die Nationalitäten aus Indien und Sri Lanka am stärksten zugenommen, absolut betrachtet Sri Lanka und Deutschland.

1: Kennzahlen

Schülerinnen und Schüler	2006	2010
Total	12 657	12 129
— davon integrierte Sonderschüler/innen ¹	...	43
— davon integrierte Kleinklassenschüler/innen ¹	...	272
Schweizerinnen und Schweizer	78,9%	76,4%
Ausländerinnen und Ausländer	21,1%	23,6%
Weiblich	50,7%	49,6%
Männlich	49,3%	50,4%
Hauptsprache Deutsch	82,6%	77,8%
Klassen	698	678
Durchschnittliche Klassengrösse ²	19,6	18,9

¹ Erst ab 2008 erhoben.² Ohne Doppelzählung fremdsprachiger Kinder für Bestimmung der Klassengrösse gemäss Bildungsgesetzgebung.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Lehrkräfte ¹	2006	2008
Total	1 252	1 242
— Frauen	48,7%	49,1%
— Männer	51,3%	50,9%

¹ Ohne gemischte Stufen; nur Lehrpersonen öffentlicher Regelklassen.

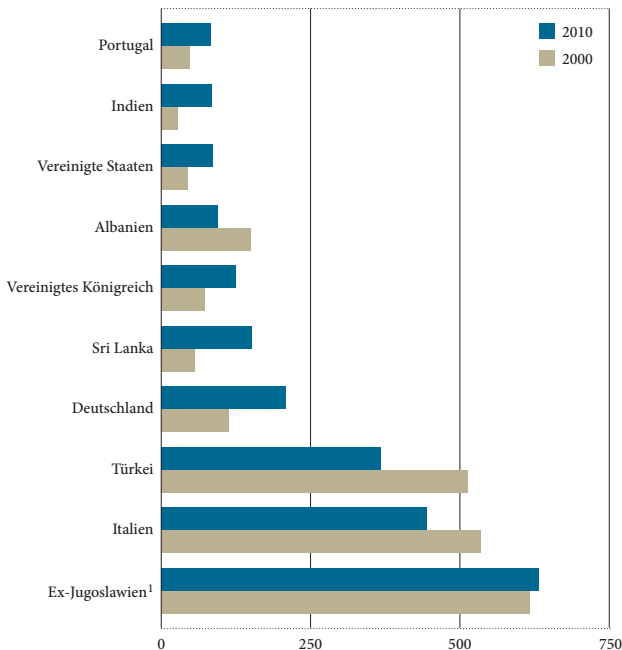
Daten: Bildungsstatistik, Bundesamt für Statistik

Bildungskosten ¹	2006	2009
Gesamtausgaben in Mio. Fr.	190,8	197,4
Kosten pro Schüler/in in Fr.	17 114	18 354

¹ Ausgaben des Kantons und der Gemeinden; nominale Zahlen.

Daten: Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft

2: Ausländische Schülerinnen und Schüler nach häufigster Staatsangehörigkeit 2000 und 2010

¹ Für rückwirkende Vergleiche wurden die Staaten des ehemaligen Jugoslawien zusammengefasst.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Knapp 40% im Niveau E

Von den gut 10 600 Schülerinnen und Schülern der Regelklassen besuchten 26,3% das Niveau A, 39,9% das Niveau E und 33,8% das Niveau P. Von den restlichen Schülerinnen und Schülern besuchten 2010 495 eine Klasse der speziellen Förderung, was einem Anteil an der öffentlichen Sekundarschule von 4,5% entspricht. Dieser Anteil weist, zumindest seit 2005, keinen Trend auf. In den Jahren davor ist er leicht gestiegen (2000: 3,9%). 190 Schülerinnen und Schüler wurden im Rahmen der separativen Sonderschulung unterrichtet. Die Eltern von 835 Schülerinnen und Schülern entschieden sich für eine Privatschule. Dieser Anteil ist mit 6,9% etwas höher als jener im Kindergarten und der Primarschule (5,5%).

In Grafik 3 wird deutlich, dass das Geschlecht und die Nationalität einen entscheidenden Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit haben, einem der drei Niveaus zugeteilt zu werden. Sowohl der Anteil an Schweizerinnen und Schweizern wie auch der Frauenanteil insgesamt sind im Niveau A am tiefsten, im Niveau P am höchsten. Schülerinnen sind auch bei den Kleinklassen und in der Sonderschulung unterproportional vertreten. Schüler – Schweizer wie Ausländer – sind in der Sonderschulung deutlich überproportional häufig vertreten. Wie auch an der Primarschule sind Privatschulen auf der Sekundarstufe I bei Ausländerinnen und Ausländern beliebter als bei Schweizerinnen und Schweizern.

6% Durchlässigkeit zwischen den Niveaus im Schuljahr 2010/11

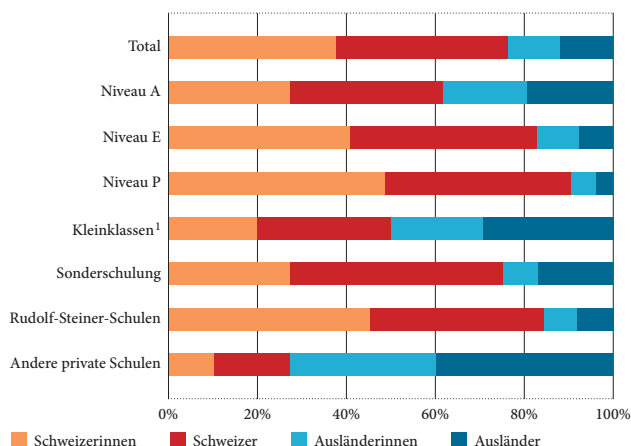
6,0% der Schülerinnen und Schüler in Sekundarschul-Regelklassen, die schon im Vorjahr eine Regelklasse besuchten, wechselten auf das Schuljahr 2010/11 das Niveau: 3,4% sind auf-, 2,6% abgestiegen. Betrachtet man die Zeitreihe in Grafik 4, so fällt auf, dass die Häufigkeit von Niveauwechseln im Verlauf der letzten zehn Jahre bis 2007 stetig abnahm. Es ist nicht ganz auszuschliessen, dass der Sprung zwischen 2007 und 2008 auf die neue Erhebungsmethode der Lernendenstatistik zurückzuführen ist. In den Jahren 2008 – 2010 ist keine Tendenz mehr zu erkennen.

Ende der Sekundarstufe I rund 38,9% mit verzögerter Laufbahn

In der 4. Klasse der Sekundarstufe I waren 2010, verglichen mit dem zu erwartenden Alter gemäss Regelverlauf, von allen Schülerinnen und Schülern 38,9% zu alt. In der ersten Klasse lag dieser Anteil bei 29,4%. Grafik 5 zeigt eine entsprechende Analyse in der 4. Regelklasse nach Niveau, Geschlecht und Nationalität. In den Regelklassen liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine verzögerte schulische Laufbahn aufweisen, bei 37,5%. Da die Regelklassen einen grossen Anteil des Totals ausmachen, ist dieser Anteil nur unwesentlich tiefer als bei der Betrachtung der gesamten Sekundarstufe I. In den Kleinklassen liegt der Anteil Schülerinnen und Schüler mit verzögerter Laufbahn bei beinahe 90%. Im Niveau A ist dieser Anteil mit 56,6% fast dreimal so hoch wie im Niveau P (19,9%). Betrachtet man die Unterschiede nach Geschlecht und Nationalität, zeigt sich, dass Schweizerinnen am wenigsten Mühe damit bekunden, die obligatorische Schule in der dafür vorgesehenen Zeit zu absolvieren (vgl. Grafik 5).

Neben den Schülerinnen und Schülern, die die obligatorische Schule nicht wie vorgesehen durchlaufen, gibt es auch solche, die sie schneller absolvieren. 2010 waren in den vierten Regelklassen 2,3% der Schülerinnen und Schüler jünger als vorgesehen. Im Niveau P lag dieser Anteil bei 5,5%.

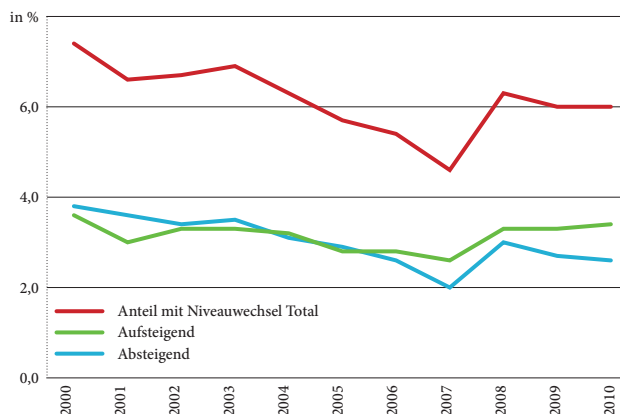
3: Schülerinnen und Schüler nach Nationalität, Geschlecht und Schulart 2010



¹ Inkl. Integrationsklassen und Werkjahr.

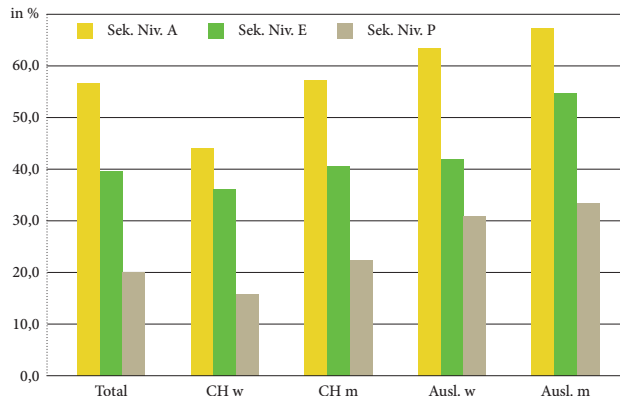
Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

4: Anteil der Schülerinnen und Schüler in Sek-I-Regelklassen mit Niveauwechsel seit 2000



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

5: Anteil der Schüler/innen mit verzögerter Laufbahn in der 4. Regelklasse der Sekundarschule nach Niveau, Geschlecht und Nationalität 2010



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Bericht

Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I unterrichtet Jugendliche in der Adoleszenz. Auf Schwierigkeiten dieser Entwicklungsphase reagiert der Kanton mit zwei neuen Instrumenten (TimeOut und BerufsWegBereitung). Ebenfalls stärker auf die zu Tage tretenden Entwicklungsunterschiede während der Adoleszenz geht die neue Studentafel, die auf Schuljahr 2016/17 in Kraft treten soll, mit der Möglichkeit zu verstärkter Durchlässigkeit ein.

Sekundarschulkreise

Auf den 1. August 2010 trat das Dekret «Sekundarschulkreise Sekundarschulstandort» (SGS 642.1) in Kraft. Auslöser war das strategische Ziel der Regierung, Sekundarschulstandorte zu realisieren, die pro Jahrgang und Anforderungsniveau je drei Klassen, im Minimum zwei Klassen führen. Zur langfristigen Erhaltung genügend grosser Schulanlagen wurden die 17 Sekundarschulstandorte, die je von einer Schulleitung und einem Schulrat geführt werden, in 7 Sekundarschulkreise zusammengeschlossen. Die Zusammenarbeit innerhalb der Sekundarschulkreise betrifft schwergewichtig die gemeinsamen Klassenbildungen unter Einhaltung der Richtzahlen. Dies hat zur Folge, dass Schülerinnen und Schüler bei der Klassenbildung innerhalb ihres Schulkreises einer anderen Sekundarschule zugewiesen werden können (Verordnung für die Sekundarschule SGS 642.11).

TimeOut-Angebot

Das freiwillige TimeOut richtet sich vorwiegend an Schülerinnen und Schüler der dritten und vierten Klassen der Sekundarschule, die aufgrund eines akuten Motivationseinbruchs gefährdet sind. Die Auszeiten dauern meistens vier Wochen und setzen das Einverständnis von Erziehungsberechtigten, Schulleitung und TimeOut-Leitung voraus. Zielgruppe für das verordnete TimeOut sind Schülerinnen und Schüler, die aus disziplinarischen Gründen für eine befristete Zeit vom Unterricht ausgeschlossen werden müssen, da ihr Verhalten in der Klasse nicht mehr tragbar ist. Das verordnete TimeOut kann bis zu acht Wochen dauern; bis zu zehn Tagen aufgrund eines Entscheids der Schulleitung, bis zu acht Wochen auf Antrag der Schulleitung durch einen Entscheid des Schulrats. Die revidierte Verordnung für den Kindergarten und die Primarschule ermöglicht seit dem 1. August 2011, auch Primarschulkinder dem verordneten TimeOut zuzuweisen. Das TimeOut-Angebot wurde konsolidiert und entspricht einem ausgeprägten Bedürfnis der Schulen. Die Evaluation von TimeOut ist 2012 vorgesehen.





BerufsWegBereitung

Die «BerufsWegBereitung» (BWB) ist ein gemeinsames Projekt des Amtes für Volksschulen und des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung. Mit BWB soll die Zahl der von Erwerbslosigkeit bedrohten Jugendlichen verringert werden. Damit setzt der Kanton das vom Bund geforderte «Case Management Berufsbildung» (vergleiche Bericht «Berufliche Grundbildung und Zwischenlösungen»: Berufsintegration) um. Die BWB soll durch eine konsequente Erfassung und Begleitung der gefährdeten Jugendlichen sicherstellen, dass möglichst alle von ihnen den Weg in die berufliche Grundbildung finden. Die Jugendlichen werden frühzeitig auf ihre Chancen abgeklärt, eine Lehrstelle zu erhalten. Wo ein erhöhtes Risiko diagnostiziert wird, soll die BWB dafür sorgen, dass für die Jugendlichen geeignete Unterstützungsmassnahmen ergriffen werden. Die BWB ist bei den Schulen angesiedelt, weil diese die Jugendlichen aus einem umfassenden Kontext kennen. Sie erhalten dafür die entsprechenden Ressourcen. Die Verordnung über die BerufsWegBereitung trat am 1. Mai 2011 in Kraft.

Studentafel

Der Entwurf der Studentafel für die dreijährige Sekundarschule gemäss HarmoS ist erarbeitet. Er wurde vom Bildungsrat am 4. Mai 2011 als Grundlage für die Anhörung genehmigt. Die Studentafel orientiert sich am Grundlagenbericht für den Lehrplan 21 vom 18. März 2010 und soll auf das Schuljahr 2016/17 in Kraft treten. Da das Gymnasium neu vier Jahre dauern wird, werden auf der Sekundarstufe I keine gymnasialen Schwerpunktfächer mehr unterrichtet. Dafür werden die Fachbereiche Natur und Technik sowie Sprache gestärkt: Neu werden die Fächer MINT und LINGUA angeboten. MINT ist ein Kombinationsfach mit Lerninhalten aus Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik; es entspricht den Forderungen nach Förderung der Naturwissenschaften (vergleiche «Schlussfolgerungen des Regierungsrates 2007: Standortbestimmung zum Erreichten», Punkt 5). LINGUA vertieft auf der Grundlage der lateinischen Sprache den Einblick in die Sprachstrukturen und vertieft damit im Sinne der Mehrsprachendidaktik das Sprachverständnis (vergleiche «Schlussfolgerungen des Regierungsrates 2007: Standortbestimmung zum Erreichten», Punkt 4). Zudem erlaubt ein Wahlpflichtangebot den Schülerinnen und Schülern, individuelle Akzente zu setzen. Die Studentafel erlaubt im Weiteren die Bildung möglichst kleiner und konstanter Klassenteams und erleichtert die Durchlässigkeit zwischen den drei Leistungszügen. Der Forderung nach einer Klassenstunde in allen drei Schuljahren wird entsprochen.

Statistisches Portrait

Sonderschulung

Im Jahr 2010 wurden 831 im Kanton Basel-Landschaft wohnhafte Schülerinnen und Schüler mit einer Verfügung der Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe unterrichtet. Knapp ein Drittel davon besuchte eine Einrichtung ausserhalb des Kantons. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Sonderschulmassnahmen ist seit 2006 deutlich um 19,6% gestiegen.

Zunahme hauptsächlich bei der Integration

Die Zunahme der Sonderschülerinnen und -schüler ging fast gänzlich auf das Konto der integrativen Sonderschulung, welche sich im betrachteten Zeitraum mehr als versechsfacht hat. Der Vergleich zwischen 2006 und 2010 ist in diesem Bereich aber zu relativieren, weil eine Erfassung der integrativen Sonderschulung körper- und sinnesbehinderter Schülerinnen und Schüler erst ab Anfang 2008 (Rückzug der Invalidenversicherung und Übernahme durch den Kanton) erfolgte. Eindeutig ist aber, dass die integrative Sonderschulung von Schülerinnen und Schülern mit einer geistigen Behinderung stark zugenommen hat. Eine geringe Zunahme gab es auch bei den Sonderschulungen in Schulheimen, während die Zahl der Schülerinnen und Schüler in externen Sonderschulen stagnierte.

Kostensteigerung durch Übernahme der IV-Leistungen durch den Kanton

Im Rahmen der Neugestaltung des schweizerischen Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurden die Beiträge, welche die Invalidenversicherung an die Sonderschulen ausrichtete, auf die Kantone übertragen. Dies erklärt den Grossteil der Kostensteigerung im Zeitraum von 2006 bis 2009 von nominal fast 140%.

Gestiegener Anteil von Ausländerinnen und Ausländern

Sowohl bei der separativen als auch bei der integrativen Sonderschulung ist der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler gestiegen. Im Jahr 2006 entsprach der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern in der Sonderschulung in etwa jenem in der Volksschule (23,6%), hat dann aber deutlich stärker zugelegt. 2010 lag der Ausländeranteil bei der Sonderschulung bei 30,7%, in der Volksschule bei 25,0%. In beiden betrachteten Jahren waren männliche Kinder und Jugendliche überproportional häufig in Sonderschulen anzutreffen.

Grafik 2 zeigt, dass Sonderschülerinnen relativ gesehen häufiger in einer Regelschule integriert werden als Sonderschüler. Ihr Anteil ist in der integrativen Sonderschulung höher als in der separativen. Betrachtet man die Sonderschulung nach Nationalität, so sind es die Ausländerinnen und Ausländer, die in der integrativen Sonderschulung einen grösseren Anteil ausmachen als in der separativen. Sie haben also eine gegenüber Schweizerinnen und Schweizern erhöhte Wahrscheinlichkeit, integrativ unterrichtet zu werden.

1: Kennzahlen

Schülerinnen und Schüler	2006	2010
Total	695	831
— davon integriert	23	147
— davon separiert	672	684
Schweizerinnen und Schweizer	75,3%	69,3%
Ausländerinnen und Ausländer	24,7%	30,7%
Weiblich	34,1%	32,5%
Männlich	65,9%	67,5%
Schüler/innen in BL-Einrichtungen ¹	476	479
Schüler/innen in ausserkant. Einrichtungen ¹	196	205

¹ Separative Sonderschulung.

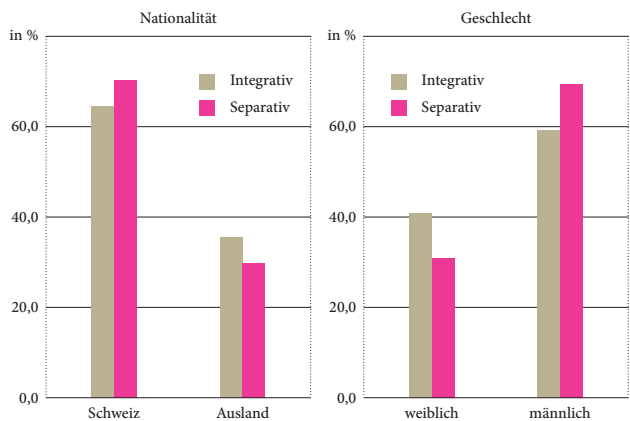
Daten: Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BL, Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe

Bildungskosten ¹	2006	2009
Gesamtausgaben in Mio. Fr.	21,7	51,9

¹ Ausgaben des Kantons und der Gemeinden; nominale Zahlen.

Daten: Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft

2: Integrierte und separierte Sonderschüler/innen nach Geschlecht und Nationalität 2010



Daten: Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BL, Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe

Bericht

Sonderschulung

Nach dem Rückzug der Invalidenversicherung, dem Beitritt des Kantons zum Sonderpädagogik-Konkordat und der begonnenen Umsetzung des sonderpädagogischen Konzeptes ist die Sonderschulung Teil der Volksschule geworden. Die Bevorzugung der integrativen vor der separativen Schulung erfolgt unter Beachtung der Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes und der Möglichkeiten des schulischen Umfeldes.

Neue kantonale und interkantonale Grundlagen

Auf den 1. Januar 2008 hat der Kanton die gesamte Verantwortung für die Regelung und Finanzierung der Sonderschulung übernommen. Die Eidgenössische Invalidenversicherung hat sich gemäss den Entscheiden der NFA zurückgezogen. Bis zum 31. Dezember 2010 dauerte die in der Bundesverfassung vorgegebene Übergangsperiode, während der der Kanton die bisherigen Leistungen zu gewährleisten hatte.

Mit dem vom Regierungsrat am 12. Oktober 2010 genehmigten sonderpädagogischen Konzept für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt hat der Kanton die Grundlagen für die Sonderschulung aktualisiert. Der Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat) wurde am 26. September 2010 in der Volksabstimmung angenommen. Das Konkordat ist am 1.1.2011 in Kraft getreten zusammen mit den Änderungen im Bildungsgesetz.

Die Umstellung nach dem Rückzug der IV erfolgte weitgehend problemlos, weil der Kanton bereits vorher die im Konkordat verlangten Angebote der Sonderschulung zur Verfügung gestellt hat und eigene Abläufe entwickelt hatte.

Festzustellen ist eine Zunahme der Zahl der Sonderschulungen. Dies betrifft vor allem die integrative Sonderschulung. Eine Erklärung für diese Entwicklung ist, dass mit dem Entfallen der IV-Kriterien und der Abwendung von der Defizitorientierung hin zu einer Bedarfsorientierung die Nachfrage gestiegen ist. Eine andere Begründung liegt in der Zunahme von Überforderungssituationen in der Regelschule namentlich im Bereich der Verhaltensstörungen.

Integrative Schulung als Grundsatz

Wichtigste nominelle Änderung nach 2010 ist die Bevorzugung der integrativen vor der separativen Schulung unter Beachtung des Wohles und der Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder des Jugendlichen mit Behinderung sowie unter Berücksichtigung des schulischen Umfeldes und der Schulorganisation. Es werden im Kanton Basel-Landschaft weiterhin beide Formen der Sonderschulung, integrative und separate abgestimmt auf den individuellen Bildungsbedarf der Schülerin oder des Schülers angeboten.

Das Konzept geht von einem Kaskadenmodell aus, wonach jeder Schülerin und jedem Schüler das Grundangebot der Volksschule zur Verfügung steht (Kaskade 1). Massnahmen der speziellen Förderung (Förderangebot, Kaskade 2) setzen ein, wenn dieses Angebot nicht ausreicht. Ist es von Anfang an absehbar oder erweist es sich im Laufe der schulischen Förderung, dass der besondere Bildungsbedarf einer Schülerin oder eines Schülers mit Behinderung mit beiden Angeboten nicht gedeckt werden kann, werden verstärkte Massnahmen der Sonderschulung eingesetzt (Kaskade 3). Dabei gilt der Grundsatz der Bevorzugung der integrativen Schulung auf allen Kaskadenstufen.

Die Umsetzung des sonderpädagogischen Konzeptes verlangt eine ganzheitliche Betrachtung aller Volksschulangebote, eine verbesserte Unterstützung der Volksschule und ihr verstärkter Einbezug in die Abläufe der Sonderpädagogik. Diesen Anliegen trägt eine Landratsvorlage «Integrative Schulung» zur Anpassung des Bildungsgesetzes Rechnung. Sie wird derzeit erarbeitet und soll kaskaden- und stufenübergreifend die Neustrukturierung der speziellen Förderung (Förderangebote) und die Umsetzung des sonderpädagogischen Konzeptes mit den verstärkten Massnahmen der Sonderschulung umfassen.

Auch wenn die meisten Sonderschulen und Fachzentren, die die integrative Schulung unterstützen, nach wie vor von privaten gemeinnützigen Organisationen getragen werden, ist die Sonderschulung Teil der Volksschule geworden. Der öffentliche Bildungsauftrag wird mittels Leistungsaufträgen vom Kanton den privaten Trägerschaften der sonderpädagogischen Einrichtungen übertragen.

Folgerichtig mit der Integration in die Volksschule wird die Verwaltung der externen Sonderschulung ab 2012 in das Amt für Volksschulen eingegliedert. Die Sonderschulung in Schulheimen bleibt zusammen mit der heilpädagogischen Früherziehung bei der Fachstelle, die für die Kinder- und Jugendhilfe zuständig ist.

Statistisches Portrait

Sekundarstufe II

Im Schuljahr 2008/09 befanden sich insgesamt rund 11 600 basellandschaftliche Lernende in der nachobligatorischen Schulbildung der Sekundarstufe II. Dabei werden alle Lernenden der Schulen beider Basel mit Wohnkanton Basel-Landschaft berücksichtigt. Im Vergleich zum Schuljahr 2004/05 sind dies knapp 400 Lernende mehr. Rund die Hälfte davon befand sich in einer Berufslehre. Weitere rund 600 Lernende besuchten eine Wirtschaftsmittelschule und rund 900 eine Fachmittel- bzw. Fachmaturitätsschule. Die Maturitätsschulen beider Basel zählten insgesamt 2700 Baselbieter Lernende. Die restlichen 1300 Lernenden verteilten sich auf weitere Bildungsangebote der Sekundarstufe II.

Mehr Lernende in Maturitätsausbildungen

Im Vergleich zu 2004 weist die Berufsmaturitätsschule für Ausgelernte (BMS 2) mit beinahe einer Verdoppelung des Lernendenbestandes von 96 auf 179 Baselbieterinnen und Baselbieter die höchste Zunahme auf. Die BMS 2 macht zwar einen kleinen Teil der Ausbildungen der Sekundarstufe II aus, die klare Zunahme widerspiegelt aber den allgemeinen Trend zu mehr Maturitätsabschlüssen. So hat die Zahl der basellandschaftlichen Lernenden an den Maturitätsschulen wie auch an den Fachmittelschulen im Vergleich zu 2004 zugenommen, während die Lernendenbestände im Bereich der beruflichen Grundbildung insgesamt rückläufig waren. Der klare Rückgang bei den Anlehren steht im Zusammenhang mit der Ablösung durch die neu geschaffene verkürzte Berufslehre mit eidgenössischem Berufsattest (EBA), die 2004 noch keine Lernenden zählte.

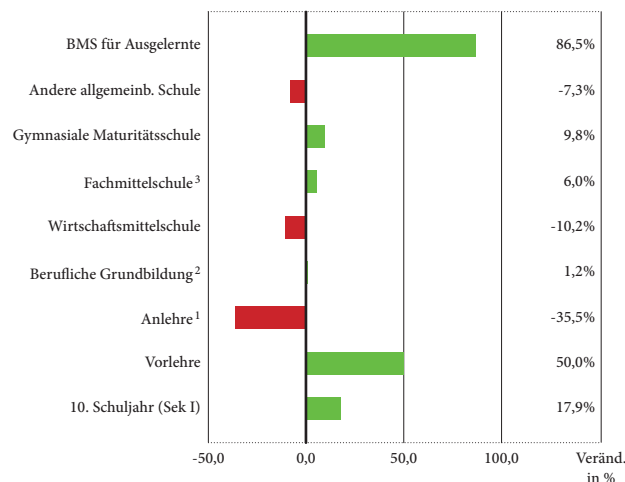
Künftig weniger Lernende auf Sekundarstufe II

Gemäss den Bevölkerungsszenarien des Bundesamtes für Statistik (BFS) dürfte die Zahl der Baselbieterinnen und Baselbieter im Alter von 15 bis 19 Jahren in der Zeitspanne von 2010 bis 2020 um rund 10% zurückgehen. Nach 2020 prognostiziert das BFS wiederum eine leichte Zunahme bzw. Stabilisierung. Die Entwicklung der Lernendenbestände wird diesem Trend folgen. Im Bereich der beruflichen Grundbildung ist im Schulkanton Basel-Landschaft bis 2020 mit einem Rückgang von rund 9,9% zu rechnen. Die Gesamtbestände der Maturitätsschulen dürften um 10,3% schwinden, bei den Fachmittelschulen dürfte die Lernendenzahl 2020 um 9,7% tiefer liegen als 2010. Für die Übergangsausbildungen (hier 10. Schuljahr, Vorbereitungsschulen und Vorlehren) wird mit einem Minus von 11,2% der grösste Rückgang prognostiziert. Zu den Lernenden an Baselbieter Berufsmaturitätsschulen liegen keine Prognosedaten des Bundes vor. Für die gesamte Schweiz prognostiziert das BFS in seinem neutralen Szenario zwischen 2010 und 2020 allerdings unveränderte Bestände bei der lehrbegleitenden Berufsmaturität und damit indirekt einen höheren Anteil an Lernenden mit lehrbegleitender Berufsmaturität sowie eine klare Zunahme von rund 16% bei den nachberuflichen Berufsmaturitäten.

Eintritte in die Sekundarstufe II in rund 41% der Fälle verzögert

Von den 15- und 16-jährigen Lernenden, die bei regulärem Bildungsweg im ersten Ausbildungsjahr der Sekundarstufe II anzuesiedeln wären, besuchten 41% nach wie vor ein Bildungsangebot der Sekundarstufe I. Weitere 6% befanden sich gemäss Angaben des Bundesamtes für Statistik in einem Angebot der speziellen Förderung. Die restlichen 53% besuchten – wie gemäss regulärem Bildungsweg vorgesehen – ein Bildungsangebot der Sekundarstufe II. Der vergleichsweise tiefe Anteil der 15- und 16-Jährigen in beruflicher Grundbildung steht im Zusammenhang mit der Tatsache, dass der Eintritt in die berufliche Grundbildung häufiger über Umwege führt als der Weg in eine allgemeinbildende Schule. So sind insgesamt

1: Veränderung der Lernenden in % nach Schulart 2004 bis 2008

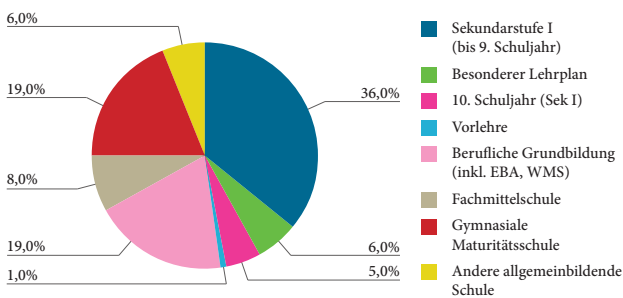


¹ Auslaufendes Modell. Wird durch das eidgenössische Berufsattest (EBA) abgelöst.

² Berufliche Grundbildung ohne WMS und BMS für Ausgelernte.

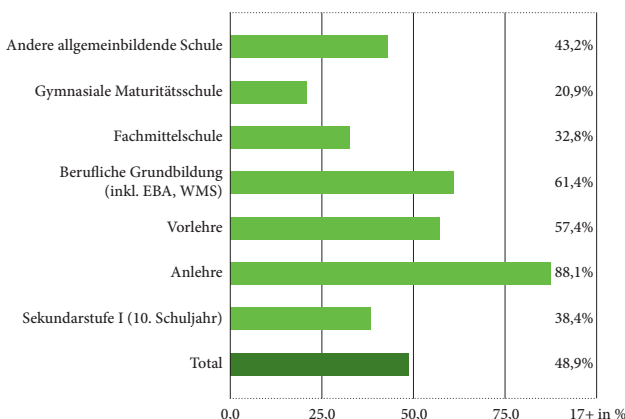
³ Inkl. Fachmaturitätsschule, 2004/05 inkl. DMS-3.

Daten: Statistik der Schüler und Studierenden, Bundesamt für Statistik

2: Verteilung der 15-/16-jährigen Lernenden¹ nach Schulart 2008

¹ Einschulungsjahrgang 1.5.1992 – 30.4.1993.

Daten: Statistik der Schüler und Studierenden, Bundesamt für Statistik

3: Prozentanteil der 17-jährigen und älteren Lernenden beim Eintritt in die nachobligatorische Schulbildung nach Schulart 2008¹

¹ Ohne über 20-jährige.

Daten: Statistik der Schüler und Studierenden, Bundesamt für Statistik

61% der Lernenden beim Eintritt in die berufliche Grundbildung 17 Jahre alt oder älter, während beim Eintritt in eine gymnasiale Maturitätsschule lediglich 21% der Baselbieter Lernenden bereits 17 Jahre alt sind. Am höchsten ist der Anteil der Lernenden mit verzögerter Bildungslaufbahn bei den Anlehren, die nur in Einzelfällen von Lernenden mit regulärem Bildungsweg besucht werden und daher in der Grafik zu den 15- und 16-Jährigen nach Schulart nicht erscheinen. Lernende ausländischer Herkunft sind beim Eintritt in die Sekundarstufe II zumeist älter als ihre Schweizer Kolleginnen und Kollegen. 2008 befanden sich 35% der 15- und 16-Jährigen Lernenden mit Schweizer Herkunft noch auf Sekundarstufe I, während dies bei den Lernenden ausländischer Herkunft bei 45% der Fall war. Dies ist unabhängig der Herkunft leicht weniger als im Vergleichsjahr 2004.

Erschwerter Übertritt für ausländische Lernende

2008 waren insgesamt 17,6% der in die Sekundarstufe II eintretenden Lernenden ausländischer Herkunft. Dies liegt im Bereich des Ausländeranteils der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren. Zusätzlich nach Geschlecht unterschieden waren 9,3% der in die nachobligatorische Schulbildung eintretenden Lernenden ausländische Frauen und 8,4% ausländische Männer. Nach Ausbildung betrachtet zeigen sich deutliche Unterschiede: Ausländerinnen sind im 10. Schuljahr (Sekundarstufe I) und bei den Anlehren deutlich übervertreten, während sie an den Maturitätsschulen und insbesondere bei der BMS klar untervertreten sind. An den Fachmittelschulen sind sie hingegen gut vertreten. Junge Ausländer sind bei den Vorlehren und auslaufenden Anlehren deutlich übervertreten, bei den Maturitätsschulen hingegen ebenfalls klar unterrepräsentiert. Der Übertritt in die Sekundarstufe II bereitet ausländischen Lernenden mehr Mühe als Lernenden mit Schweizer Nationalität. Sie sind bereits bei den allgemeinen Anforderungen der Sekundarstufe I stärker vertreten als Schweizerinnen und Schweizer und treten mit grösserer Verzögerung in die Sekundarstufe II ein. In der beruflichen Grundbildung sind die ausländischen Lernenden allerdings entsprechend ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung vertreten.

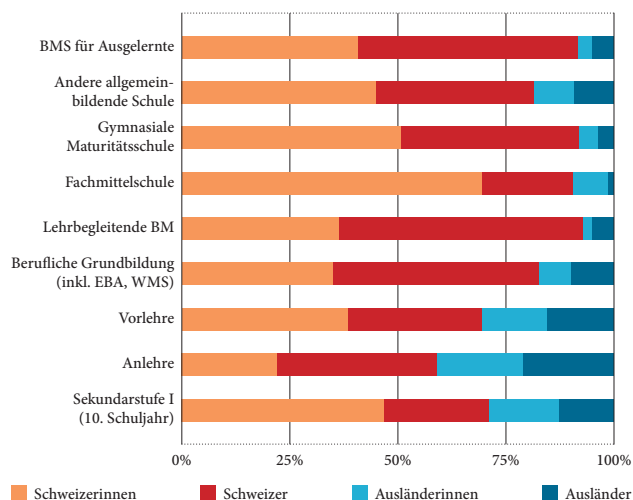
Mehr Lernende in allgemeinbildenden Angeboten

Im Vergleich zur gesamten Schweiz besuchen die Baselbieter Lernenden der Sekundarstufe II weniger häufig ein Angebot der beruflichen Grundbildung, bzw. häufiger eine allgemeinbildende Ausbildung. Bei den Maturitätsschulen sind basellandschaftliche Lernende leicht, bei den anderen allgemeinbildenden Schulen mit einem Anteil von 12,7% zu 7,1% (CH) deutlich übervertreten. Insbesondere die Fachmittel- und Fachmaturitätsschule (FMS) ist bei Baselbieterinnen und Baselbütern im Vergleich zur gesamten Schweiz beliebt. Im nationalen Durchschnitt vereinten die FMS 2008 4,1% der Lernenden auf sich, von den Baselbieter Lernenden der Sekundarstufe II besuchten 7,3% eine FMS.

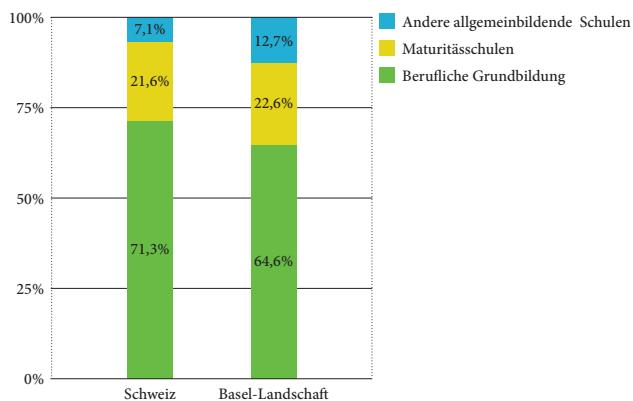
Zunahme der Bildungsabschlüsse in praktisch allen Bereichen

Die Zahl der Bildungsabschlüsse hat gegenüber 2004 bei praktisch allen beruflichen und allgemeinbildenden Ausbildungen der Sekundarstufe II zugenommen. Absolut betrachtet sind die FMS-Abschlüsse im Jahr 2009 am stärksten angestiegen, gefolgt von den eidgenössischen Fähigkeitszeugnissen (EFZ). Letztere sind die weitest häufigste Abschlussform der Sekundarstufe II. Allerdings handelt es sich bei den Angaben zu den EFZ um Daten nach Lehrvertragskanton, während es sich bei den FMS-Abschlüssen um Angaben nach Wohnkanton handelt. Die neu eingeführten eidgenössischen Berufsatteste (EBA) wurden 2009, ebenfalls nach Lehrvertragskanton betrachtet, bereits 148 mal verliehen. Die Zahl der bestandenen Berufsmaturitäten betrug 364, während 605 gymnasiale Maturitäten erteilt wurden (beides Wohnkanton BL).

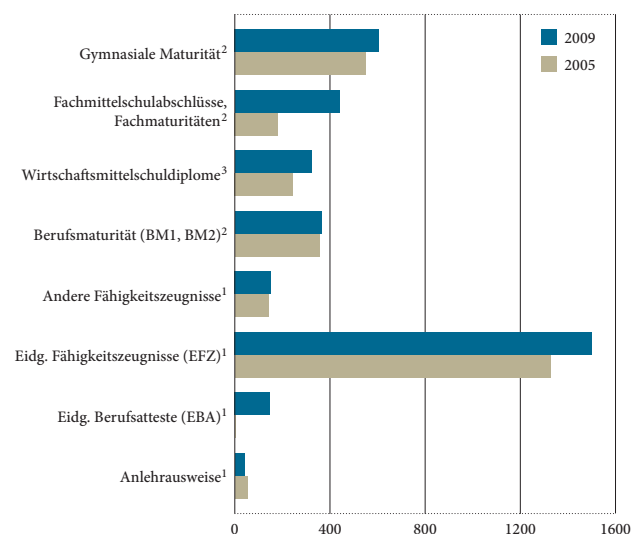
4: Lernende der Sekundarstufe II nach Schulart, Geschlecht und Herkunft 2008



5: Lernende der Sekundarstufe II nach Schulart 2008



6: Bildungsabschlüsse beruflicher und allgemeinbildender Angebote 2005 und 2009



¹ Nach Lehrvertragskanton (inkl. landw. Berufe).

² Wohnkanton.

³ Schulkanton.

Daten: Statistik der Bildungsabschlüsse, Bundesamt für Statistik

Statistisches Portrait

Berufliche Grundbildung und Zwischenlösungen

Rund 7700 Baselbieterinnen und Baselbieter befanden sich 2008 in beruflicher Grundbildung, d.h. sie absolvierten eine Anlehre, eine Berufsausbildung mit eidgenössischen Berufsattest (EBA) oder mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ), eine Vollzeitberufsausbildung wie beispielsweise die Wirtschaftsmittelschule (ehemals Handelsmittelschule) oder eine Berufsmaturitätsschule (BMS) für Ausgelernte. Dazu kommen rund 630 Schülerinnen und Schüler in beruflichen Zwischenlösungen und Brückenangeboten (Erhebungsjahr 2009). Rund die Hälfte der im Kanton wohnhaften Berufslernenden besuchte die Schule im Kanton Basel-Landschaft, weitere 40% pendelten nach Basel-Stadt. Damit besuchen 6950 der insgesamt 7690 Baselbieter Berufslernenden ein Bildungsangebot der beiden Basel. Rund jede zehnte Person in beruflicher Grundbildung besucht die Schule in einem anderen Kanton. Berufslernende ausserhalb der beiden Basel sind statistisch jedoch weniger gut dokumentiert als die Lernenden der Bildungsangebote der beiden Basel. Daher umfassen die nachfolgenden Aussagen je nach Datenverfügbarkeit ausschliesslich Baselbieter Berufslernende an Berufsfachschulen beider Basel, bzw. bei unzureichender Vergleichbarkeit der beiden Kantone, die Lernenden der Baselbieter Berufsfachschulen.

Verteilung von Geschlecht und Herkunft weitgehend unverändert

Die rund 6950 Baselbieter Lernenden der beruflichen Grundbildung mit Schulbesuch in den Kantonen Basel-Stadt oder Basel-Landschaft setzten sich 2008 aus 83% Schweizerinnen und Schweizern und 17% Ausländerinnen und Ausländern zusammen. Der Anteil der ausländischen Lernenden hat sich über die letzten zehn Jahre nur unwesentlich verändert und liegt im Bereich des Ausländeranteils der gleichaltrigen Wohnbevölkerung; von den 15- bis 19-Jährigen waren 2008 18% ausländischer Nationalität. In den Jahren 2000 bis 2004 lag der Ausländeranteil der Wohnbevölkerung um 2 bis 3 Prozentpunkte über jenem der gleichaltrigen Lernenden in Berufsbildung. Die Geschlechterverteilung blieb mit rund 43% Frauen zu 57% Männern im Jahr 2008 praktisch unverändert.

Im Bereich der Brückenangebote und Zwischenlösungen sind die ausländischen Lernenden mit 24% zu 76% Schweizerinnen und Schweizern überrepräsentiert. Das Geschlechterverhältnis ist reziprok zu jenem der beruflichen Grundbildung, blieb mit 56% Frauen zu 44% Männern jedoch ebenfalls unverändert.

Zunahme der Lernenden an den Baselbieter Berufsfachschulen

Die Baselbieter Berufsfachschulen zählten im Bereich der beruflichen Grundbildung ohne Berücksichtigung der BMS für Ausgelernte 2010 insgesamt 6023 Lernende. Dies sind 745 mehr als noch 2006. Rund 65% dieser Lernenden sind gleichzeitig im Kanton Basel-Landschaft wohnhaft, 14% stammen aus Basel-Stadt, 18% aus einem anderen Kanton und knapp 3% aus dem nahen Ausland. Insgesamt wurden 2010 388 Klassen zu durchschnittlich 15,5 Lernenden geführt. Zusätzlich zu Geschlecht und Herkunft lassen sich für die Lernenden der Baselbieter Berufsfachschulen beispielsweise Aussagen über deren Hauptsprache machen. Aus den Daten der Lernendenstatistik geht hervor, dass rund 88% der Lernenden der beruflichen Grundbildung Deutsch als Hauptsprache haben.

1: Kennzahlen

Berufliche Grundbildung ¹	2004	2008
Lernende mit Wohnkanton BL	7 652	7 686
– mit Schulkanton BL	3 760	3 943
– mit Schulkanton BS	3 157	3 008
– Schulort in anderem Kanton	735	735
Lehrbegleitende Berufsmaturität (BM)²	403	622
Anteil mit lehrbegleitender BM ²	5,9%	9,2%
BMS für Ausgelernte	99	184
Schweizerinnen und Schweizer²	82,7%	82,6%
Ausländerinnen und Ausländer²	17,3%	17,4%
Weiblich²	42,0%	42,7%
Männlich²	58,0%	57,3%

¹ Anlehren, Berufsausbildung mit eidg. Berufsattest (EBA) oder eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ), Wirtschaftsmittelschule (WMS) und andere Vollzeitberufsbildungen, BMS für Ausgelernte.

² Nur Lernende mit Schulkanton BL oder BS berücksichtigt.

Daten: Bildungsstatistik, Bundesamt für Statistik

Berufsfachschulen BL (Schulstandort)	2006	2010
Lernende der beruflichen Grundbildung¹	5 278	6 023
— mit Wohnkanton BL	3 589	3 934
— mit Wohnkanton BS	623	863
— mit anderem Wohnkanton	954	1 066
— im Ausland wohnhaft	112	160
Schweizerinnen und Schweizer	80,7%	78,5%
Ausländerinnen und Ausländer	19,3%	21,5%
Weiblich	34,8%	37,5%
Männlich	65,2%	62,5%
Hauptsprache Deutsch	86,3%	88,1%
Klassen	326	388
Durchschnittliche Klassengrösse	16,2	15,5

¹ Inkl. Anlehren, ohne BMS für Ausgelernte.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Lehrkräfte	2005	2008
Total	222	250
— Frauen	55	64
— Männer	167	186

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Bildungskosten der Berufsfachschulen BL ¹	2005	2009
Gesamtausgaben in Mio. Fr.	97,4	103,4

¹ Ausgaben des Kantons. Inkl. Brückenangebote/Zwischenlösungen und höhere Berufsbildung der Berufsfachschulen BL.

Daten: Statistisches Amt Basel-Landschaft

Brückenangebote/Zwischenlösungen ¹	2005	2009
Lernende mit Wohnkanton BL²	685	631
— mit Schulkanton BL	525	523
— mit Schulkanton BS	160	108
Schweizerinnen und Schweizer²	68,6%	76,1%
Ausländerinnen und Ausländer²	31,4%	23,9%
Weiblich²	56,4%	56,2%
Männlich²	43,6%	43,8%

¹ Berufsvorbereitende Schule, Brückenangebote, Vorlehren.

² Ohne vereinzelte Lernende in anderen Kantonen.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistische Ämter Basel-Stadt und Basel-Landschaft

Frauen in der Berufsbildung praktisch durchwegs untervertreten

Junge Frauen sind in der beruflichen Grundbildung klar untervertreten. Die einzige Ausnahme bilden die Brückenangebote, wo die weiblichen Lernenden in praktisch allen Angeboten die Mehrheit bilden. Ebenso sind die Frauen an der Wirtschaftsmittelschule mit 44% im Jahr 2010 stärker vertreten als in der übrigen beruflichen Grundbildung der Baselbieter Berufsfachschulen. Was die Berufsmaturitäten betrifft, waren die Frauen in der BMS für Ausgelernte 2010 häufiger anzutreffen als im lehrbegleitenden Berufsmaturitätsunterricht, wobei der Frauenanteil im Bereich der lehrbegleitenden BM über die letzten Jahre kontinuierlich angestiegen ist.

Wenig fremdsprachige Lernende an den Berufsmaturitätsschulen

Rund 12% der Lernenden der beruflichen Grundbildung sind fremdsprachig. Mit einem Anteil von 42% sind fremdsprachige Lernende insbesondere bei den Anlehren deutlich übervertreten. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Berufslehren, die mit einem eidgenössischen Berufsattest (EBA) abschliessen. Bei den Wirtschaftsmittelschulen sind fremdsprachige Jugendliche mit einem Anteil von annähernd 20% ebenfalls gut vertreten. Deutlich untervertreten sind Lernende mit fremder Hauptsprache hingegen sowohl bei der lehrbegleitenden BM als auch bei der BMS für Ausgelernte. Bei den Berufslehren, die mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) abschliessen, machen fremdsprachige Lernende 9% aller Lernenden aus.

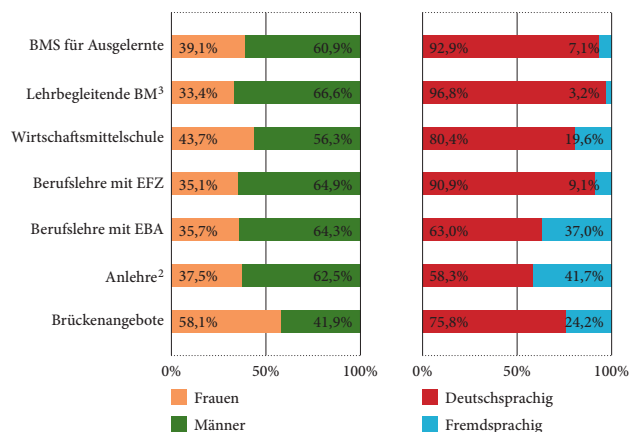
Weniger Eintritte von Lernenden mit stark verzögerter Bildungslaufbahn

Das mediane Durchschnittsalter der in die berufliche Grundbildung eintretenden Lernenden mit Wohnkanton Basel-Landschaft befindet sich im Bereich des 17. Altersjahres (Medianalter = Alter, das die Lernenden in zwei gleich grosse Gruppen teilt). Insgesamt waren 2008 58% der Lernenden beim Eintritt in die berufliche Grundbildung höchstens 17, 4% waren 18 oder älter. Im Vergleich der Dreijahresperioden 2003/05 und 2006/08 ist die Gruppe der höchstens 17-jährigen Eintretenden anteilmässig gestiegen, während weniger Lernenden im ersten Ausbildungsjahr 18 oder älter waren. Der Anteil der Lernenden mit deutlich verzögerter Bildungslaufbahn (21+) ist im Schnitt der Jahre 2006/08 gegenüber der Periode 2003/05 deutlich geschrumpft (siehe Grafik).

Schulbesuch im Vorjahr entscheidend

Schülerinnen und Schüler des Sekundarschulniveaus A, die 2010 in die berufliche Grundbildung einer Baselbieter Berufsfachschule eingetreten sind, besuchten zu praktisch gleichen Teilen ein Brückenangebot (am häufigsten SBA+, Vorlehre oder KVS) oder eine Berufslehre mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ). Zudem sind Sek-A-Schülerinnen und -Schüler mit direktem Übergang in die berufliche Grundbildung bei den Berufslehren mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) gut vertreten. Schülerinnen und Schüler aus dem Niveau E sind hingegen bei den Berufslehren mit EFZ, der Wirtschaftsmittelschule und den Brückenangeboten (häufig BVS2) gut vertreten. Zudem machen sie zusammen mit den Niveau-P-Schülerinnen und -Schülern einen grossen Teil der Berufslernenden mit lehrbegleitender BM aus.

2: Lernende der beruflichen Grundbildung nach Geschlecht und Hauptsprache 2010¹



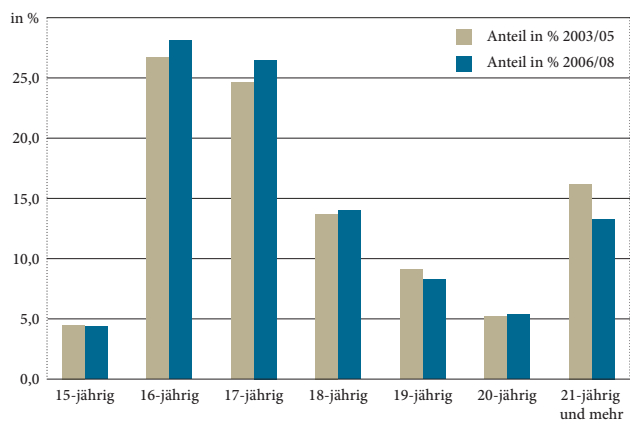
¹ Lernende an Baselbieter Schulen.

² Auslaufendes Modell.

³ Parallel zu Berufslehre mit EFZ.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

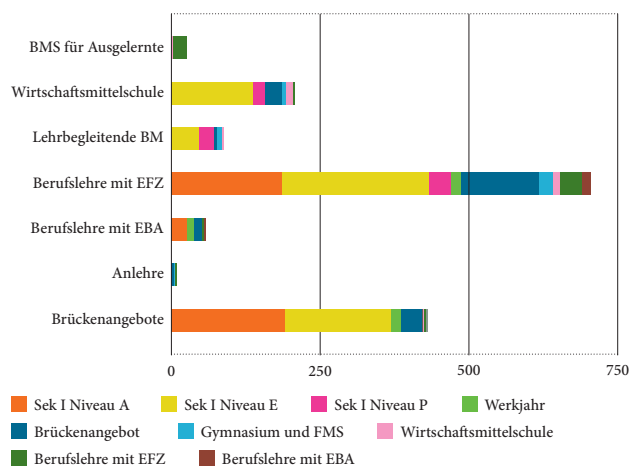
3: Verteilung der Lernenden nach Alter beim Eintritt in die Berufliche Grundbildung 2003/05 und 2006/08¹



¹ Mittelwerte der Jahre 2003 – 2005 und 2006 – 2008, ohne Anlehren und BMS für Ausgelernte.

Daten: Bildungsstatistik, Bundesamt für Statistik

4: Lernende im 1. Schuljahr der beruflichen Grundbildung nach Schulbesuch im Vorjahr 2010



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Kaufmännische Berufe sehr beliebt

Die Baselbieter Berufsfachschülerinnen und -schüler des ersten Ausbildungsjahres verteilten sich 2008 auf rund 80 Berufe. Die kaufmännischen Berufe stehen im Berufsranking unverändert an vorderster Stelle. Auf die Ausbildung zur Kauffrau bzw. zum Kaufmann folgt der Abschluss der Wirtschaftsmittelschule bei den Männern bereits an zweiter, bei den Frauen an vierter Stelle. Insgesamt entscheiden sich 54% der jungen Frauen und 34% der jungen Männer in Berufsbildung für den Bereich Handel und Verwaltung. Während die kaufmännischen Berufe damit bei den Frauen klar dominieren, haben bei den Männern Berufe im Bereich Industrie und Handwerk mit einem Anteil von 44% insgesamt das grösste Gewicht (Frauen: 4,9%). Bei den Frauen sind mit 23% Berufe im Bereich der Heilbehandlungen ebenfalls häufig (Männer: 2,1%). Frauen ziehen die vollschulische Berufsbildung einer dualen vor.

Rund 80 Nationalitäten

Die Herkunft der Berufslernenden ist deutlich heterogener als noch vor einigen Jahren. 2000 wurden Lernende aus 40, 2008 bereits aus 80 Herkunftsländern unterrichtet. Lernende aus den klassischen Einwanderungsländern Italien, Spanien und Portugal nehmen ab, wohingegen die Zahl der Lernenden aus dem ehemaligen Jugoslawien, Albanien sowie beispielsweise aus Sri Lanka, aber auch aus Deutschland gegenüber 1999 zugenommen hat. Die Zahl der Lernenden aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien sinkt seit einigen Jahren allerdings wieder.

Absolventenbefragung 2008 – Wie weiter nach der Lehre?

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung befragt die Berufslernenden anlässlich der Lehrabschlussprüfungen regelmässig zu deren Berufsaussichten. 2008 nahmen von rund 1600 Abschiessenden 1406 an der Befragung teil. 1002 Lernende, bzw. 91% davon haben die Lehrabschlussprüfung erfolgreich bestanden. Der Altersdurchschnitt bei Lehrabschluss lag bei 21,6 Jahren.

Ergebnis der Befragung:

588 (42%) der Befragten gaben an, gerne im erlernten Beruf weiter arbeiten zu wollen. 470 konnten dies auch umsetzen. Etwa halb so viele, also 270 (19%) der Befragten wollten im Lehrbetrieb angestellt werden. Dies gelang in 181 Fällen. Wer in einem anderen Beruf arbeiten wollte, hatte weniger Chancen: insgesamt 191 (14%) der Berufsschulabgängerinnen und -abgänger hegten bei Berufsabschluss den Wunsch, den Beruf zu wechseln. Insgesamt 72 Personen realisierten diesen Wunsch. Ganze 669 (47%) nahmen sich im Anschluss an die Berufsbildung zum Ziel, eine Fachhochschule (15%), eine höhere Fachschule (9%), die Berufsmaturität (7%) oder eine andere Ausbildung (16%) zu beginnen. Ein Weiterbildungsziel, das insgesamt 252 der Lernwilligen auch in Angriff nahmen. Weitere 444 (32%) wollten ins Ausland gehen, was 81 Personen auch taten. Lediglich 78 (6%) wussten bei Berufsabschluss noch nicht, wie es nach der Lehre weiter gehen soll.

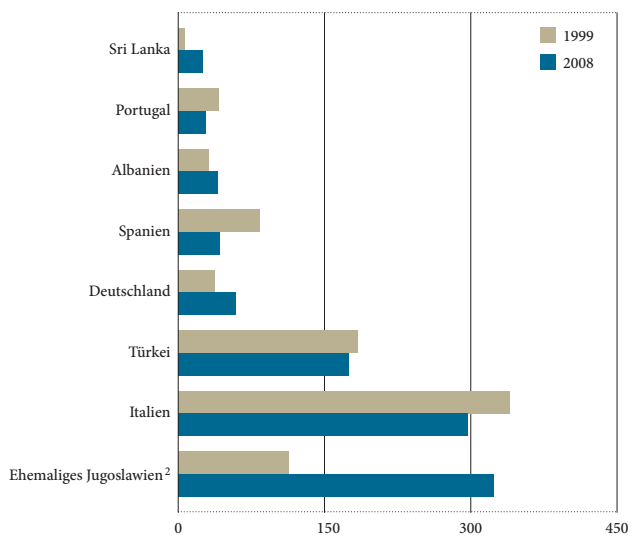
Quelle: Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

5: Die zehn am häufigsten gewählten Berufe nach Geschlecht 2008

Frauen		Männer	
1. Kauffrau	270	1. Kaufmann	176
2. Fachangestellte Gesundheit	136	2. Absolvent der Wirtschaftsmittelschule	120
3. Detailhandelsfachfrau EFZ – Beratung	96	3. Elektroinstallateur EFZ	76
4. Absolventin der Wirtschaftsmittelschule	88	4. Detailhandelsfachmann EFZ – Beratung	63
5. Pflegeassistentin	62	5. Polymechaniker EFZ	47
6. Fachfrau Betreuung EFZ	53	6. Logistiker EFZ	44
7. Coiffeuse EFZ	51	7. Koch EFZ	42
8. Detailhandelsassistentin EBA	43	8. Informatiker EFZ	38
9. Dentalassistentin	36	9. Automobil-Fachmann EFZ	35
10. Büroassistentin EBA	34	Maler	35
Medizinische Praxisassistentin	34		

Daten: Bildungsstatistik, Bundesamt für Statistik

6: Ausländische Lernende der beruflichen Grundbildung¹ nach häufigster Staatsangehörigkeit 1999 und 2008



¹ Ohne Anlehren und BMS für Ausgelernte.

² Für rückwirkende Vergleich werden die Staaten des ehemaligen Jugoslawien zusammengefasst.

Daten: Bildungsstatistik, Bundesamt für Statistik

Tendenziell steigende Zahlen bei den Berufsmaturitätsschulen

Die Zahl der Lernenden, die eine Berufsmaturität (BM) erlangen möchten, hat über die letzten Jahre deutlich zugenommen. Die Schülerzahl der BMS für Ausgelernte ist zwischen 1999 und 2008 von 46 auf 184 angestiegen, jene der Lernenden mit lehrbegleitendem Berufsmaturitätsunterricht von 479 auf 622. Die Verteilung nach Geschlecht ist mit 39% Frauenanteil und 61% Männeranteil sowohl beim lehrbegleitenden Berufsmaturitätsunterricht als auch bei der BMS für Ausgelernte mit 44% Frauen zu 56% Männern (starke jährliche Schwankungen aufgrund kleiner Zahlen) deutlich ausgewogener als noch 2004. Ausländische Lernende sind mit 7% (lehrbegleitende BM) und 8% (BMS für Ausgelernte) im Durchschnitt der letzten zehn Jahre untervertreten.

Insgesamt besuchten im Schuljahr 2008/09 rund 9% der Berufsfachschülerinnen und -schüler lehrbegleitend den Berufsmaturitätsunterricht. Vier Jahre zuvor waren es noch rund 6% (geschätzte Zahl). 2008 belegten bei den beiden stärksten Berufsgruppen, den Berufen in den Bereichen Handel/Verwaltung und Industrie/Handwerk, 8% bzw. 10% der Berufslernenden lehrbegleitend den Berufsmaturitätsunterricht. Bei der verhältnismässig kleinen Gruppe der technischen Berufe lag der Anteil der Berufsmaturandinnen und -maturanden mit rund 33% am höchsten. In den Bereichen Gastgewerbe/Hauswirtschaft, Pflanzenbau/Tierwirtschaft und Reinigung/Körperpflege absolvierten weniger als 3% die lehrbegleitende BM. Die Verdoppelung der Lernendenzahlen bei der BMS für Ausgelernte von 2007 auf 2008 steht im Zusammenhang mit der Einführung der BM gesundheitlicher Richtung.

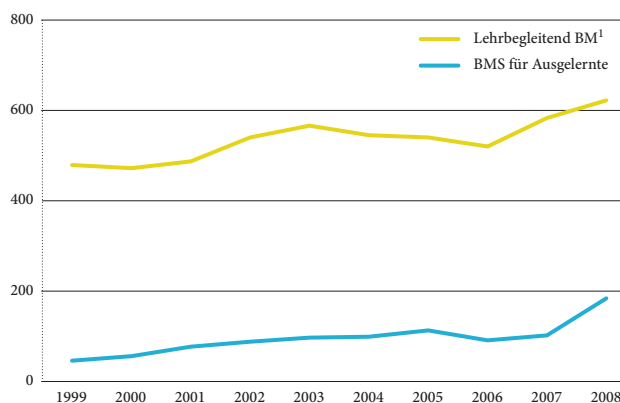
Zunahme der Berufsmaturitätsquote

Die Berufsmaturitätsquote misst die Zahl der erteilten Berufsmaturitätszeugnisse in Prozent der theoretisch gleichaltrigen Bevölkerung. 11,6% der Baselbieter Jugendlichen absolvierten 2009 eine Berufsmaturität (lehrbegleitend oder für Ausgelernte). Gesamtschweizerisch waren es 12,0%. Die Berufsmaturitätsquote liegt bei den jungen Männern mit 13,9% nach wie vor klar über jener der jungen Frauen mit 9,2%. Allerdings vermochten die Frauen in den letzten Jahren stärker zuzulegen. Im schweizerischen Vergleich lag die Berufsmaturitätsquote der Baselbieter Männer seit 1999 mit Ausnahme von 2006 über dem schweizerischen Durchschnitt, die Berufsmaturitätsquote der Baselbieter Frauen jedoch unter anderem aufgrund der grossen Beliebtheit der Fachmaturität seit 2004 zum Teil klar unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Passerelle zur universitären Hochschule – hauptsächlich Männer mit Schweizer Pass

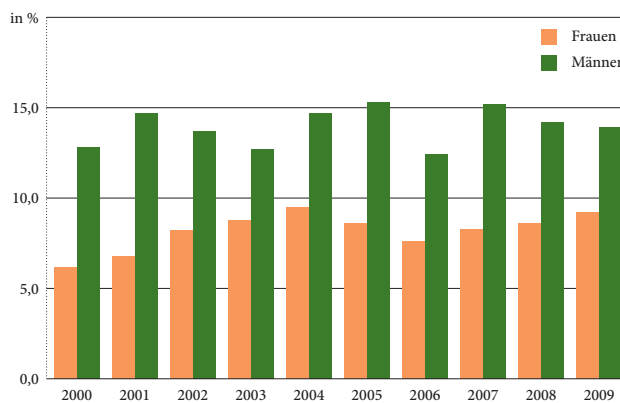
Die Zahl der Baselbieter Berufsmaturanden und Berufsmaturandinnen, die via Passerelle den Zugang zu einem Studium an einer universitären Hochschule anstreben, hat zwischen 2006 und 2009 von 34 auf 44 zugenommen. 2010 besuchten 36 Lernende die Passerelle. Besonders auffallend ist dabei, dass über alle Jahre jeweils nur einzelne Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft unter den Lernenden waren. Ebenso zeigt die Auswertung nach Geschlecht, dass es sich bei Besucherinnen und Besucher der Passerelle mehrheitlich um junge Männer handelt.

7: Entwicklung der Lernenden mit Berufsmaturitätsunterricht seit 1999



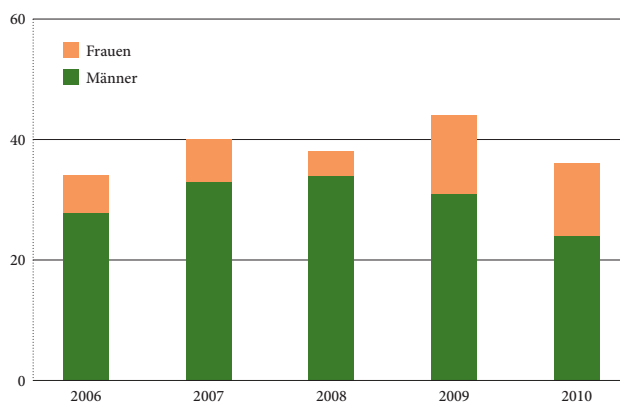
¹ Die Werte der Jahre 2004 – 2006 sind zum Teil geschätzt, da für den Schulkanton BS keine Daten verfügbar sind.
Daten: Bildungsstatistik, Bundesamt für Statistik

8: Berufsmaturitätsquote nach Geschlecht seit 2000



Daten: Hochschulindikatoren, Bundesamt für Statistik

9: Lernende der Passerelle nach Geschlecht seit 2006



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Bericht

Berufliche Grundbildung und Zwischenlösungen

In den vergangenen vier Jahren wurden etliche Herausforderungen angegangen, die sich aufgrund der Neuordnung der Berufsbildung durch die neue Gesetzgebung stellten. Die Komplexität der Aufgaben legte in vielen Bereichen die Zusammenarbeit mit den Partnerkantonen des Bildungsraums oder zumindest mit dem Nachbarkanton Basel-Stadt nahe. Die Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes des Bundes (BBG) stärkt den regionalen Wirtschaftsstandort. Die Berufsbildung wirkt als gesellschaftlicher Integrationsfaktor. Hier hat besonders die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung eine wichtige Funktion und zwar nicht nur bei den Jugendlichen. Auch Erwachsene sind heute gezwungen Berufswechsel vorzunehmen oder Berufsabschlüsse nachzuholen. Die Laufbahnberatung unterstützt Personen – auch in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) und der schweizerischen Invalidenversicherung (IV) – auf dem Weg in die berufliche Zukunft.

Anpassung Bildungsverordnungen und «lernortsübergreifende Qualitätsentwicklung» (LQE)

Das Bundesgesetz zur Berufsbildung legt die triale Ausbildung mit der Verknüpfung der drei Lernorte Betrieb, Berufsfachschule und überbetriebliche Kurse fest. Diese Vorgabe erfordert die Anpassung aller Bildungsverordnungen, in denen die Ausbildungsgänge der einzelnen Berufe durch die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) geregelt werden. Im Kanton Basel-Landschaft werden seit 2004 für 88 Berufe 68 Teilprojekte geführt, da Ausbildungen mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) und Ausbildungen mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) gemeinsam umgesetzt werden. Etliche Teilprojekte konnten bereits abgeschlossen werden. Gegenwärtig finden in 50 Berufen die Ausbildungen nach der neuen Bildungsverordnung statt. Für weitere 14 Berufe laufen die Vorbereitungsarbeiten.

Die Koordination der Lerninhalte der drei Lernorte bildet den Hauptfokus bei der Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen. Schullehrpläne – auch für den berufskundlichen Unterricht –, Ausbildungspläne in den Betrieben und der Lernstoff der überbetrieblichen Kurse werden aufeinander abgestimmt sowie Lehrpersonen und Aus-

bildnerinnen und Auszubildende entsprechend geschult. Die «lernortsübergreifende Qualitätsentwicklung» des Kantons Basel-Landschaft hat Vorbildfunktion und wird vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) den anderen Kantonen zur Nachahmung empfohlen.

Erfolgreiche Einführung der Attestausbildungen

Die neue Berufsbildungsgesetzgebung sieht für leistungsschwächere Lernende eine Attestausbildung vor, die mit einem Eidgenössischen Berufsattest abgeschlossen wird. Die Vorgabe wurde gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt umgesetzt. Schweizweit weisen heute beide Kantone das grösste Angebot an EBA-Ausbildungen aus. Beim Inkrafttreten des neuen Bildungsgesetzes 2004 wurden 40 neue Lehrverträge abgeschlossen, bis 2010 waren es bereits 163. Es hat sich gezeigt, dass vor allem zwei Attestausbildungen auch nach der Pilotphase relevante Lernendenzahlen erreichen: Büroassistent/-in und Detailhandelsassistent/-in. Ebenfalls hohe Lernendenzahlen dürfte die im Schuljahr 2011/12 startende Attestausbildung Gesundheit und Soziales (AGS) aufgrund des bestehenden Mangels an qualifiziertem Pflege- und Betreuungspersonal erreichen. Sie löst die einjährige Ausbildung zur Pflegassistenz ab.

«Validierung plus» – Förderung von Berufsabschlüssen für Erwachsene

Das neue Berufsbildungsgesetz schreibt Validierungsverfahren vor, aufgrund derer Arbeitnehmende mit viel Berufserfahrung, aber ohne Berufsabschluss, ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis erwerben können. Mit den Partnerkantonen des Bildungsraumes Nordwestschweiz wurden zusätzlich zum Weg über die Validierung informell erworbener Bildung auch die bestehenden Angebote der Nachholbildung für Erwachsene in das Projekt integriert. Gemäss den Vorgaben des Bundes wurde das «Eingangsportale», eine Beratungsstelle für Erwachsene, geschaffen. Die Finanzierung in allen vier Kantonen wurde vereinheitlicht. Nachholbildung für Erwachsene ist heute mit Ausnahme einer einmaligen Gebühr von 300 Franken kostenlos.

Eingliederung der Wirtschaftsmittelschule (WMS) in die Berufsbildung

Im Zuge der neuen Berufsbildungsgesetzgebung wurden schweizweit die Wirtschafts- und Handelsmittelschulen der Berufsbildung unterstellt und mussten entsprechend in die Berufsbildungssystematik eingepasst werden. Die Reform der WMS wurde in einem gemeinsamen Projekt mit dem Kanton Basel-Stadt angegangen und umgesetzt. Neu werden nach drei Jahren vollschulisch organisierten Bildungsganges die WMS-spezifischen Fächer geprüft sowie der schulische Teil der Lehrabschlussprüfung und die Berufsmaturitätsprüfungen abgelegt. Für die Erlangung des Eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses mit Berufsmaturität müssen die Lernenden ein einjähriges qualifizierendes

Praktikum absolvieren und den betrieblichen Teil der Lehrabschlussprüfung erfolgreich ablegen. Auf das Schuljahr 2011/12 werden die ersten Lernenden mit dem revidierten Ausbildungsgang beginnen.

Berufsintegration unter einem Dach

Die Beschlüsse der 2. Lehrstellenstellenkonferenz 2007 brachten für die Berufsbildung eine neue Aufgabe. Sie befasst sich künftig nicht nur mit Jugendlichen innerhalb des Berufsbildungssystems, sondern hat den Auftrag, Jugendliche in die Berufsbildung zu integrieren. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) initiierte daraufhin das nationale Projekt «Case Management Berufsbildung» und stellte finanzielle Mittel für die Anschubfinanzierung in den Kantonen zur Verfügung. Im Kanton Basel-Landschaft erfolgte die Umsetzung des Bundesprojekts im Rahmen der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) unter der Bezeichnung BerufsWegBereit (BWB). Grundsätzlich geht es darum, bestehende Angebote und Akteure der Berufsbildung (z.B. Ausbildungsberatung, Berufsfachschulen, Schulsozialarbeit) und der Berufsintegration (z.B. Brückenangebote, «wie weiter?») und den weiteren Partnern im Sozialbereich zu koordinieren sowie allfällige Lücken im Angebot zu schliessen. Da der Prävention besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, wurde die BerufsWegBereit gemeinsam mit dem Amt für Volksschulen angegangen.

Die neue Aufgabe der Berufsintegration wurde 2010 dazu genutzt, alle beteiligten Institutionen und Personen im Amt für Berufsbildung und Berufsberatung in einer neuen «Hauptabteilung Berufsintegration» zusammenzufassen.

Förderung der Berufsmaturität

Zur Förderung der Berufsmaturität in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde ein bikantonales Projekt lanciert. Geplant ist eine umfangreiche Kampagne, die gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden von Anfang 2012 bis Mitte 2013 durchgeführt werden soll. Ziel der Kampagne ist einerseits die Erhöhung der Berufsmaturitätsquote, die im Kanton Basel-Landschaft zurzeit unter dem nationalen Durchschnitt liegt, und andererseits die Sensibilisierung für die Gleichwertigkeit der verschiedenen Bildungswege.

Reform der Berufsmaturität im Bildungsraum Nordwestschweiz (BRNW)

Die Umsetzung der nationalen Reform der Berufsmaturität geht der Kanton Basel-Landschaft gemeinsam mit den Partnerkantonen des Bildungsraumes an. Eine hohe Anforderung stellt dabei die Erarbeitung von Lehrplänen dar, die ohne weitere Anpassungen direkt in den Berufsfachschulen der vier Bildungsraumkantone implementiert werden können.

Wirtschaftsmittelschule (WMS)

Ein nächster wichtiger Schritt bei der Umsetzung der oben erwähnten WMS-Reform besteht darin, für das vierte Ausbildungsjahr eine ausreichende Anzahl Praktikumsplätze sicherzustellen, die auch den Qualitätsanforderungen des neuen Ausbildungsreglements genügen. Noch nicht abzusehen sind Auswirkungen der neu angelaufenen Revision der Bildungsverordnung für die kaufmännische Grundbildung, die voraussichtlich auf das Schuljahr 2012/13 in Kraft treten soll. Sie überschneidet sich mit der gegenwärtigen Reform der WMS. Wichtig ist, nachteilige Auswirkungen auf die betroffenen Ausbildungsjahrgänge zu verhindern.

Auswirkungen von HarmoS auf die Berufsbildung

Die Umsetzung des interkantonalen Projekts zur Harmonisierung der Bildungsinhalte an der Volksschule wird auch Auswirkungen auf die Berufsbildung haben. Hauptaufgabe der Berufsbildungsbehörden wird es sein, die Lehrbetriebe als Hauptanbieter von Ausbildungen auf der Sekundarstufe II breit über die erfolgten Anpassungen zu informieren. Beispielsweise hat das neue Abschlusszertifikat der Volksschule das Potential, die bisher kostenpflichtigen und durch private Anbieter durchgeführten Leistungstests («Basic-Check» und «Multi-Check») abzulösen. Hierzu bedarf es aber der Sensibilisierung der Ausbildungsverantwortlichen in den Betrieben. Weiter wird sich durch den früher einsetzenden Sprachunterricht und die geplante Erhöhung der Lektionenzahl für die naturwissenschaftlichen Fächer das Kompetenzprofil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger verändern.

6. Revision zur Sicherung der Invalidenversicherung

Die grösste Herausforderung für das Berufsbildungssystem ergibt sich aus den Sanierungsmassnahmen der sechsten IV-Revision. Vorgesehen ist unter anderem die Abschaffung der IV-Anlehre, da nur 15 Prozent der lernbehinderten Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Abschluss dieser Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt eintreten. Im kantonalen Bildungsgesetz ist jedoch das Recht auf angemessene Bildung bis zum Abschluss der Sekundarstufe II festgeschrieben. Neben der Form dieser Ausbildungen und deren Integration in die Bildungssystematik werden in den kommenden Jahren die daraus resultierenden Aufgaben für den Kanton festgelegt werden müssen.

Statistisches Portrait

Fachmittelschule

Im Jahr 2010 besuchten 1006 Schülerinnen und Schüler eine Fachmittelschule (FMS; inkl. Fachmaturitätsschule) des Kantons Basel-Landschaft. Seit dem Jahr 2006 ist diese Zahl leicht um 2,7% gestiegen. Von den 1006 Schülerinnen und Schülern waren jedoch nur 785 an der FMS, der Rest ist der Fachmaturitätsschule zuzurechnen. Entsprechend ist die Zahl der FMS-Klassen seit 2006 bei gleichbleibender Klassengrösse deutlich gesunken.

Frauen an den Fachmittelschulen in der Überzahl

Die FMS wird mehrheitlich von Schweizerinnen und Schweizern besucht – die Ausländerinnen und Ausländer stellten 2010 einen Anteil von 11,6%, waren also untervertreten. Ihr Anteil ist in den letzten Jahren aber gestiegen – 2006 lag er bei 9,7%, 2003 bei 7,4%. Die Ausgaben des Kantons für die FMS sind im Zeitraum von 2006 bis 2009 jährlich im Schnitt um nominal 4,1% gewachsen. Auch die Kosten pro Kopf sind in diesem Zeitraum im Jahresschnitt um 3,5% gestiegen.

Ein Fünftel der Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen

Im Jahr 2010 wohnten 216 der Schülerinnen und Schüler der Baselbieter FMS nicht im Kanton. Dies entspricht einem guten Fünftel (21,5%). Diese Jugendlichen stammen hauptsächlich aus den Kantonen Aargau und Solothurn. Umgekehrt besuchten 2008 61 Schülerinnen und Schüler mit Wohnkanton Basel-Landschaft die FMS im Kanton Basel-Stadt. Die folgenden Auswertungen in diesem Kapitel beziehen sich – falls nicht ausdrücklich anders erwähnt – auf die im Kanton Basel-Landschaft unterrichteten Schülerinnen und Schüler. Wie Grafik 2 zeigt, bleibt die Anzahl Schülerinnen und Schüler der FMS seit längerem auf etwa dem gleichen Niveau. In der ersten Hälfte der Nullerjahre sind die Zahlen deutlich angestiegen, danach ist keine Tendenz mehr zu erkennen. Das Bundesamt für Statistik (BFS) rechnet jedoch für die kommenden Jahre mit einem leichten Rückgang. Dabei ist zu beachten, dass ab 2007 die Zahlen inklusive Fachmaturitätsschule abgebildet sind. Dementsprechend wäre eigentlich eine deutliche Steigerung der Zahlen zu erwarten gewesen. Betrachtet man die Entwicklung der FMS ohne Fachmaturitätsschule, so ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler von 2005 bis 2010 relativ deutlich von 996 auf 785 gesunken. Die Zahl der Schüler hat sich immer mehr oder weniger parallel zu jener der Schülerinnen entwickelt – das Geschlechterverhältnis hat sich also nur unwesentlich verändert und liegt bei rund 80% Frauen zu 20% Männern.

Besuch des Fachmaturitäts-Jahres inzwischen die Regel

Laut BFS wurden im Jahr 2010 235 Fachmittelschul-Abschlüsse vergeben (Schulkanton). 180 Baselbieterinnen und Baselbieter haben zudem eine Fachmaturität erlangt (Wohnkanton). Da in der Lernendenstatistik keine Abschlüsse erhoben werden, lässt sich nicht direkt auswerten, welcher Anteil der Schülerinnen und Schüler nach dem Fachmittelschulabschluss auch noch die Fachmaturität erlangt. Als guter Indikator dafür kann aber der Besuch des vierten Jahres der FMS gelten. Im Jahr 2007, in dem der Besuch des vierten Jahres erstmals möglich war (erste Fachmaturitäten wurden 2008 vergeben), betrug die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im vierten Jahr genau die Hälfte der Schülerinnen und Schüler des dritten Jahres 2006. Dieser Anteil ist rasch gestiegen – das Verhältnis der Anzahl Schülerinnen und Schüler im 4. Jahr 2010 zu derjenigen im 3. Jahr 2009 lag bei fast 88%. Der Abschluss der FMS mit einer Fachmaturität kann also inzwischen als Normfall betrachtet werden.

1: Kennzahlen

Schülerinnen und Schüler mit Schulkanton BL	2006	2010
Total	980	1 006
davon Fachmittelschule	980	785
davon Fachmaturitätsschule	...	221
Schweizerinnen und Schweizer	90,3%	88,4%
Ausländerinnen und Ausländer	9,7%	11,6%
Weiblich	79,3%	78,8%
Männlich	20,7%	21,2%
Hauptsprache Deutsch	88,2%	84,1%
Abteilungen ¹	51	41
Durchschnittliche Abteilungsgrosse ¹	19,2	19,1

¹ FMS ohne Fachmaturitätsschule.

Schülerinnen und Schüler mit Wohnkanton BL	2004	2008
Total	802	878
— davon Schulkanton BL	757	817
— davon Schulkanton BS ¹	45	61

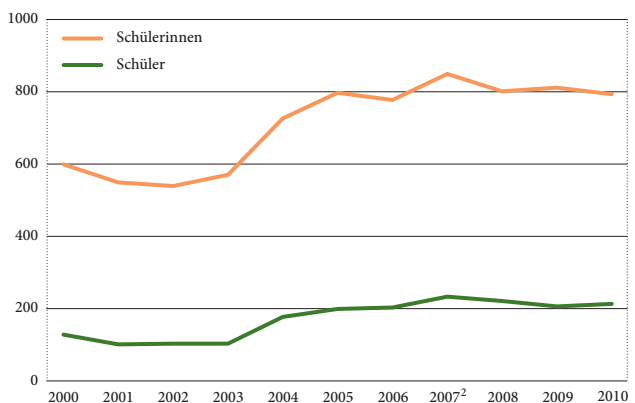
¹ Daten des Bundesamtes für Statistik.

Bildungskosten ¹	2006	2009
Gesamtausgaben in Mio. Fr.	19,4	21,9
Kosten pro Schüler/in in Fr.	22 374	24 837

¹ Kantonsausgaben; nominale Zahlen.

Daten: Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft

2: Schülerinnen und Schüler der FMS¹ nach Geschlecht seit 2000



¹ Bis 2003: DMS-3.

² Ab 2007 inkl. Fachmaturitätsschule.

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Pädagogik ist die beliebteste Fachrichtung

Nach dem Basisjahr, das alle Schülerinnen und Schüler besuchen, müssen sich die Jugendlichen an der FMS für ein Berufsfeld entscheiden. In Grafik 3 ist ersichtlich, dass Pädagogik im Jahr 2010 mit einigem Abstand das beliebteste Berufsfeld war. Es wurde von 36,2% der Schülerinnen und Schüler besucht. Für das Berufsfeld Kunst entschieden sich 15,1% der Schülerinnen und Schüler – auf die Berufsfelder Gesundheit und Soziales entfiel je rund ein Viertel. Es fällt auf, dass sich die Männer gleichmässiger verteilen als die Frauen. Sie sind jedoch in allen Berufsfeldern deutlich in der Unterzahl.

Die meisten Schülerinnen und Schüler kommen aus dem Niveau E

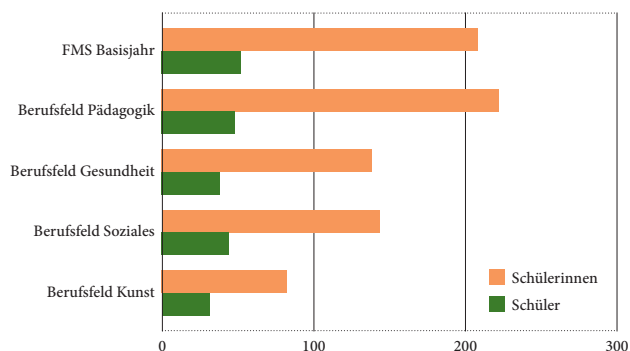
Grafik 4 zeigt, woher die Schülerinnen und Schüler kommen, die im Jahr 2010 neu in die FMS eingetreten sind. 44,5% der Neueintretenden besuchten im Vorjahr das Sekundarschul-Niveau E – neben den Schülerinnen und Schülern, welche ihre schulische Laufbahn in einem anderen Kanton absolviert haben, die mit Abstand wichtigste Rekrutierungsquelle für die FMS. 25 Schülerinnen und Schüler aus dem Sekundarschul-Niveau P entschieden sich 2010 ebenfalls für einen Besuch der FMS. Fast ebenso viele Jugendliche traten aus dem Gymnasium an die FMS über.

168 Baselbieter Studierende mit Fachmatur an Schweizer FH

Im Jahr 2010 waren 168 Baselbieterinnen und Baselbieter mit Fachmatur an einer Schweizer Fachhochschule immatrikuliert. Grafik 5 zeigt, für welche Studienrichtungen sich die Studierenden entschieden haben. Gut 45% der Baselbieterinnen und Baselbieter, welche mit einer Fachmatur an die Fachhochschule gelangten, studierten ein Fach aus dem Bereich Gesundheit, Sozialarbeit oder Kunst. Weitere 43% entscheiden sich für eine Lehrkräfteausbildung an einer pädagogischen Hochschule. Nur knapp 12% der Studierenden entschieden sich für Studiengänge aus dem Bereich Technik, Wirtschaft, Design und Sport.

Im Jahr 2009 waren an den Schweizer Fachhochschulen 61 Studierende aus dem Kanton Basel-Landschaft mit einer Fachmatur eingeschrieben. Die Zahl hat sich also innerhalb eines Jahres fast verdreifacht. Die ersten Fachmaturitäten wurden 2008 vergeben.

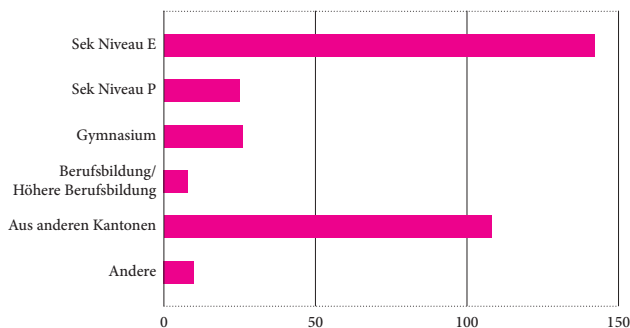
3: Schülerinnen und Schüler der FMS¹ nach Berufsfeld 2010



¹ Inkl. Fachmaturitätsschule.

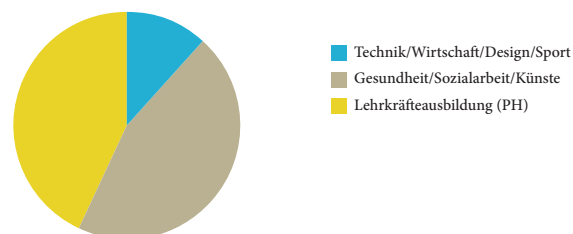
Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

4: FMS-Eintritte nach vorjähriger Schulart 2010



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

5: FH-Studierende mit Fachmaturität nach Studienrichtung 2010



Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik



Bericht

Fachmittelschulen

Die Fachmittelschule (FMS) hat ihre kantonale Reform bereits vollzogen und ist von den Umstrukturierungen durch HarmoS, das vierjährige Gymnasium und die Anpassungen an das Bundesrecht im Bereich der Berufsbildung direkt nicht betroffen. Sie ist nach Jahren des Umbaus der Diplommittelschule (DMS-3) zur FMS und des Aufbaus der Fachmaturität die am meisten konsolidierte Schulart auf der Sekundarstufe II.

Stärkung der Naturwissenschaften und der Berufsfelder

Mit der kantonalen FMS-Reform (in Kraft seit 1.8.2011) wurden gewisse Schwachstellen aus dem Umbau der DMS-3 zur FMS beseitigt und die vier kantonal angebotenen Berufsfelder (Gesundheit, Soziales, Pädagogik, Kunst) noch besser auf die Anforderungen der Abnehmerinstitutionen ausgerichtet. Für alle Berufsfelder erhöht sich die Lektionenzahl in Chemie und Physik um eine Semesterlektion. Das Berufsfeld Pädagogik erhält durchgehenden Unter-

richt in Chemie und Physik (mit Praktika) und für alle Berufsfelder zugänglich wurde zusätzlich das Berufsfeld-Ergänzungsfach «Naturwissenschaftliches Praktikum» eingeführt. Seit dem Start der FMS im Jahre 2004 haben sich die Studiengänger und die Anforderungen der Abnehmerinstitutionen (Fachhochschulen und höhere Fachschulen) verändert. Deshalb wurden auch Optimierungen und Spezifizierungen in der berufsspezifischen Ausbildung an der FMS nötig, was sich auch in der erhöhten Lektionenzahl im Berufsfach-Unterricht im dritten Ausbildungsjahr (sieben statt fünf Jahreslektionen) ausdrückt. Schliesslich erhalten durch eine Revision der Prüfungsordnung die Leistungen in den Berufsfeldern ein stärkeres Gewicht.

Fachmaturität

Die Fachmaturitäten haben sich seit der ersten Abnahme im Jahr 2008 etabliert; die Zusammenarbeit mit den Praktikumsanbietern in den Berufsfeldern Soziales, Gesundheit und Kunst verbessert und vertieft sich stetig.

In Zusammenarbeit mit der PH FHNW wird der Studienerfolg der Studierenden mit Fachmaturität Pädagogik genau verfolgt und mit demjenigen von Studierenden mit anderen Zulassungsausweisen genau verglichen. Die Untersuchungsergebnisse sind wegen der noch knappen Beobachtungsdauer noch nicht aussagekräftig, fallen aber zufriedenstellend aus.



Die Modalitäten zum Erwerb der Fachmatur Pädagogik (einsemestriger Leistungskurs mit Prüfungen in Deutsch, Mathematik, Französisch, Sozialwissenschaften (Geschichte/Geografie) und Naturwissenschaften (Biologie/Chemie/Physik) werden zurzeit von der EDK überprüft. Es zeichnet sich auch hier eine Stärkung der Naturwissenschaften ab. Ebenfalls soll das selbstgesteuerte Lernen durch gezielte Anleitung während des Kurses gefördert werden, was die Absolventinnen und Absolventen zusätzlich auf das Studium an der pädagogischen Hochschule vorbereitet. Auf diese mögliche Entwicklung sind die FMS in Liestal, Münchenstein, Muttenz, Oberwil und Basel vorbereitet.

Die Fachmaturität Pädagogik wird neu auch in den Kantonen Aargau und Solothurn angeboten. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft organisieren den Leistungskurs Pädagogik seit Anfang an bikantonal (mit gemeinsamer schriftlicher Prüfung und gemeinsamer Abschlussfeier). Es ist durchaus möglich, dass in einigen Jahren der Leistungskurs Pädagogik ein gemeinsames Angebot des Bildungsraumes NW sein wird.

Entwicklung

Zurzeit werden Anstrengungen unternommen, die FMS-Schülerinnen und Schüler noch besser auf die Studiengänge in den Bereichen «Life Sciences» und Architektur/Geomatik vorzubereiten. Die Gymnasien als Standorte der FMS wären für diese Aufgabe fachlich und von der Infrastruktur her bestens gerüstet. Der duale Aspekt der Ausbildung wird auch in diesen Studiengängen sichergestellt, da die Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der FMS zum Erwerb der Fachmaturität ein umfangreiches Praktikum in der branchenspezifischen Arbeitswelt zu bestehen hätten und in engem Bezug zu diesem Praktikum ihre Fachmaturitätsarbeit erstellen würden.

Die Statistiken zeigen, dass die FMS als Ausbildungsgang für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund attraktiv ist und wegen seiner breiten und anwendungsbezogenen Ausrichtung mehr Erfolgchancen bietet als die stärker akademisch ausgerichtete Ausbildung der Maturitätsabteilung. Damit sichert die FMS den höheren Fachschulen und Fachhochschulen, insbesondere in Berufen gesundheitlicher und sozialer Richtung, Studierende, deren Ausbildungswege für das familiäre Umfeld integrationswirksam sind. Diese Entwicklung soll weiterhin unterstützt werden. Im Sinne der Bevölkerungsrepräsentativität wäre eine Steigerung des Anteils männlicher FMS-Absolventen wünschenswert.

Die bereits jetzt gute Zusammenarbeit mit den Abnehmerinstitutionen wird auch künftig fortgesetzt.

Auf nationaler Ebene wird zurzeit in verschiedenen Gremien diskutiert, die «Passerelle Dubs» (Lehrgang zum Erwerb der gymnasialen Matur für Schülerinnen und Schüler mit Berufsmaturitätsausweis) auch für Fachmaturandinnen und -maturanden zu öffnen.

Statistisches Portrait

Gymnasium

Im Jahr 2010 besuchten 3180 Personen die Maturitätsabteilung eines der fünf Baselbieter Gymnasien. Diese Zahl ist, ganz im Gegensatz zur Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule, seit 2006 um 8,2% auf einen historischen Höchststand gestiegen. Seit dem Jahr 2002 hat die Anzahl Gymnasiastinnen und Gymnasiasten gar um fast 26% zugenommen. Das Bundesamt für Statistik rechnet allerdings ab 2011 wieder mit einer leichten Abnahme der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien des Kantons Basel-Landschaft.

Ausländerinnen und Ausländer untervertreten

Vergleicht man den Ausländeranteil von 8,6% im Jahr 2010 mit jenem in der Sekundarstufe I im selben Jahr (23,6%), zeigt sich deutlich, dass die Ausländerinnen und Ausländer an den Baselbieter Gymnasien untervertreten sind. Der Ausländeranteil an den Gymnasien war 2010 sogar nochmals leicht tiefer als im Niveau P der Sekundarschule (9,5%). Der Ausländeranteil weist keinen klaren Trend auf: 2006 war der tiefste Wert seit 1986, der Höchstwert wurde im Jahr 1993 mit 9,7% erreicht.

Eine Klasse bestand an den Baselbieter Gymnasien im Jahr 2010 im Schnitt aus 19,5 Schüler/innen. Die Klassengrösse ist damit gegenüber 2006 konstant geblieben, die Differenz liegt im Bereich der normalen jährlichen Schwankungen.

Rund 20% der Schülerinnen und Schüler aus anderen Kantonen

Von den 3180 Schülerinnen und Schülern im Jahr 2010 waren 636 nicht im Kanton Basel-Landschaft wohnhaft. Der Anteil an ausserkantonalen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten lag 1986 bei 8,8%, ist in den 80er- und 90er-Jahren gestiegen und pendelt nun seit der Jahrtausendwende bei rund 20%. Die überwiegende Mehrheit der auswärtigen Schülerinnen und Schüler stammt aus den Kantonen Aargau und Solothurn. Umgekehrt haben 2008 313 Baselbieter Schülerinnen und Schüler ein basel-städtisches Gymnasium besucht. Eine Handvoll besucht ein Gymnasium ausserhalb der beiden Basel.

Der Kanton Basel-Landschaft gab 2009 55,9 Mio. Fr. für den Schulbetrieb an den Gymnasien aus. Im Zeitraum von 2006 – 2009 sind diese Ausgaben im Schnitt jährlich nominal um 2,6% gestiegen. Im Jahr 2009 beliefen sich die Gesamtkosten einer Gymnasiastin respektive eines Gymnasiasten auf rund 24 400 Franken. Diese Kosten sind gegenüber 2006 nominal um 3,1% gestiegen.

Frauen sind seit 1996 in der Mehrheit

Im Jahr 2010 stellten die Frauen mit einem Anteil von 56,8% die Mehrheit an den Gymnasien des Kantons. Grafik 2 zeigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien des Kantons nach Geschlecht für die Jahre 1986 – 2010. Im betrachteten Zeitraum hat sich der Frauenanteil, abgesehen von kleineren jährlichen Schwankungen, stetig vergrössert. Das Geschlechterverhältnis lag 1986 bei 43,6% Frauen zu 56,4% Männern und ist im Jahr 1996 zugunsten der Frauen gekippt. In den letzten Jahren hat sich der Anstieg des Frauenanteils jedoch zumindest deutlich verlangsamt – seit 2005 ist keine klare Tendenz mehr erkennbar.

1: Kennzahlen

Schülerinnen und Schüler mit Schulkanton BL	2006	2010
Total	2 940	3 180
Schweizerinnen und Schweizer	92,7%	91,4%
Ausländerinnen und Ausländer	7,3%	8,6%
Weiblich	56,2%	56,8%
Männlich	43,8%	43,2%
Hauptsprache Deutsch	90,1%	89,1%
Abteilungen	149	163
Durchschnittliche Abteilungsgrosse	19,8	19,5

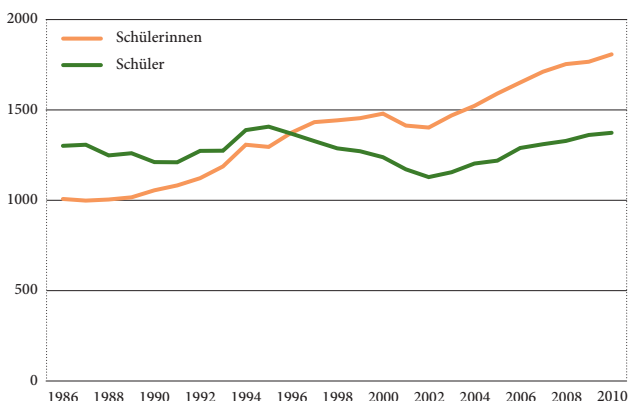
Schülerinnen und Schüler mit Wohnkanton BL	2004	2008
Total	2 484	2 734
— davon Schulkanton BL	2 181	2 403
— davon Schulkanton BS ¹	292	313
— davon Schulort Restschweiz ¹	11	18

¹ Daten des Bundesamtes für Statistik

Bildungskosten ¹	2006	2009
Gesamtausgaben in Mio. Fr.	51,7	55,9
Kosten pro Schüler/in in Fr.	23 671	24 398

¹ Kantonsausgaben; nominale Zahlen.

Daten: Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft

2: Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien nach Geschlecht seit 1986

Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

Wirtschaft und Recht beliebt

Wie Grafik 3 zeigt, war 2010 Wirtschaft und Recht im Baselbiet das am häufigsten gewählte Schwerpunktfach. Mit einem Anteil von 61,1% ist es vor allem bei Männern beliebt. Bei den Frauen ist das Schwerpunktfach Spanisch beliebter. Überhaupt spielt bei der Fächerwahl das Geschlecht eine entscheidende Rolle: In keinem Fach entspricht das Geschlechterverhältnis auch nur ungefähr demjenigen des Totals. Am ehesten können Russisch und Biologie/Chemie, die ein relativ ausgeglichenes Geschlechterverhältnis aufweisen, als Ausnahmen gelten. Der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern schwankt je nach Fach zwischen 5,7% (Latein) und 10,6% (Italienisch) – eine Ausnahme bildet Russisch, das aber nur von wenigen Personen, allesamt mit Schweizer Nationalität, gewählt wurde.

Im Jahr 2010 konnten 672 Schülerinnen und Schüler das Gymnasium erfolgreich abschliessen. Die meisten Zeugnisse wurden im Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht ausgestellt, dicht gefolgt von den modernen Sprachen. Letztere weisen, wie auch Physik und Mathematik, ein sehr ungleiches Geschlechterverhältnis auf.

77% der Neueintretenden aus dem Sekundarschulniveau P

Von den 861 Schülerinnen und Schülern, die im Jahr 2010 neu in die erste Klasse eines Baselbieter Gymnasiums eingetreten sind, waren im Vorjahr rund 77% an einer Sekundarschule des Niveau P. Gut 18% besuchten zum ersten Mal eine Schule im Kanton Basel-Landschaft. Der relativ unbedeutende Rest war im Vorjahr an der Sekundarschule im Niveau E, oder ist aus Privatschulen, der beruflichen Grundbildung oder der FMS an das Gymnasium übergetreten.

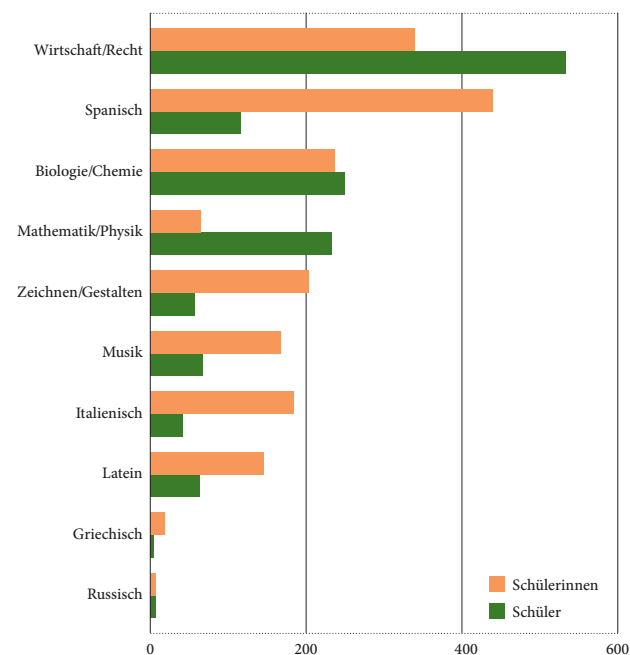
Das Durchschnittsalter im vierten Jahr des Gymnasiums im Baselbiet betrug im Jahr 2010 knapp über 19 Jahre. Ein gutes Drittel der Schülerinnen und Schüler war älter, als es der Regelverlauf erwarten liesse. Im ersten Jahr des Gymnasiums lag dieser Anteil 2010 bei 29,6%.

Maturitätsquote auf dem Schweizer Durchschnitt

Wie in Grafik 4 ablesbar ist, wies der Kanton Basel-Landschaft 2009 mit 19,5% eine Maturitätsquote auf, die praktisch dem schweizerischen Durchschnitt (19,4%) entspricht. Die Maturitätsquote misst den Anteil der Personen, die eine gymnasiale Matura erworben haben, am Total der neunzehnjährigen Wohnbevölkerung. Im Jahr 1980 lag die Baselbieter Maturitätsquote mit 16,5% noch deutlich über jener der Schweiz (10,6%). Die beiden Quoten haben sich bis 2001 angenähert und bewegen sich seither auf ähnlichem Niveau. Das Geschlechterverhältnis bei der Maturitätsquote hat im Jahr 1997 gedreht. 2009 betrug die Maturitätsquote der Frauen 21,8%, diejenige der Männer 17,1%.

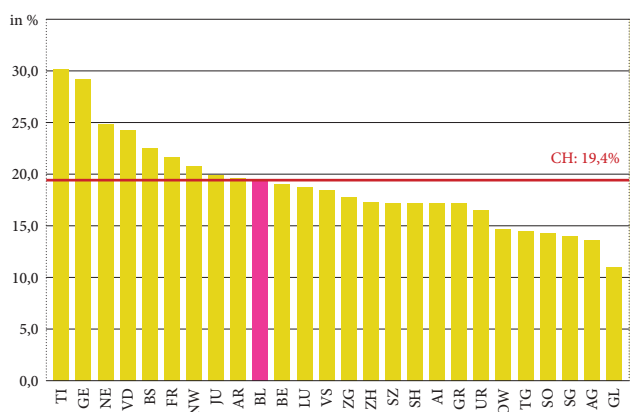
Laut Bundesamt für Statistik immatrikulierten sich schweizweit von den Schülerinnen und Schülern, die 2007 die Matur erlangt haben, 92,7% an einer Schweizer Hochschule. Bei den Frauen liegt dieser Anteil mit 91,8% ein wenig tiefer als bei den Männern (93,9%). 82,1% der Übertritte erfolgten an eine universitäre Hochschule, der Rest an Fachhochschulen (9,8%) und pädagogische Hochschulen (8,0%).

3: Schülerinnen und Schüler der Gymnasien nach Schwerpunktfach und Geschlecht 2010



Daten: Statistik der Lernenden, Statistisches Amt Basel-Landschaft

4: Gymnasiale Maturitätsquote nach Kanton 2009



Daten: Bundesamt für Statistik

Bericht

Gymnasien

Die basellandschaftlichen Gymnasien beteiligen sich initiativ an den Projekten des Bildungsraums Nordwestschweiz und setzen gesamtschweizerische Entwicklungen im Bereich der gymnasialen Bildung aktiv um. Dieses Engagement wird seit der besseren Ressourcierung der Dienststelle Gymnasien erleichtert und verbessert die Wahrnehmung der vom Kanton ausgehenden Impulse auf regionaler und gesamtschweizerischer Ebene.

Ausbau der Dienststelle Gymnasien

Seit erstem August 2010 wird der Rektor, der die Schulleitungskonferenz und damit die Dienststelle Gymnasien führt, im Umfang von 50% für diese Aufgabe entlastet. Dies erleichtert die regionale Zusammenarbeit, die gegenwärtig vor allem mit dem Kanton Basel-Stadt intensiv ist.

Verstärkung des gemeinsamen Prüfens

Die Gymnasien haben das Instrument der Orientierungsarbeiten (im vierten Ausbildungssemester) weiter verbessert und prüfen nicht mehr allein die Kernfächer Deutsch, Französisch, Mathematik, sondern auch Geistes- und Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften, Kunstfächer und Schwerpunktfächer. Die Entwicklung in den letzten Jahren führte an den einzelnen Gymnasien zu vermehrten Anstrengungen, gemeinsam zu prüfen. Diese Entwicklung soll fortgesetzt werden, indem die Zahl der in Orientierungsarbeiten geprüften Fächer erhöht wird.

In dieselbe Richtung führt auch das Projekt, die Anforderungen an die Maturitätsprüfungen im Bildungsraum abzustimmen, die Aufgabenstellungen der schriftlichen Prüfungen durch kantonale Fachgremien genehmigen und die Prüfungsarbeiten hausintern korrigieren zu lassen.

Freizügigkeit

Mit dem Aufbau des vierjährigen Gymnasiums ist auch eine beschränkte Freizügigkeit bei der Schulwahl vorgesehen. Dazu ist eine Gesetzesrevision notwendig. Die Freizügigkeit gilt nur für den Zeitpunkt des Eintritts in die Maturitätsabteilung beziehungsweise die FMS des Gymnasiums. Faktisch wirksam ist die Freizügigkeit wohl nur für das Gebiet nördlich des Juras (BS, BL, Fricktal, Dorneck-Thierstein). Die Freizügigkeit darf im Weiteren nicht infrastrukturelle Aufwendungen mit sich bringen (z.B. Ausbau eines besonders nachgefragten Standortes). Die Freizügigkeit ab dem Schuljahr 2014/15 erfordert einheitliche Übertritts- und



Aufnahmebestimmungen und verfahren sowie einen gemeinsam koordinierten Klassenbildungsprozess. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen rechnen die basellandschaftlichen und baselstädtischen Gymnasien nicht mit grösseren Verschiebungen in der Wahl der Schulorte.

Vierjähriges Gymnasium

Die zu Beginn des Schuljahres 2014/15 in ein basellandschaftliches Gymnasium eintretenden Schülerinnen und Schüler werden als Erste die Maturität nach einem vierjährigen Curriculum absolvieren; der Eintrittsjahrgang 2019/20 wird als erster die ganze Ausbildung nach der neuen Struktur mit sechs Jahren Primarschule und drei Jahren Sekundarschule absolviert haben. Gemäss Beschluss des Bildungsrates wurde im Projekt Bildungsharmonisierung gemeinsam mit Basel-Stadt ein Entwurf für die Stundentafel des vierjährigen Gymnasiums erarbeitet. Er zeichnet sich durch eine Stärkung der Naturwissenschaften aus und berücksichtigt die Tatsache, dass die künftigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten Französisch und Englisch als Frühfremdsprachen erworben haben werden. Er lässt den einzelnen Schulen einen gewissen Spielraum, sich curricular ein eigenes Profil zu geben, zum Beispiel durch Un-



terrichtet in Gebieten wie Ethik, Philosophie, Politikkunde, Interdisziplinarität. Der Entwurf der Stundentafel einen gewissen Spielraum für Formen selbstgesteuerten Lernens.

Interdisziplinarität

Die kleine Reform des Maturitätsanerkennungsreglements (in Kraft seit 1. August 2009) sieht auch eine Verstärkung des interdisziplinären Unterrichts vor. Die basellandschaftlichen Gymnasien sehen dafür die Wahlkurse und Ergänzungsfächer im sechsten und siebten Semester vor. Die Schülerinnen und Schüler müssen entweder den Wahlkurs oder das Ergänzungsfach im interdisziplinären Unterricht belegen. Die dafür notwendige Anpassung des Kursangebots dauert wegen der Budgetreduktion in den letzten Jahren länger als vorgesehen und dürfte erst im Jahr 2015 erreicht sein.

Begabungsförderung

Seit dem Schuljahr 2010/11 wirken alle basellandschaftlichen Gymnasien am Förderprogramm «Schülerstudenten» mit, das gemeinsam mit der Universität Basel aufgebaut worden ist. Es ermöglicht leistungsstarken Schülerinnen und Schülern den Besuch universitärer Einführungsveranstaltungen. Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten werden dafür vom Unterricht freigestellt, absolvieren die gewählten Veranstaltungen wie ordentliche Studierende und erwerben bei Erfolg die entsprechenden «Credit-Points», die für das spätere Studium anrechenbar sind. An ihren Stammschulen holen sie verpassten Stoff selbstständig nach und erwerben sich wie ihre Mitschülerinnen und Mitschüler eine ordentliche Zeugnisnote. Sie präsentieren ihren Klassen durch Vorträge, Diskussionen, Referate, was sie an der Uni gelernt haben. Im Schuljahr 2011/12 entwickeln die Gymnasien schulinterne Begabungsförderungskonzepte.

Statistisches Portrait

Tertiärstufe

Die Tertiärstufe zählte 2009 rund 3700 basellandschaftliche Studierende an den universitären Hochschulen (UH), 2190 Studierende an den Fachhochschulen (FH), wovon 470 Studierende an den pädagogischen Hochschulen (PH). Daneben erwarben 660 Personen mit Wohn- oder Schulkanton Basel-Landschaft einen Abschluss der höheren Berufsbildung (HBB).

Auch in Zukunft mehr Studierende

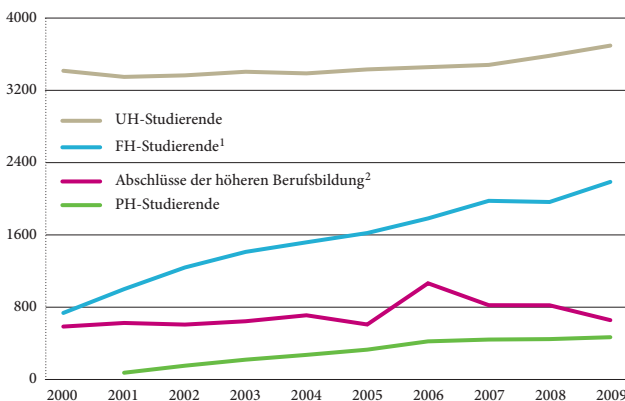
Die Entwicklung der Studierendenzahlen der Tertiärstufe ist stark geprägt vom Auf- und Ausbau der Fachhochschulen und der pädagogischen Hochschulen. Zwischen 2000 und 2009 ist die Zahl der FH-Studierenden (inkl. PH-Studierende) von 740 auf über 2000 angestiegen. Allein die Zahl der PH-Studierenden stieg auf 470. Bei den universitären Hochschulen folgten auf die rückläufigen bzw. stagnierenden Studierendenzahlen der Jahre 2000 bis 2007 in den Jahren 2008 und 2009 erstmals wieder jährliche Zunahmen von rund 3%. In den nächsten zehn Jahren dürfte die Zahl der Studierenden gemäss dem neutralen Szenario des Bundesamtes für Statistik gesamtschweizerisch wie folgt ansteigen: Pädagogische Hochschulen +5,5%, Fachhochschulen (inkl. PH) +15,7%, Universitäre Hochschulen +13,5%. Bis 2013 bzw. 2014 ist aufgrund der vorerst wachsenden Bevölkerungsbestände mit einem klaren Aufwärtstrend und jährlichen Zuwachsraten von 3% bis 4% zu rechnen. In den folgenden Jahren dürften die Zunahmen aufgrund des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs insgesamt geringer ausfallen. Langfristig werden gemäss BFS eine stärkere Internationalisierung, die Entwicklung bei den FH-Masterstudiengängen und höhere Übertrittsquoten dazu beitragen, dass die Studierendenzahlen an den Schweizer Hochschulen steigen. Das BFS geht unter anderem davon aus, dass ein FH-Studium nach der Berufsmaturität zur Regel wird.

Umstrukturierung auf Tertiärstufe prägt die Entwicklung

Die Studierendendaten im Bereich der höheren Berufsbildung sind mit gewissen Unsicherheiten behaftet, weshalb für Aussagen zu diesem Bereich die Abschlussdaten herbeigezogen werden. Der Umfang und die Zusammensetzung der höheren Berufsbildung haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten ständig verändert. So wurden beispielsweise Mitte der 1990er Jahre gewisse Ausbildung der höheren Berufsbildung an die Fachhochschulen und die pädagogischen Hochschulen verlegt. Zudem wurden Berufsfelder, in denen es bisher keine oder keine eidgenössisch anerkannten Tertiärausbildungen gab, neu reglementiert. Mit insgesamt 569 Abschlüssen im Jahr 2009 ist deren Zahl gegenüber 2000 um 12% angestiegen. Im Vergleich dazu sind die FH-Abschlüsse von basellandschaftlichen Studierenden (inkl. PH) von null auf 490 im Jahr 2009 angestiegen, die UH-Abschlüsse von 490 auf 810. Mittlerweile wird jeder vierte Abschluss auf Tertiärstufe an einer Fachhochschule erworben. Die UH-Abschlüsse machen 41% aller Abschlüsse aus, die Abschlüsse der höheren Berufsbildung mit 34% rund einen Drittel.

Wer über ein Diplom der höheren Berufsbildung verfügt, wird an den Fachhochschulen zugelassen, ohne eine Berufsmaturität nachweisen zu müssen. Von den im Jahr 2009 insgesamt 2192 Baselbieter Studierenden einer FH (inkl. PH) verfügen 41 Studierende über eine eidgenössische Berufsprüfung oder höhere Fachprüfung als Zulassung, wovon 31 ein Weiterbildungsangebot der FH belegten. Dazu kommen 78 Studierende mit einem Diplom einer höheren Fachschule inkl. Passerelle HF-FH. Hiervon waren 34 in einem Weiterbildungsangebot der FH eingeschrieben.

1: Studierende der Tertiärstufe nach Hochschultyp seit 2009

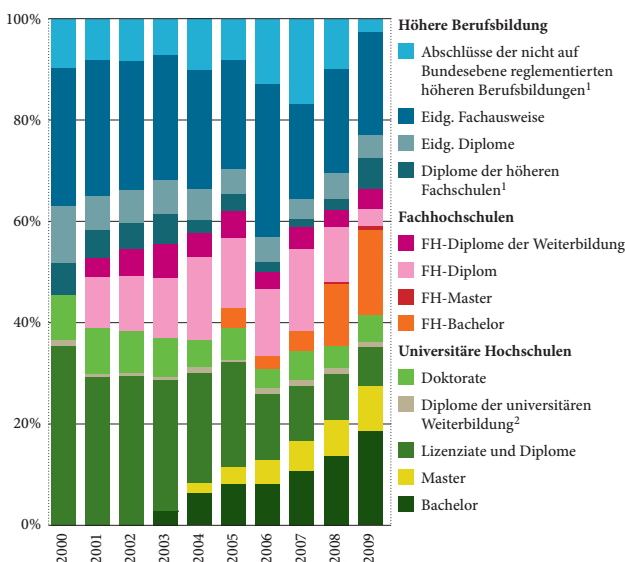


¹ Inkl. pädagogische Hochschulen.

² Abschlüsse, je nach Abschluss Wohn- oder Schulkanton.

Daten: Statistik der Bildungsabschlüsse und Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

2: Abschlüsse der Baselbieter Studierenden auf Tertiärstufe seit 2000

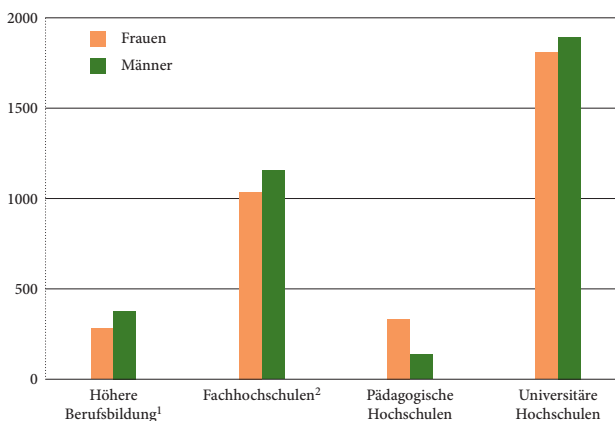


¹ Schulkanton.

² Inkl. Vertiefungs- und Spezialisierungsabschlüsse, Nachdiplome.

Daten: Statistik der Schüler und Studierenden, Bundesamt für Statistik

3: Studierende der Tertiärstufe nach Hochschultyp 2009



¹ Abschlüsse, je nach Abschluss Wohn- oder Schulkanton.

² Inkl. pädagogische Hochschulen.

Daten: Statistik der Bildungsabschlüsse und Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

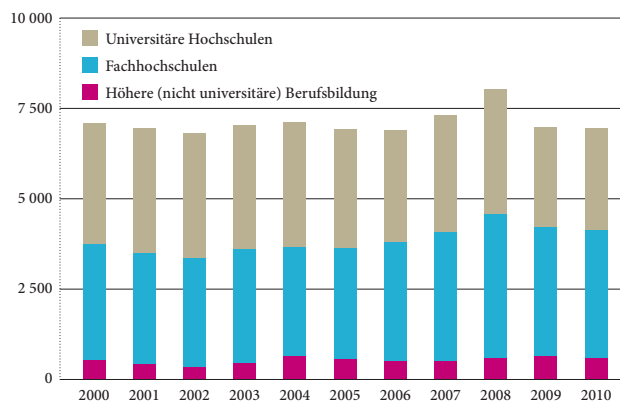
Insgesamt ausgeglichenes Geschlechterverhältnis

Hinsichtlich der Geschlechterverteilung zeigen die Hochschultypen ein ähnliches Bild (siehe Grafik 3): Die Frauen sind im Vergleich zu den Männern im Bereich der höheren Berufsbildung mit 43%, an den Fachhochschulen mit 47% (ohne PH: 41%) und an den universitären Hochschulen mit 49% untervertreten. Einzig im Bereich der Lehrkräfteausbildung werden deutlich mehr weibliche (71%) als männliche Studierende (29%) gezählt. Damit verhilft die pädagogische Hochschule dem Tertiärbereich zu einem insgesamt relativ ausgeglichenen Geschlechterverhältnis von 49% Frauen zu 51% Männern. Im Jahr 2000 lag der Frauenanteil im Tertiärbereich noch bei knapp 39%. Gemäss den Zukunftsszenarien des BFS wird das Geschlechterverhältnis künftig an den FH, PH und UH stabil bleiben.

66% der Stipendiengelder für Studierende der Tertiärstufe

2009 wurden insgesamt 936 Baselbieter Studierende der Tertiärstufe mit Stipendienzahungen unterstützt, davon 70 Studierende im Bereich der höheren Berufsbildung, 444 FH-Studierende und 422 UH-Studierende. Studierende der höheren Berufsbildung erhielten mit durchschnittlichen Jahresbeiträgen von 8500 Fr. die höchsten Pro-Kopf-Beiträge. Allerdings machen diese mit lediglich 3,4% der Studierenden mit Stipendienleistungen einen kleinen Teil aller Stipendienberechtigten aus. Die durchschnittlichen Stipendienzahungen für FH-Studierende lagen bei 8000 Franken, während UH-Studierenden durchschnittlich 6600 Fr. zugesprochen wurden. Die Gesamtsumme der für den Tertiärbereich aufgewendeten Stipendienbeiträge betrug 2010 rund 7 Mio. Franken. Dies entspricht bei einem Anteil von 46% aller Bezügerinnen und Bezüger von Stipendien rund 66% der über alle Schulstufen gutgeheissenen Stipendienleistungen.

4: Stipendien nach Hochschultyp in 1000 Fr. seit 2000



Daten: Amt für Berufsbildung und Berufsberatung des Kantons Basel-Landschaft

Fakten zu Studierenden der Tertiärstufe in der Schweiz

Soziale Herkunft der Studierenden

Die Eltern (mind. ein Elternteil) von UH-Studierenden sind zu 46% im Besitz eines Hochschulabschlusses. In lediglich 8% der Fälle haben die Eltern keine nachobligatorische Schulbildung. Bei den FH-Studierenden liegt der Anteil der Eltern mit Hochschulabschluss bei rund 30%. Hier haben 9% der Eltern keinen nachobligatorischen Bildungsabschluss.

Einnahmen der Studierenden

Die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen der FH- und UH-Studierenden belaufen sich auf 1800 Franken, davon sind 55% Zuwendungen der Eltern, 6% Stipendien oder Darlehen, 36% Verdienste aus eigener Erwerbstätigkeit.

Erwerbstätigkeit der Studierenden

75% der UH-Studierenden und 74% der FH-Studierenden üben eine Erwerbstätigkeit aus (ohne Studierende in berufsbegleitender Ausbildung). In rund 50% der Fälle handelt es sich um einen Beschäftigungsgrad von höchstens 30%. Lediglich 9% der Studierenden sind zu mehr als 50% erwerbstätig.

Studentische Mobilität

26% der UH-Studierenden absolvieren mindestens einen einsemestrigen Studienaufenthalt an einer anderen schweizerischen Hochschule und/oder einer Hochschule im Ausland. Damit ist die studentische Mobilität der UH-Studierenden deutlich höher als jene der FH-Studierenden mit einer Mobilitätsquote von 9%. Am mobilsten sind Studierende der Fachbereichsgruppe Geisteswissenschaften (39%).

Einkommen nach Studienabschluss

Absolventinnen und Absolventen der Wirtschaftswissenschaften verdienen ein Jahr nach Abschluss am meisten, und zwar unabhängig davon, ob sie einen FH- oder UH-Abschluss erlangt haben.

Die Juristinnen und Juristen (UH) sowie die Absolventinnen und Absolventen der Künste (FH) bilden das Schlusslicht. Ein Jahr nach Studienabschluss beträgt der Median des Bruttoeinkommens der FH-Absolventinnen und -Absolventen 78 000 Franken, das Medianbruttoeinkommen von UH-Absolventinnen und -Absolventen 75 600 Franken.

Erwerbslosen- und Berufseintrittsquoten

Die Erwerbslosenquoten rund ein Jahr nach Studienabschluss betragen bei den FH-Absolventen 3,9% und bei den PH-Absolventen 0,5%. Die Absolventinnen und Absolventen einer universitären Hochschule sind ein Jahr nach Studienabschluss zu 5,8% erwerbslos. 72% aller UH- und 70% aller FH-Absolventinnen und Absolventen finden spätestens ein Jahr nach Studienabschluss eine Stelle, die ihren Qualifikationen entspricht.

Qualifikationsanforderungen

80% der berufstätigen Absolventinnen und Absolventen geben an, dass für die von ihnen besetzte Stelle ein Hochschulabschluss gefordert wurde. Bei den UH-Absolventinnen und Absolventen besteht die Anforderung eines Hochschulabschlusses häufiger als bei jenen einer FH oder PH. Zudem sind 63% der Befragten ein Jahr nach Studienabschluss der Auffassung, dass zwischen dem ausgeübten Beruf und den im Hochschulstudium erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten eine hohe Übereinstimmung besteht.

Übertrittsquote in die höhere Berufsbildung

26% der Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Grundbildung erlangen später einen Abschluss der höheren Berufsbildung: 20% der Frauen, 31% der Männer. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist bei den jüngeren Berufsleuten geringer.

Mehr dazu im Internet unter: Bundesamt für Statistik > Themen > 15 – Bildung, Wissenschaft > Tertiärstufe: Hochschulen > Indikatoren > Hochschulsystem

Quelle: Hochschulindikatoren, Bundesamt für Statistik

Statistisches Portrait

Höhere Berufsbildung

Die höhere Berufsbildung umfasst die höheren Fachschulen, die mit einem Diplom abschliessen (z.B. dipl. Pflegefachmann/frau HF), die eidgenössischen Diplome bzw. höheren Fachprüfungen (auch Meisterprüfungen, z.B. Schreinermeisterin oder Schreinermeister) sowie die eidgenössischen Berufsprüfungen, die mit einem eidgenössischen Fachausweis abschliessen (z.B. Baupolier mit eidg. Fachausweis). Daneben zählen zur höheren Berufsbildung diverse Abschlüsse, die nicht auf Bundesebene reglementiert sind. Nicht für all diese Ausbildungen stehen Daten für Studierende mit Wohnkanton Basel-Landschaft zu Verfügung. Daher werden die Daten der Diplome der höheren Fachschulen sowie der Abschlüsse der nicht auf Bundesebene reglementierten höheren Berufsbildung auf Ebene Schulkanton Basel-Landschaft ausgewertet. Mit der Modernisierung der Erhebung im Bildungsbereich werden ab Schuljahr 2011 Individualdaten nach Wohnkanton erfasst.

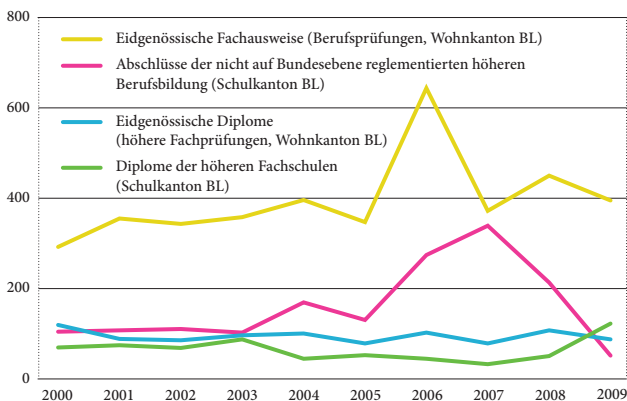
Dynamische Entwicklung

Durch die Verlegung gewisser Ausbildungen der höheren Berufsbildung an die neu geschaffenen Fachhochschulen (FH) und pädagogischen Hochschulen (PH) verlief die Zahl der Abschlüsse im Bereich der höheren Berufsbildung zu Beginn des letzten Jahrzehnts eher flach. Die zunehmende Tertiärisierung verschiedener Ausbildungen führte zu wieder steigenden Abschlusszahlen. Im Jahr 2009 wurden im Schulkanton Basel-Landschaft insgesamt 123 Diplome der höheren Fachschulen sowie 52 Abschlüsse der nicht auf Bundesebene reglementierten Berufsbildung gezählt. Zudem schlossen insgesamt 88 Baselbieterinnen und Baselbieter eine höhere Fachprüfung mit eidgenössischem Diplom ab und 396 erhielten einen eidgenössischen Fachausweis (Berufsprüfung). Die starke Zunahme der eidgenössischen Fachausweise im Jahr 2006 steht im Zusammenhang mit der Anerkennung gewisser Berufsprüfungen durch den Bund. Bei den Diplomen der höheren Fachschulen kam es aufgrund neu integrierter Ausbildungen im Gesundheitsbereich 2009 zu mehr als doppelt so vielen Abschlüssen als im Vorjahr. Die Zahl der eidgenössischen Diplome hat sich hingegen nur wenig verändert. Die nicht auf Bundesebene reglementierten Abschlüsse sind mit deren zunehmenden Anerkennung hingegen gemäss Angaben des BFS zurückgegangen.

Zum Teil grosse Unterschiede nach Geschlecht

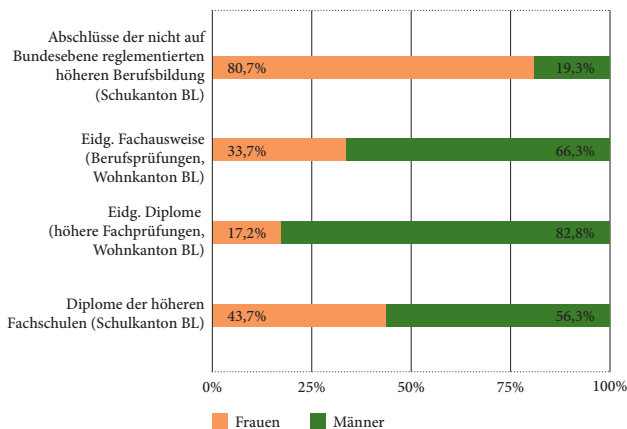
Auf gesamtschweizerischer Ebene steigt der Frauenanteil in der höheren Berufsbildung gemäss BFS seit fünfzehn Jahren an. Während 1994 32% der Abschlüsse an Frauen gingen, waren es 2009 rund 44%. Bezogen auf den Kanton Basel-Landschaft bzw. die Baselbieter Studierenden ist die gleiche Entwicklung zu beobachten. Die Zunahme verlief aufgrund jährlicher Schwankungen jedoch weniger kontinuierlich. 2009 waren die Frauen mit 43% unter den Abschlüssenden vertreten, die Männer mit 57%. In den beiden Jahren zuvor war das Geschlechterverhältnis beinahe ausgeglichen. Die hohe Zahl der Männer mit Abschluss im Jahr 2006 steht im Zusammenhang mit der ausserordentlichen Anerkennung der höheren Berufsprüfungen mit eidgenössischem Fachausweis. Insgesamt waren die Frauen im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2009 bei den nicht auf Bundesebene reglementierten Fachprüfungen mit über 80% in der klaren Mehrheit, bei den anderen Abschlüssen waren sie hingegen in der Unterzahl. So erwarben im Durchschnitt der letzten vier Jahre nur 17,2% Frauen ein eidgenössisches Diplom.

1: Bildungsabschlüsse der höheren Berufsbildung seit 2000



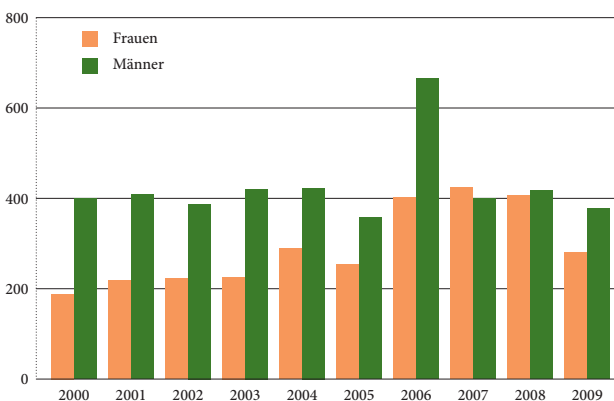
Daten: Statistik der Bildungsabschlüsse, Bundesamt für Statistik

2: Bildungsabschlüsse der höheren Berufsbildung nach Geschlecht im Durchschnitt der Jahre 2006/2009



Daten: Statistik der Bildungsabschlüsse, Bundesamt für Statistik

3: Bildungsabschlüsse der höheren Berufsbildung nach Geschlecht seit 2000



Daten: Statistik der Bildungsabschlüsse, Bundesamt für Statistik

Mehr Frauen an den höheren Fachschulen

Die Entwicklung der höheren Fachschulen ist geprägt von der Auslagerung gewisser stark männlich dominierter Ausbildungen an die Fachhochschulen und der Integration von Ausbildungen des Gesundheitsbereichs, bei denen die Frauen stark vertreten sind. 2009 erscheinen im Bereich der höheren Fachschulen erstmals Abschlüsse im Bildungsfeld Krankenpflege. Es handelt sich dabei um Abschlüsse der höheren Fachschule für Gesundheit BL mit insgesamt 75 Diplomierten, davon 61 Frauen. Die höhere Fachschule für Wirtschaft BL zählte 36 Studierende mit Abschluss im Bildungsfeld Management und Verwaltung, die KTSI – Kantonale Fachschule für Technik (Informatik) 12. In beiden Bereichen erwarben mehrheitlich Männer ein Diplom. Aufgrund der zahlreichen Studierenden im Gesundheitsbereich waren die Frauen 2009 mit 59% der Abschiessenden im Gegensatz zum Durchschnitt der Jahre 2006/09 in der Mehrheit.

Die meisten Diplome in Steuer- und Rechnungswesen

Die Zahl der eidgenössischen Diplome von Baselbieter Berufsfachleuten ist mit jährlich zwischen rund 80 und 120 bestandenen Fachprüfungen seit 2000 relativ stabil. 2009 erzielten Baselbieterinnen und Baselbieter in insgesamt 17 Ausbildungsfeldern eidgenössische Diplome. Mit 20 erfolgreichen Fachprüfungen wurden die meisten Diplome wie bereits im Jahr zuvor im Steuer- und Rechnungswesen gezählt, gefolgt vom Handel und dem Kredit- und Versicherungswesen. Im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2009 gingen 19% der Diplome im Bereich des Steuer- und Rechnungswesens an Frauen. Im Bereich Chemie und Verfahrenstechnik sowie beispielsweise im Bereich der Informatik bewegte sich der Frauenanteil im Durchschnitt der letzten vier Jahre auf ähnlichem Niveau (Informatik nur 2009 keine Frau). Im Handel betrug das Geschlechterverhältnis der Diplomierten im gleichen Zeitraum 15% Frauen zu 85% Männer.

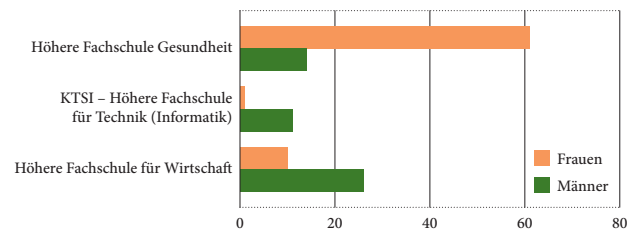
Geschlechterverhältnis bei den Berufsprüfungen vergleichsweise ausgeglichen

Die meisten Berufsprüfungen wurden 2009 in den Bereichen Schutz von Eigentum und Personen, Management und Verwaltung, Kredit- und Versicherungswesen und Handel abgelegt, wobei Baselbieterinnen und Baselbieter in insgesamt 27 verschiedenen Berufssparten erfolgreich waren. Das Geschlechterverhältnis war bei den Berufsprüfungen seit je her deutlich ausgeglichener als bei den Fachprüfungen mit eidgenössischem Diplom oder den Diplomen der höheren Fachschulen vor Integration der Gesundheitsberufe. 2009 gingen mit 155 bestandenen Berufsprüfungen 39% der erteilten 396 Fachausweise an Frauen. Im Durchschnitt der letzten vier Jahre lag das Geschlechterverhältnis bei 34% Frauen zu 66% Männern.

Entwicklung nach Staatsangehörigkeit – Schätzung

Die Staatsangehörigkeit wird in der Erhebung der Abschlüsse nicht erfasst, jedoch lassen sich die Anteile von schweizerischen und ausländischen Diplomierten gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) auf der Grundlage der Statistik der Studierenden schätzen. Das BFS geht davon aus, dass der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in der höheren Berufsbildung leicht steigt. Während vor 15 Jahren rund 11% der Abschlüsse an Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gingen, waren es 2009 gemäss BFS schätzungsweise 14%. Damit liegt der Anteil der Abschlüsse von ausländischen Personen gemäss den weiteren Ausführungen des BFS nahe den Werten, die seit 15 Jahren für Lehrabschlüsse mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnisse (Drei- und Vierjahresausbildungen) geschätzt werden.

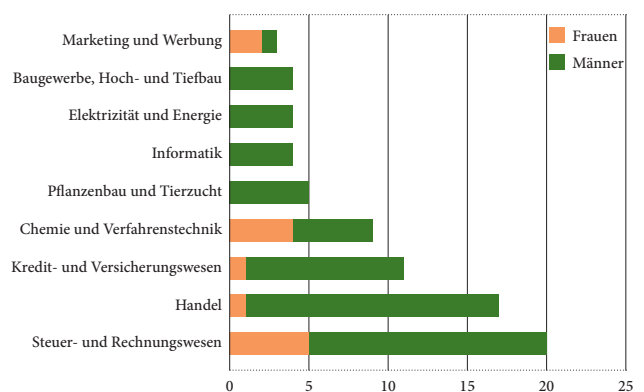
4: Diplome der höheren Fachschulen nach Bildungsfeld und Geschlecht 2009¹



¹ Schulkanton BL.

Daten: Statistik der Bildungsabschlüsse, Bundesamt für Statistik

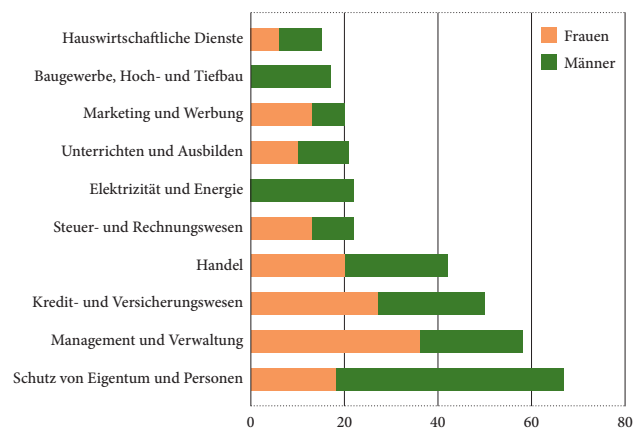
5: Die häufigsten eidgenössischen Diplome (Fachprüfungen/ Meisterprüfungen) nach Bildungsfeld und Geschlecht 2009¹



¹ Wohnkanton BL.

Daten: Statistik der Bildungsabschlüsse, Bundesamt für Statistik

6: Die häufigsten eidgenössischen Fachausweise (Berufsprüfungen) nach Bildungsfeld und Geschlecht 2009¹



¹ Wohnkanton BL.

Daten: Statistik der Bildungsabschlüsse, Bundesamt für Statistik

Bericht

Höhere Berufsbildung

Die Höhere Berufsbildung ermöglicht es Personen mit beruflicher Grundbildung sich beruflich weiter zu qualifizieren und so die Aufstiegsmöglichkeiten im Bildungssystem zu nutzen. Ihre Angebote sind unmittelbar praxisorientiert und arbeitsmarktbezogen. Sie gewährleisten dezentral eine flächendeckende, rasche Umsetzung neuer Fachkenntnisse. Damit unterstützen sie einen schnellen Innovationsrhythmus und bieten leistungsstarken Berufsleuten Entwicklungsmöglichkeiten, ohne dass ein akademischer Weg eingeschlagen werden muss.

Interkantonale Koordination

Bei der Entwicklung der höheren Berufsbildung müssen in nächster Zeit die Koordination von Bildungsangebot und interkantonaler Freizügigkeit geregelt werden. Dies ist verknüpft mit Finanzierungsfragen, vor allem was die Subventionierung der Angebote betrifft. Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt die Freizügigkeit bezüglich der finanziellen Unterstützung von Angeboten in anderen Kantonen, die von Baselbieter Einwohnerinnen und Einwohnern genutzt werden, und hat seine Praxis in den vergangenen vier Jahren kontinuierlich angepasst.

Internationale Anerkennung der höheren Berufsbildung

Es gehört zu den grossen Herausforderungen der nächsten fünf Jahre, die Qualität dieser Berufsabschlüsse international zu kommunizieren, denn in den allermeisten Ländern können höhere Qualifikationen nur akademisch und nicht über den praxisorientierten berufsbildenden Weg erworben werden. Die Benachteiligungen ergeben sich aber nicht nur, wenn Arbeitnehmende sich im Ausland um eine Stelle bewerben, sondern auch auf dem heimischen Arbeitsmarkt: In multinationalen Konzernen fallen zusehends ausländische Führungskräfte Personalentscheide, die mit dem schweizerischen beruflichen Bildungssystem nicht vertraut sind. Das Problem der «Übersetzbarkeit» in eine auch im Ausland verständliche Terminologie ist zwar erkannt, Lösungen gibt es aber erst für wenige Branchen.



Statistisches Portrait

Fachhochschulen

2009 waren insgesamt 2192 Baselbieterinnen und Baselbieter an einer der acht Fachhochschulen (FH; inkl. pädagogische Hochschulen) immatrikuliert. Für die Zuordnung der Herkunft ist der Wohnort vor Studienbeginn, d.h. zum Zeitpunkt des Erwerbs der Studienberechtigung, massgebend. Im Vergleich zu 2006 ist die Studierendenzahl um 22,7% angestiegen.

Bachelor und Master lösen Diplomstudiengänge ab

Von den 2192 Baselbieter FH-Studierenden befanden sich 2009 1647 in einem Bachelor- und 176 in einem Masterstudiengang. Die Studierenden dieser Stufen haben gegenüber 2006 aufgrund der im Wintersemester 2005/06 eingeführten Bologna-Reform klar zugenommen. 2009 befanden sich lediglich noch einzelne Studierende in einem «alten» Diplomstudium. Die einzige Ausnahme bilden die Ausbildungen für Berufsfachschul- und Maturitätsschullehrpersonen (Sekundarstufe II) der pädagogischen Hochschulen (PH), die weiterhin mit einem Diplom abschliessen, das normalerweise im Anschluss an einen UH-Master erworben wird.

Bachelorabschluss mit rund 26 Jahren

Die Baselbieterinnen und Baselbieter sind zum Zeitpunkt des FH-Eintritts 23,7 Jahre alt. Je nach Fachrichtung treten die Studierenden zwischen dem 22. und 25. Altersjahr in ihr FH-Studium ein. Die Studierenden der Fachrichtung Soziale Arbeit sind im Allgemeinen etwas älter. Hier betrug das durchschnittliche Eintrittsalter im Jahr 2009 26,2 Jahre. Eine weitere Ausnahme bildet die angewandte Psychologie, wobei es sich dabei um einige wenige Studierende handelt. Die ersten Bachelor-Abgängerinnen und -Abgänger – von den bereits zuvor möglichen Bachelor-Abschlüssen der Bereiche Gesundheit und Lehrkräfteausbildung abgesehen – schlossen ihren Bachelorstudiengang im Jahr 2008 mit im Schnitt 25,8 Jahren ab. Dies entspricht dem durchschnittlichen Abschlussalter von 2009. Auf Masterstufe werden für Aussagen über das Abschlussalter noch zu wenige Abschlüsse gezählt, ebenso kann die Studiendauer aufgrund der Datenlage noch nicht ausgewiesen werden.

Weiterhin hohe Zuwachsraten

Der kontinuierliche Ausbau des Fächerangebotes führt an den FH zu hohen Zuwachsraten. Die Zahl der Baselbieter FH-Studierenden steigt sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen kontinuierlich an. So hat beispielsweise der Aufbau des Fachbereichs Gesundheit insbesondere bei den Frauen zu einer Zunahme geführt, während die weitere Integration der Lehrkräfteausbildung für den Bereich der Sekundarstufe II im Speziellen bei den Männern zu einem weiteren Anstieg führte. Allerdings hat die Zahl der männlichen Studierenden im Fachbereich Wirtschaft und Dienstleistungen mit der insgesamt höchsten Zunahme gegenüber 2006 am stärksten zugelegt. Daneben trugen die steigenden Studierendenzahlen der Bereiche Soziale Arbeit sowie Chemie und Life Sciences zum Gesamtwachstum bei. Der Fachbereich Technik und IT mit hauptsächlich männlichen Studierenden ist der einzige Fachbereich mit deutlich kleinerer Studierendenzahl als noch 2006. Diese Abnahme führte dazu, dass die Zahl der Baselbieter FH-Studierenden im Jahr 2008 als Ausnahmejahr insgesamt kein Wachstum verzeichnete.

1: Kennzahlen¹

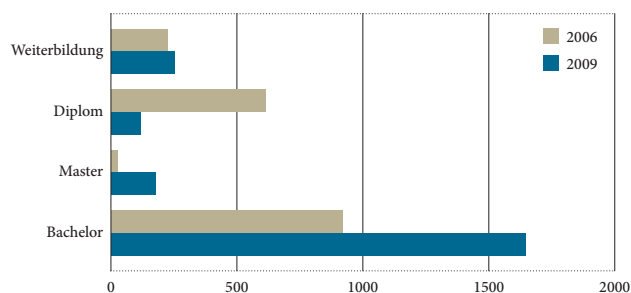
Studierende	2006	2009
Total	1 787	2 192
Schweizerinnen und Schweizer	93,7%	94,1%
Ausländerinnen und Ausländer	6,3%	5,9%
Weiblich	45,3%	47,4%
Männlich	54,7%	52,6%
Eintritte: (Diplom-/Bachelorstufe)	497	581
Abschlüsse: — Diplom/Bachelor	331	392
— Master	3	17
— Abschlussquote	9,5%	12,6%
Durchschnittsalter bei Eintritt (Bachelor)	22,9	23,7
Durchschnittsalter bei Studienabschluss ²	27,9	25,8
Bildungsausgaben in Mio. Fr. ³	55,0	59,2

¹ Inkl. pädagogische Hochschulen.

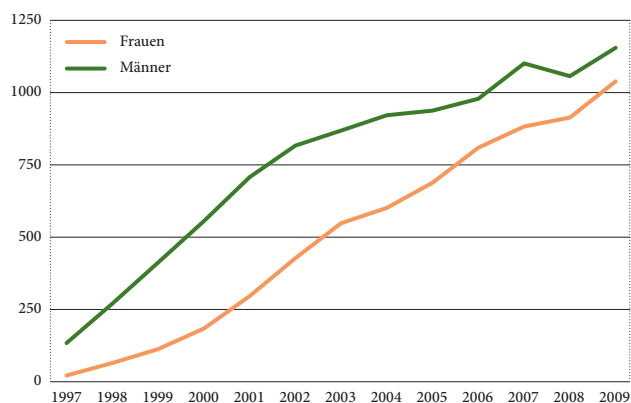
² 2006 Diplom, 2009 Bachelor.

³ Kantonsausgaben; nominale Zahlen.

Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik; Bildungsausgaben, Statistisches Amt BL

2: BL-Studierende nach Studienstufe 2006 und 2009

Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

3: BL-Studierende nach Geschlecht seit 1997

Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

Grosse Bandbreite an Zulassungsausweisen

2009 verfügten 45% aller basellandschaftlichen FH-Studierenden über eine Berufsmaturität (BM) als Zulassungsausweis für ihr Studium. Dabei sind die PH-Studierenden nicht mitberücksichtigt. Umgekehrt nimmt über die Hälfte der Inhaberinnen und Inhaber einer BM ein Studium an einer FH in Angriff. Von den Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden der Abschlusskohorte 2007 taten dies schweizweit rund 54% innerhalb von drei Jahren (F: 40%, M: 65%). Nach der BM folgt die gymnasiale Maturität als zweithäufigster Zulassungsausweis. Zudem verfügten rund 11% über ein Diplom einer Fachmittelschule (FMS, ehemals Diplommittelschule DMS-3). Die technische BM ist bei den Studienrichtungen Architektur und Bau, Chemie und Life Sciences sowie Technik und IT mit je 53% oder mehr der häufigste Zulassungsausweis, während die FH-Studierenden im Bereich Wirtschaft und Dienstleistungen zu 51% eine kaufmännische BM besitzen. Die gymnasialen Maturandinnen und Maturanden sind in den Fachbereichen Gesundheit, Musik/Theater und andere Künste sowie Soziale Arbeit stark vertreten, wobei der Weg bei der Sozialen Arbeit am häufigsten über die FMS führt.

Wirtschaft bei Männern, Pädagogik bei Frauen beliebt

Die Fachrichtung Wirtschaft und Dienstleistungen bildet nach wie vor einen wichtigen Pfeiler des Studienangebotes an den FH. Gegenüber 2006 ist der Anteil der Studierenden in diesem Fachbereich sogar weiter angestiegen: von rund 28% auf 30%. Dieser hohe Anteil ist den Männern zuzuschreiben, die hier mit 68% klar in der Mehrheit sind. Bei den Frauen ist die Lehrkräfteausbildung die am häufigsten gewählte Fachrichtung. Danach folgt Wirtschaft und Dienstleistungen und an dritter Stelle Soziale Arbeit. Bei den Männern folgt Technik und IT an zweiter Stelle vor der Lehrkräfteausbildung. Trotz dem gesamthaft relativ ausgeglichenen Geschlechterverhältnis überwiegt in fast allen Bereichen ein Geschlecht deutlich. Bei der Wahl der Fachhochschule liegt bei beiden Geschlechtern die FHNW mit insgesamt 67% aller Baselbieter FH-Studierenden klar vorne.

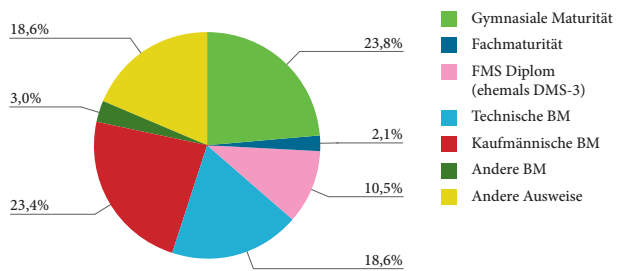
Erfolgsquote von 80%

Die FH-Erfolgsquote misst gemäss Definition des Bundesamtes für Statistik den Anteil der Studierenden, die nach fünf Jahren das Studium erfolgreich abgeschlossen haben. Im Bereich der FH liegen zwar nach der Bologna-Reform noch nicht so lange Zeitreihen vor, trotzdem lassen sich gewisse Aussagen machen. So haben beispielsweise von den 2005 eingetretenen Studierenden 80% bis spätestens im Jahr 2009, d.h. nach vier Jahren, erfolgreich einen Abschluss erlangt: 89% der Studierenden auf Diplomstufe und 78% der Studierenden auf Bachelorstufe. Die Erfolgsquote der 2005 ins Studium eingetretenen Frauen ist mit 83% nach vier Jahren höher als jene der Männer (77%).

Hohe FH-Abschlussquote im Kanton Basel-Landschaft

Die FH-Abschlussquote zeigt den Anteil der Personen, die an einer schweizerischen Fachhochschule einen Abschluss erworben haben, gemessen am Total der Wohnbevölkerung im vergleichbaren Alter. Die gesamtschweizerische FH-Abschlussquote betrug im Jahr 2009 12,8%. Für den Kanton Basel-Landschaft weist das Bundesamt für Statistik eine Abschlussquote von 12,6% aus. Die FH-Abschlussquote ist über die letzten Jahre infolge der Angebotserweiterung kontinuierlich angestiegen. Insbesondere die Frauen haben stark zugelegt. Mittlerweile weisen sie schweizweit eine leicht höhere FH-Abschlussquote aus als die Männer. Auf Kantonsebene haben sich die Quoten der Frauen und Männer ebenfalls angeglichen. Sie unterscheiden sich nur geringfügig, unterliegen aber jährlichen Schwankungen.

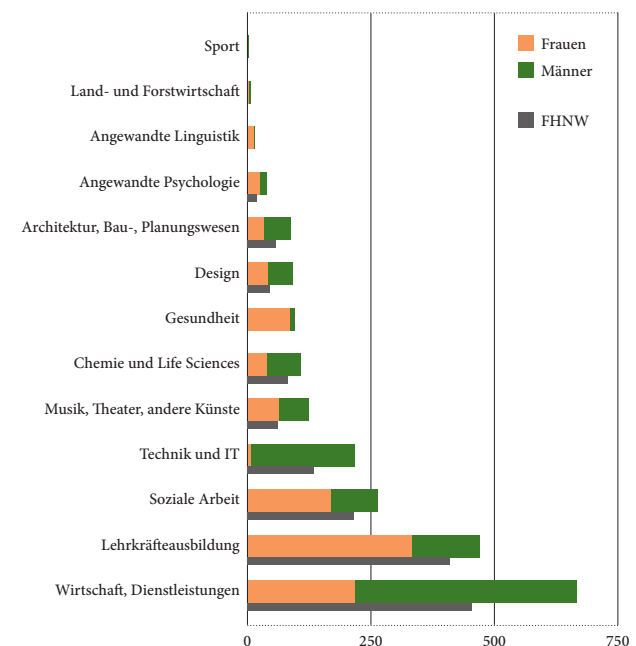
4: BL-Studierende nach Zulassungsausweis 2009¹



¹ Ohne pädagogische Hochschulen.

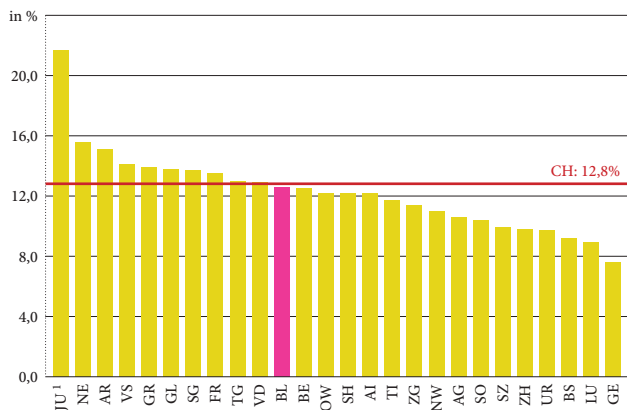
Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

5: BL-Studierende nach Fachbereichsgruppe und Geschlecht 2009



Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

6: FH-Abschlussquote nach Kanton 2009



¹ Die vom BFS für 2009 ausgewiesene FH-Abschlussquote des Kantons Jura ist aussergewöhnlich hoch. Aufgrund der kleinen Wohnbevölkerung kann es bei kleinen Kantonen zu starken jährlichen Schwankungen der Abschlussquoten kommen.

Daten: Hochschulindikatoren, Bundesamt für Statistik



Bericht

Fachhochschulen

Die ersten beiden Leistungsauftragsperioden der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW standen ganz im Zeichen der Umsetzung der Fusion und der dafür erforderlichen Reorganisationen. Grosse Anstrengungen wurden unternommen, um standortübergreifende Bachelorstudiengänge zu etablieren und Masterstudiengänge zu entwickeln, die neuen Hochschulen für Angewandte Psychologie und Life Sciences aufzubauen und 2008 die Musikhochschulen zu integrieren.

2009 und 2010 waren durch intensive Vorbereitungen für die gemeinsame Pensionskassenlösung der FHNW geprägt. Dank der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und der Unterstützung durch die Trägerkantone konnte diese per 1. Januar 2011 realisiert werden.

Strategie der FHNW bis 2016

Die FHNW definierte 2008 die Begriffe Nachhaltigkeit, Ressourcen und Transformation in einem hochschulübergreifenden Prozess als strategische Leitlinien. Gegen Ende 2011 will die FHNW den Trägerkantonen ihre Strategie für die Jahre 2012 bis 2016 vorlegen.

Campus-Projekte der FHNW

Die FHNW ist in Aarau, Basel, Brugg-Windisch, Liestal, MuttENZ, Olten, Solothurn und Zofingen angesiedelt und in rund 100 Gebäuden untergebracht. In den nächsten Jahren werden vier Bauprojekte realisiert, die durch Konzentration die interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern sowie ein anregendes Campus-Umfeld schaffen sollen. Der Campus Brugg-Windisch wird ab 2013 Institute der Pädagogischen Hochschule und der Hochschule für Wirtschaft sowie die Hochschule für Technik beherbergen. Im gleichen Jahr kann der Unterrichtsbetrieb im Campus Olten für die Bereiche angewandte Psychologie, Soziale Arbeit und Wirtschaft aufgenommen werden. Die Hochschule für Gestaltung und Kunst wird ab 2014 im Campus Dreispitz-Basel in Münchenstein beheimatet sein.

2017 wird der Campus MuttENZ bezugsbereit sein. Im Mai 2011 konnte das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs präsentiert werden. Voraussichtlich wird der Landrat im vierten Quartal 2013 das Bauprojekt beraten. Im Campus MuttENZ werden rund 2200 Studierende und 500 Mitar-

beitende der Hochschulen für Architektur, Bau und Geomatik, für «Life Sciences», für Soziale Arbeit und der Pädagogischen Hochschule ihren Studien-, Forschungs- und Arbeitsplatz haben.

Herausforderungen und Erfolge

Die FHNW hat sich seit 2006 bereits eine hervorragende Position in der Schweizer Bildungs- und Forschungslandschaft erworben. Die Hochschulen bieten attraktive Aus- und Weiterbildungen. Sie forschen kooperativ erfolgreich mit externen Institutionen und Unternehmen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Region.

Angesichts der knappen Ressourcen der Trägerkantone wird die effiziente Führung der FHNW eine ihrer grössten Herausforderungen der kommenden Jahre sein. Dass sich die FHNW dessen bewusst ist, zeigt sich etwa darin, dass sie den Selbstfinanzierungsgrad seit 2007 bereits beachtlich erhöht hat. Im Zusammenhang mit knappen Ressourcen und steigenden Studierendenzahlen wird sich die FHNW auch vermehrt mit allfälligen Zulassungsbeschränkungen beschäftigen müssen.

Eine weitere Herausforderung betrifft die Nachwuchsförderung. Im Gegensatz zu den Universitäten verfügen die Fachhochschulen nicht über das Promotionsrecht. Viele Fachhochschulen fordern dieses für eine gezielte Nachwuchsqualifizierung und eine konkurrenzfähige Positionierung im internationalen Umfeld. Gewisse Exponenten der Schweizer Hochschulbildung erachten zwar die Nachwuchsförderung an Fachhochschulen als dringlich, lehnen jedoch ein eigenes Promotionsrecht der Fachhochschule ab. Die Diskussion tangiert Grundsätze der schweizerischen Bildungssystematik und ist noch nicht abgeschlossen.



Statistisches Portrait

Pädagogische Hochschulen

2009 waren insgesamt 470 Baselbieterinnen und Baselbieter an einer pädagogischen Hochschule (PH) immatrikuliert. Für die Zuordnung der Herkunft ist der Wohnort vor Studienbeginn, d.h. zum Zeitpunkt des Erwerbs der Studienberechtigung, massgebend. Obwohl die PH in der Systematik der Bildungsstatistik den Fachhochschulen (FH) zugeordnet sind, werden sie aus institutioneller und inhaltlicher Logik ergänzend auch separat betrachtet.

Moderate Zunahme der PH-Studierenden

Im Vergleich zu 2006 ist die Zahl der basellandschaftlichen PH-Studierenden um 10,8% angestiegen. Die meisten Studierenden befinden sich in einem der Bachelorstudiengänge, die im Zuge der Bologna-Reform zusammen mit der Masterstufe auf das Wintersemester 2005/06 eingeführt wurden. Die «alten» Diplomstudiengänge existieren seither nicht mehr. Die Ausbildung der Lehrkräfte für die Sekundarstufe II (Maturitätsschulen, Berufsfachschulen) bleibt aber eine Ausbildung mit Diplomabschluss, die in der Regel im Anschluss an einen UH-Master absolviert wird. Aufgrund laufender Reformprozesse sind gesicherte Aussagen über längerfristige Entwicklungen nach wie vor schwierig.

142 Eintritte in PH-Ausbildungen

2009 traten 142 Baselbieterinnen und Baselbieter in eine PH-Ausbildung auf Bachelor- oder Diplomstufe ein. Auf Bachelorstufe werden seit 2005 jährlich 100 bis gut 110 Eintritte gezählt, wobei das Jahr 2009 wegen strukturellen Anpassungen mit lediglich 63 Eintritten eine Ausnahme bildet. 81% der Bacheloreintritte im Jahr 2009 erfolgten in einen Studiengang mit Zielstufe Vorschul- und Primarstufe, 9% in einen Studiengang mit Zielstufe Sek I. Die Eintritte auf Stufe Master sind von 14 im Jahr 2006 auf 32 im Jahr 2009 angestiegen. Es handelt sich dabei um Studierende mit Zielstufe Sek I (9), Heilpädagogik (16) oder Fachdidaktik (7). Zudem wurden 79 Eintritte bei den Diplomausbildungen gezählt, davon die meisten mit Zielstufe Maturitätsschulen (64). Das durchschnittliche Eintrittsalter der Studierenden betrug 2006 21 Jahre, 2009 beinahe 23 Jahre. Das Eintrittsalter, sowie die Angaben zum Abschlussalter sind allerdings vor dem Hintergrund der strukturellen Anpassungen der Studiengänge zu betrachten.

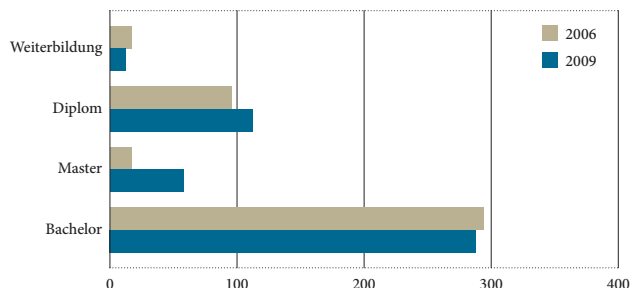
Hoher Frauenanteil in der Lehrpersonenausbildung

Der Ausbau der pädagogischen Hochschulen erfolgte zuerst im Bereich der Lehrpersonenausbildung der Vorschul- und Primarstufe mit einem sehr hohen Frauenanteil von 80%. Entsprechend nahm in den ersten Jahren des Bestehens der PH insbesondere die Zahl der Studentinnen rasch zu, während die Zahl der männlichen PH-Studierenden erst mit der Integration der Lehrkräfteausbildungen im Bereich der Sek II steiler anstieg. Diese Erweiterung führte zu einer Veränderung im Geschlechterverhältnis mit 71% Frauen zu 29% Männer im Jahr 2009. Unverändert tief ist hingegen der Anteil der basellandschaftlichen Studierenden mit ausländischer Nationalität. Lediglich 5% aller PH-Studierenden verfügen nicht über einen Schweizer Pass. Damit ist die ausländische Wohnbevölkerung bei den Baselbieter PH-Studierenden weniger stark vertreten als bei den Baselbieter FH-Studierenden insgesamt.

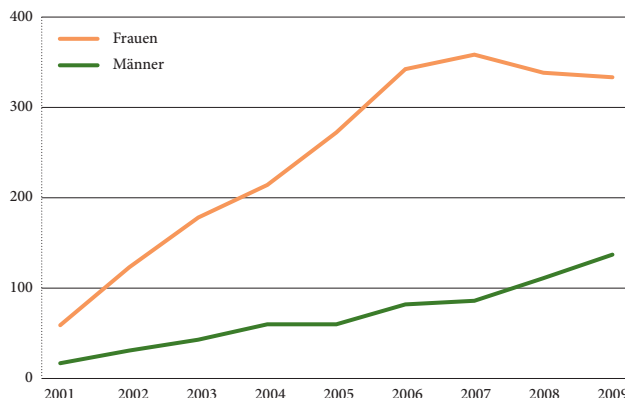
1: Kennzahlen

Studierende	2006	2009
Total	424	470
Schweizerinnen und Schweizer	94,3%	94,9%
Ausländerinnen und Ausländer	5,7%	5,1%
Weiblich	80,7%	70,9%
Männlich	19,3%	29,1%
Eintritte (Bachelor/Master/Diplom)	192	174
Abschlüsse: — Bachelor	52	91
— Master	3	11
— Diplom	51	33
Durchschnittsalter bei Eintritt (Bachelor)	21,1	22,6
Durchschn. Abschlussalter: — Bachelor	25,0	24,2
— Master	45,3	38,2
— Diplom	30,0	34,0

Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

2: BL-Studierende nach Studienstufe 2006 und 2009

Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

3: BL-Studierende nach Geschlecht seit 2001

Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

Zunahme der Studierenden mit gymnasialer Maturität in einem PH-Bachelorstudium

Die Ausbildungen an den PH sind je nach Zielstufe unterschiedlich organisiert und teils unterschiedlichen Stufen zugeordnet. Ebenso sind die Anforderungen an die Vorbildung der Studierenden nach Zielstufe der Unterrichtstätigkeit unterschiedlich. Studierende der Bachelorstufe mit Zielstufe Vor-/Primarstufe und Sekundarstufe I sind zu 53% Abgängerinnen und Abgänger einer Fachmittelschule (ehemals DMS-3) und/oder besitzen eine Fachmaturität. Weitere 37% verfügen über eine gymnasiale Maturität, gut 2% über eine Berufsmaturität. Insbesondere die Zahl der Studierenden mit gymnasialer Maturität hat bei den Studierenden auf Bachelorstufe im Vergleich zu 2006 kontinuierlich zugenommen. 2006 lag ihr Anteil noch bei 24%. Auf Masterstufe handelt es sich bei 33% der Studierenden um Fachmaturandinnen und -maturanden. Zudem verfügen 31% über ein Primarlehrerpatent und weitere 22% haben eine gymnasiale Maturität. Die Studierenden auf Diplomstufe sind hauptsächlich Personen mit einer gymnasialen Maturität, die bereits erfolgreich einen UH-Master abgeschlossen haben.

Die meisten Studierenden mit Zielstufe Vor- und Primarschule an der PHNW

53% aller Baselbieter Pädagogikstudierenden im Jahr 2009 befanden sich in einem Studiengang mit Zielstufe Vor- und Primarschule. Davon entschieden sich 95% für die Fachhochschule Nordwestschweiz (PHNW). Ganz allgemein wählen mit 87% der basellandschaftlichen Pädagogikstudierenden viele die lokale Hochschule. Bei den Studierenden der Studiengänge mit Zielstufe Sek I oder beispielsweise Heilpädagogik sind mit 72% bzw. 75% etwas weniger an der lokalen Hochschule immatrikuliert. Allerdings handelt es sich hierbei im Vergleich zur Zielstufe Vor- und Primarschule, wo 86% der Studierenden unter 25 Jahre alt sind, um bereits ältere Studierende.

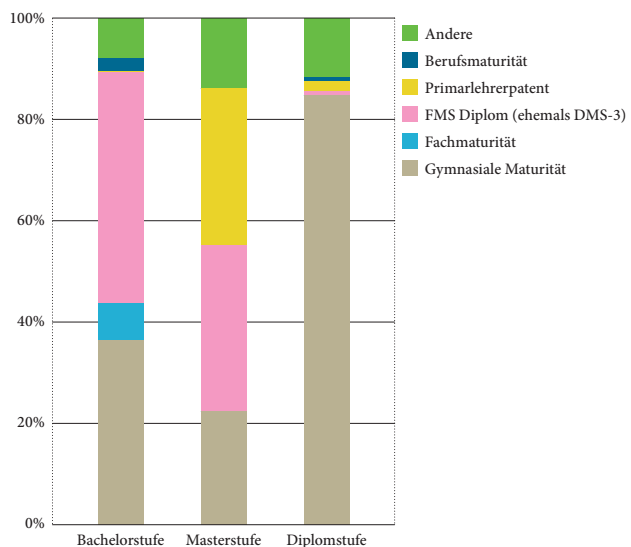
Hoher Frauenanteil bei der Lehrpersonenausbildung

Der Frauenanteil unter den Baselbieter Pädagogikstudierenden ist mit 71% Frauen zu 29% Männern nach wie vor hoch. Mit Ausnahme der Ausbildungen zur Maturitätsschul- oder Berufsfachschullehrkraft mit 43% Frauen zu 57% Männern respektive 15% Frauen zu 85% Männern übertrifft die Zahl der Studentinnen jene der Studenten bei allen Zielstufen. Bei den Studierenden mit Zielstufe Vor- und Primarschule lag die Frauenquote mit 80% im Erhebungsjahr 2009 allerdings tiefer als in den Vorjahren. 2006 waren es beispielsweise 85% Frauen zu 15% Männer. Der Studiengang mit Zielstufe Heilpädagogik wird praktisch ausschliesslich von Frauen besucht, Logopädie und Psychomotoriktherapie wurde seit Bestehen der FH-Lehrkräfteausbildungen nur von basellandschaftlichen Frauen besucht.

Hohe Erfolgsquote der PH-Studierenden

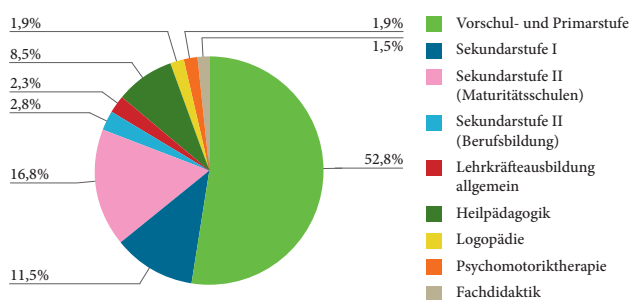
Die FH-Erfolgsquote misst gemäss Definition des Bundesamtes für Statistik den Anteil der Studierenden, die nach fünf Jahren das Studium erfolgreich abgeschlossen haben. Im Bereich der PH liegen zwar nicht so lange Zeitreihen vor, trotzdem lassen sich gewisse Aussagen machen. So haben beispielsweise von den 2005 eingetretenen Diplom-Studierenden 93% bis spätestens im Jahr 2009, also nach vier Jahren, erfolgreich einen Abschluss erlangt. Von den 2005 in ein Bachelorstudium eingetretenen Studentinnen und Studenten hatten im Jahr 2009 85% erfolgreich abgeschlossen. Unabhängig von der Stufe sind die Frauen erfolgreicher als die Männer. Die PH-Abschlussquote nach vier Jahren lag im Diplomstudiengang bei den 2005 eingetretenen Frauen beispielsweise bei 96%, während die Männer nach vier Jahren zu 89% einen Abschluss hatten. Die Daten der Bachelorstufe sind weniger stabil, zeigen aber das gleiche Muster.

4: BL-Studierende nach Zulassungsausweis und Stufe 2009



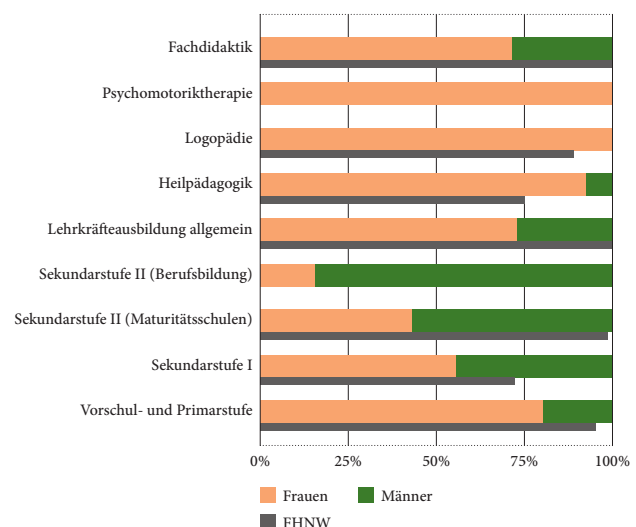
Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

5: BL-Studierende nach Zielstufe 2009



Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

6: BL-Studierende nach Zielstufe und Geschlecht 2009



Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

Bericht

Pädagogische Hochschulen

Die kantonalen pädagogischen Hochschulen boten eine Vielzahl von Ausbildungsgängen an, die nur teilweise von der EDK anerkannt waren. An der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (PH FHNW) wurden seit der Gründung 2006, die über 20 lokalen Studiengänge durch sieben standortübergreifende, schweizerisch anerkannte Studiengänge ersetzt, die modernen pädagogischen Konzepten folgen.

Die PH FHNW arbeitet eng mit den Bildungsinstitutionen der vier Trägerkantone zusammen und erörtert mit ihnen bei regelmässigen Treffen aktuelle Themen wie etwa der Mangel an Lehrpersonen oder die Bildungsharmonisierung.

Forschung

Die pädagogischen Hochschulen nahmen in der Schweiz erst zwischen 2002 und 2004 ihren Betrieb auf. Sie stehen einerseits vor der Aufgabe, ihre Lehre vermehrt an Ergebnissen der pädagogischen Forschung auszurichten. Andererseits gehört seit der Integration der Ausbildung von Lehrpersonen in die Tertiärstufe (Hochschulstufe) For-

schung neben Lehre und Dienstleistung zu ihren Kernaufgaben. Die PH FHNW begegnete dieser Herausforderung mit der Bildung von fünf Forschungszentren: den Zentren «Lesen – Sprachen, Medien, Schrift», «Bildungsorganisation und Schulqualität», «Naturwissenschafts- und Technikdidaktik», «Schule als öffentlicher Erziehungsraum» und «Politische Bildung und Geschichtsdidaktik». Das in diesen Zentren gewonnene Wissen über Schule, Unterricht, deren Rahmenbedingungen und Wirkungen wird in Aus- und Weiterbildung an Studierende und Berufsleute weitergegeben und mit Dienstleistungen für Bildungspolitik und -verwaltung, Schulen und andere Interessierte anwendbar gemacht.

Berufseinführung

Die Berufseinführung der Absolventen und Absolventinnen der PH FHNW ist im Bildungsraum Nordwestschweiz derzeit unterschiedlich geregelt. Da das Gelingen des Berufseinstiegs entscheidend ist für die Qualität des Unterrichtens sowie für die Verweildauer der Lehrpersonen im Bildungssystem, erarbeitete die PH FHNW ein einheitliches Konzept für die Berufseinführung. Dieses sieht ein duales System von lokaler Begleitung am Arbeitsplatz Schule und von externer Unterstützung vor. Von den Schulleitungen der Trägerkantone wird das Konzept begrüsst. Die einzelnen Trägerkantone können auf der Basis kantonomer Leistungsvereinbarungen dieses Konzept übernehmen.





Mangel an Lehrpersonen: Programm «Laufbahn Schule»

Um dem absehbaren Mangel an Lehrpersonen insbesondere auf Primar- und Sekundarstufe I zu begegnen, hat die PH FHNW im Auftrag der Trägekantone zusätzlich zu den ordentlichen Studiengängen Sonderqualifikationsangebote eingeführt mit dem Ziel, geeignete Personen mit oder ohne reguläre Zulassungsvoraussetzungen für den Einstieg in den Lehrberuf, für eine Zusatzqualifikation auf der Sekundarstufe I oder für den Wiedereinstieg zu gewinnen. Bei diesem «Laufbahn Schule» genannten Programm handelt es sich um einen Pilotversuch, der laufend überprüft wird. Die PH FHNW erstellt jährlich einen Bericht über das Programm «Laufbahn Schule» zuhanden der Kantone. Obwohl der Kanton Basel-Landschaft noch nicht vom Mangel an Lehrpersonen betroffen ist, beteiligt er sich vorausschauend in geringem Umfang ab 2012 daran.

Herausforderungen und Erfolge

Im Gegensatz zu den anderen Hochschulen der FHNW wurde auf der politischen Ebene beschlossen, dass in allen vier Trämerkantonen Studiengänge für angehende Lehrpersonen angeboten werden müssen. Der Grund für diese Entscheidung lag in den unterschiedlichen Ausbildungen der Lehrpersonen und Schulsystemen begründet. In den kommenden Jahren steht die PH FHNW vor der Herausforderung trotz dieser Ausgangslage die Durchschnittskosten für Studierende zu senken.

Mit ihren gut 1900 Studierenden ist die PH FHNW mit der Hochschule für Wirtschaft eine der grössten Hochschulen der FHNW und eine der grössten pädagogischen Hochschulen der Schweiz. Im Bereich Weiterbildung gehört das Institut für Weiterbildung und Beratung der PH FHNW, das auch mit der Fachstelle für Erwachsenenbildung des Kantons Basel-Landschaft (FEBL) zusammenarbeitet, mit 33 000 Teilnehmenden (2010) zu den grössten Anbietern von Weiterbildungen für Lehrpersonen. Sowohl die Studierendenzahlen als auch Preise zeugen vom Erfolg der PH FHNW. Letztes Jahr erhielten zwei Dozierende des Instituts Vorschul- und Unterstufe den «Worlddidac Award 2010».

Statistisches Portrait

Universitäre Hochschulen

2009 waren insgesamt 3703 Baselbieterinnen und Baselbieter an einer der zwölf universitären Hochschulen (UH) immatrikuliert. Für die Zuordnung der Herkunft ist der Wohnort vor Studienbeginn, d.h. zum Zeitpunkt des Erwerbs der Studienberechtigung, massgebend. Im Vergleich zu 2006 ist die Studierendenzahl um 6,9% angestiegen, im Langzeitvergleich hat sich die Zahl der basellandschaftlichen Studierenden zwar nur unwesentlich verändert, gemessen an der Wohnbevölkerung im Studienalter entscheiden sich aber immer mehr junge Erwachsene für ein Hochschulstudium.

Bachelor und Master lösen Lizentiats- und Diplomstudiengänge ab

Von den 3703 Baselbieter UH-Studierenden befanden sich 2009 noch 363 in einem «alten» Lizentiats- oder Diplomstudium. Mit der Bologna-Reform laufen diese Studiengänge aus. 2009 traten keine Baselbieter Studierenden mehr in einen universitären Lizentiats- oder Diplomstudiengang ein. Entsprechend stark ist die Zahl der Studierenden der Bachelor- und Masterstudiengänge im Vergleich zu 2006 angestiegen. 2009 befanden sich 2062 Studierende auf Bachelor- und 700 auf Masterstufe. Daneben waren 485 Baselbieterinnen und Baselbieter daran, ein Doktorat zu erwerben. Ihre Zahl liegt leicht höher als 2006, während auf Stufe Weiterbildung weniger Studierende immatrikuliert waren als noch 2006.

Bisher gut sechs Jahre für ein universitäres Studium

Die Baselbieterinnen und Baselbieter treten unabhängig vom Geschlecht mit rund 21 Jahren ins Hochschulstudium ein. Die Studiendauer lag bei den Diplom- und Lizentiatsstudiengängen bei gut sechs Jahren, wobei in den letzten Jahren aufgrund der auslaufenden «alten» Abschlüsse ein Anstieg auf gegen sieben Jahre beobachtet wurde. Für die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge liegen noch keine aussagekräftigen Daten zur Studiendauer vor. Bei den in den Kennzahlen ausgewiesenen Angaben zum Abschlussalter ist zu beachten, dass 2006 ausschliesslich Diplom- und Lizentiatsabschlüsse berücksichtigt wurden, während es sich beim Abschlussalter von 2009 ausschliesslich um Masterabschlüsse handelt. Die Masterabschlüsse liegen von der Anzahl her derzeit noch unter dem künftig zu erwartenden Niveau, zudem sind aufgrund der laufenden Reform Studierende mit kurzer Studienzzeit tendenziell überrepräsentiert. Es ist davon auszugehen, dass das Abschlussalter künftig höher ausfallen wird.

Frauen und Männer halten sich die Waage – Ausländerinnen und Ausländer sind klar in der Minderheit

Frauen und Männer sind an den UH praktisch zu gleichen Teilen vertreten. 2009 wurden auf Stufe Bachelor erstmals mehr Neueintritte von Baselbieterinnen (304) gezählt als von Baselbiestern (263), womit die Frauen auf dieser Stufe die Mehrheit stellen. Auf Masterstufe wurden 2009 noch mehr Männer als Frauen gezählt. Am grössten sind die geschlechterbezogenen Unterschiede auf Doktoratsstufe. Hier waren 2009 44% der basellandschaftlichen Studierenden Frauen und 56% Männer. Dies entspricht dem Niveau von 2006. Der Anteil der Baselbieter Studierenden mit ausländischer Nationalität bewegt sich seit längerem auf tiefem Niveau. Der tiefe Prozentsatz von 5% ist nicht zu vergleichen mit dem Ausländeranteil aller Studierenden an Schweizer Universitäten, denn im Gegensatz zum kantonalen Wert sind im vergleichsweise hohen Ausländeranteil von 26% im Jahr 2009 auf gesamtschweizerischer Ebene auch die Studierenden aus dem Ausland (d.h. mit ausländischer Vorbildung) enthalten.

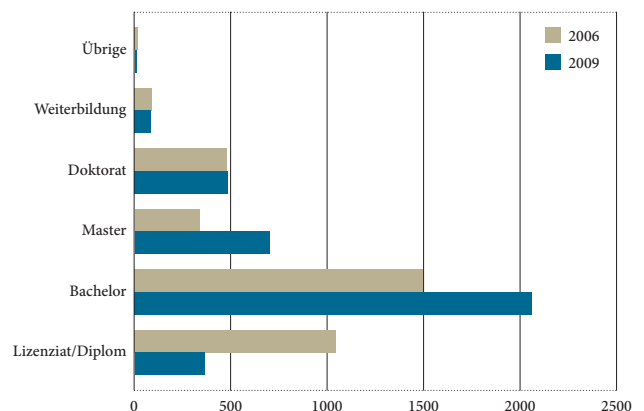
1: Kennzahlen

Studierende	2006	2009
Total	3 464	3 703
Schweizerinnen und Schweizer	93,9%	95,0%
Ausländerinnen und Ausländer	6,1%	5,0%
Weiblich	47,5%	48,8%
Männlich	52,5%	51,2%
Eintritte: (Lizenziat/Diplom, Bachelor)	479	567
Abschlüsse: — Lizenziat/Diplom	282	147
— Bachelor	175	363
— Master	97	177
Abschlussquote	16,0%	16,2%
Durchschnittsalter bei Eintritt	20,9	21,0
Durchschnittsalter bei Studienabschluss ¹	28,0	26,8
Bildungsausgaben in Mio. Fr. ²	113,4	137,5

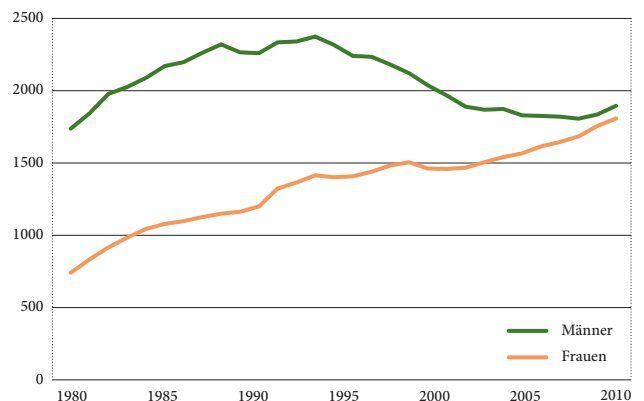
¹ 2006 Lizenziat/Diplom, 2009 Master.

² Kantonsausgaben; nominale Zahlen.

Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik; Bildungsausgaben, Statistisches Amt BL

2: BL-Studierende nach Studienstufe 2006 und 2009

Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

3: BL-Studierende nach Geschlecht seit 1980

Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

Maturitätsschwerpunkt häufig bestimmend für Wahl der Fachrichtung

Von den rund 570 neu eingetretenen Studierenden im Jahr 2009 verfügten 92% über einen gymnasialen Maturitätsabschluss. Weitere 2% gelangen über die so genannte Passerelle (Ergänzungsprüfungen BM-UH) an die Universität. Umgekehrt nehmen die meisten Inhaberrinnen und Inhaber einer gymnasialen Maturität ein Hochschulstudium an einer UH in Angriff. Schweizweit waren dies 2007 rund 76% (Frauen: 70%, Männer 85%). Die gymnasialen Maturitäten wurden nicht durchwegs nach Schwerpunkt erhoben, dennoch lassen sich hinsichtlich des abgeschlossenen Schwerpunkts und der gewählten Fachrichtung einige Aussagen machen. So wählten 76% der 2009 Neueintretenden mit gymnasialem Schwerpunkt moderne Sprachen, sowie 80% mit Schwerpunkt Wirtschaft und Recht ein Studium im Bereich der Phil-I-Fächer. Eintretende mit gymnasialem Schwerpunkt Physik und Anwendungen der Mathematik wählten zu 98% Phil-II-Fächer, Personen mit gymnasialem Schwerpunkt Biologie und Chemie entschieden sich ebenfalls mit einer hohen Quote von 78% für ein Phil-II-Fach.

Universität Basel und Geistes- und Sozialwissenschaften hoch im Kurs

Gut 30% der Baselbieterinnen und Baselbieter wählen ein Studium im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Dieser hohe Anteil ist zur Hauptsache den Frauen zuzuschreiben. Ganz allgemein scheint die Fächerwahl bei den Frauen weniger breit auszufallen als bei den Männern. Bei der Wahl der UH ist Basel nach wie vor hoch im Kurs: 66% der Studierenden mit Wohnkanton Basel-Landschaft studieren an der Universität von Basel. Es folgen die ETH Zürich mit 9,9% und die Universität Zürich mit 7,8%. Bei den Fachbereichsgruppen Wirtschaftswissenschaften, Recht, Medizin und Pharmazie, sowie Interdisziplinäre und andere erreicht die Universität Basel eine Abdeckungsquote von über 75%. Bei den Geistes- und Sozialwissenschaften sind es durchschnittliche 66%, die an der lokalen UH studieren, bei den Exakten Naturwissenschaften 53%. In der Fachbereichsgruppe Technische Wissenschaften besteht an der Universität von Basel kein Angebot, weshalb alle Studierenden dieser Fachbereiche eine andere Universität wählen.

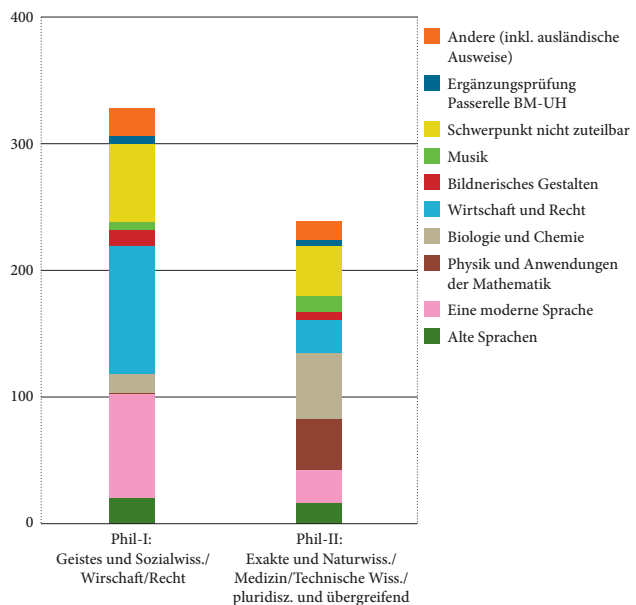
Guter Studienenerfolg bei Frauen und Männern

77% der Baselbieterinnen und Baselbieter mit Studienbeginn im Jahr 1999 haben bis 2009, also spätestens zehn Jahre später, einen Studienabschluss erworben (CH: 71%). Die Analyse der Studierendenkohorten ab 1980 zeigt eine anfänglich steigende, dann sich stabilisierende UH-Erfolgsquote. Während bei den Studienanfängern der frühen 1980er-Jahre die UH-Erfolgsquoten der Frauen und Männer um zehn bis zwanzig Prozentpunkte differierten, ist diese Diskrepanz bei den jüngsten Analysekohorten deutlich geringer. Besonders hohe UH-Erfolgsquoten sind in den technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen zu finden, bei den Geistes- und Sozialwissenschaften sind die Erfolgsquoten unterdurchschnittlich.

Hohe universitäre Abschlussquote im Kanton Basel-Landschaft

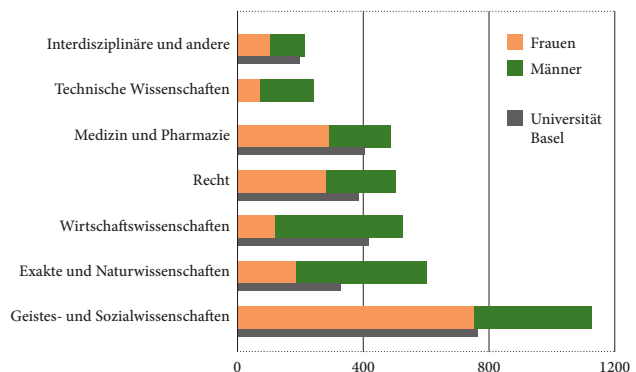
Die UH-Abschlussquote misst den Anteil der Personen, die an einer schweizerischen UH einen Abschluss erworben haben, gemessen am Total der ständigen schweizerischen Wohnbevölkerung im vergleichbaren Alter. Die gesamtschweizerische Abschlussquote betrug im Jahr 2009 15%, für den Kanton Basel-Landschaft weist das Bundesamt für Statistik eine Abschlussquote von vergleichsweise hohen 16,2% aus. Die Quote ist über die letzten zwanzig Jahre kontinuierlich gestiegen. Der starke Anstieg gegenüber dem Vergleichsjahr 2005 (CH: 13,8%, BL: 14,5%) ist auf die Abschlüsse auf Stufe Bachelor zurückzuführen. Die im Vergleich zum Lizentiat/Diplom kürzere Studiendauer führt kurzfristig zu einer Kumulierung der Abschlüsse.

4: Neu eintretende BL-Studierende nach Schwerpunkt der gymnasialen Maturität bzw. Zulassungsausweis 2009



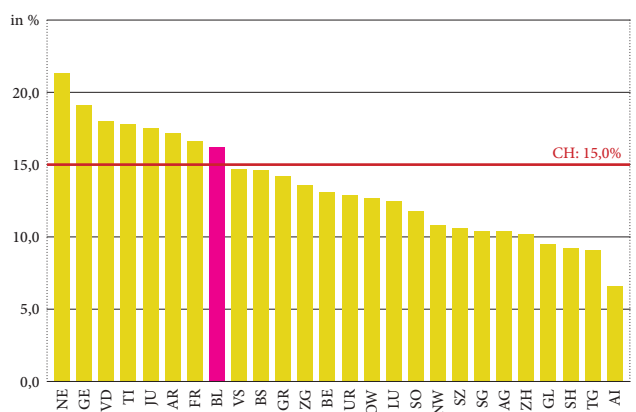
Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

5: BL-Studierende nach Fachbereichsgruppe und Geschlecht 2009



Daten: Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS), Bundesamt für Statistik

6: UH-Abschlussquote nach Kanton 2009



Daten: Hochschulindikatoren, Bundesamt für Statistik

Bericht

Universitäre Hochschulen

Die Universität Basel feierte im Jahr 2010 ihr 550-Jahr-Jubiläum. Unter dem Motto «Wissen bewegt uns» präsentierte sie sich in Liestal, Porrentruy, Solothurn, Aarau und Basel. An Märkten des Wissens konnte sich die interessierte Bevölkerung mit Wissenschaft auseinandersetzen. Die grosse Resonanz in der Öffentlichkeit belegt die Verankerung der Universität Basel in der Region und die Bedeutung des Wissens für eine moderne Gesellschaft.

Wissens- und Technologietransfer

Forschungseinrichtungen sollen dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes zu sichern und auszubauen, indem sie sich am Wissenstransfer zwischen Forschung, Unternehmen und Gesellschaft beteiligen. Die Universität Basel stellt sich dieser Forderung und stärkt gemäss ihrer Strategie den Wissens- und Technologietransfer (WTT). Seit Anfang 2011 werden WTT-Aufgaben von der Firma Unitectra für die Universität Basel erfüllt. Eine verstärkte Zusammenarbeit findet im Bereich WTT mit den Kliniken statt. Schliesslich beteiligt sich die Universität auch am «Basel Inkubator». Dieser bietet Jungfirmen, insbesondere Spin-Offs der Universität Basel, des ETH-Departements für Systembiologie und der FHNW, günstige Räumlichkeiten und ein spezielles Coaching.

Wissens- und Technologietransfer wird auch weiterhin eine Herausforderung für die Hochschulen sein. Dank eines Betriebsbeitrags von vorerst 15 Millionen Franken des Kantons Basel-Landschaft konnte das Centre Suisse d'Electrotechnique et Microtechnologie (CSEM) – eine Non-Profit-Organisation – in Muttenz angesiedelt werden. Das CSEM arbeitet an der Schnittstelle zwischen Hochschulen und Industrie. Forschungsergebnisse werden weiterentwickelt, bis sie in der Industrie eingesetzt werden können. Über eine weitere Beteiligung wird der Landrat 2012 entscheiden.

Baselland als Hochschulkanton

Der Kanton Basel-Landschaft ist seit 1. Januar 2007 paritätischer Mitträger der Universität Basel. In einer Abstimmung genehmigte die Baselbieter Bevölkerung mit einer Mehrheit von 85% den Staatsvertrag. Der Bundesrat hat den Antrag auf Anerkennung des Kantons Basel-Landschaft als Universitätskanton im Dezember 2007 abgelehnt. Er begründete dies damit, dass paritätische Mitträgerschaften und deren Einfluss auf die Beschlussfassung in der Schweizerischen Universitätskonferenz gesetzlich nicht geregelt seien. Diese Fragen würden im Entwurf des neuen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes diskutiert. Im Entwurf wurde das Baselbieter Anliegen jedoch nur ansatzweise berücksichtigt. Der Kanton Basel-Landschaft hat daher im Herbst 2010 eine Standesinitiative eingereicht. In der Erstberatung im Ständerat wurde diese Initiative im September 2011 abgelehnt. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichts stand die Beratung im Nationalrat noch aus.

In den kommenden Jahren muss eine tragfähige politische Steuerung der Schweizer Hochschulen beschlossen und umgesetzt werden. Der Kanton Basel-Landschaft wird sich mit seinen Partnerkantonen dafür einsetzen, dass gemeinsame Trägerschaften als zukunftsweisendes Modell angemessen in den neuen nationalen Hochschulgremien vertreten sein werden.

Herausforderungen und Erfolge

Die Universität Basel wird ihren Auftrag als Bildungsstätte für junge Menschen und als Forschungsinstitution von internationaler Geltung in einem zunehmend kompetitiven Umfeld erfüllen müssen. Für die Finanzierung wird dabei neben den Beiträgen durch die öffentliche Hand die Einwerbung von Drittmitteln zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dass die Universität hier auf gutem Weg ist, zeigen die Zahlen. 2007 wurden 103.6 Millionen Franken an Drittmitteln eingenommen, 2010 waren es 159.2 Millionen Franken. Neben diesem markanten Anstieg der Drittmittel und der hohen Resonanz im Jubiläumsjahr zeugen auch zahlreiche Preise vom Erfolg der Forscherinnen und Forscher und der Universität Basel insgesamt.

Die wachsenden Studierendenzahlen verweisen einerseits ebenfalls auf den guten Ruf der Universität, andererseits stellen sie eine Herausforderung für die Lehre dar. Die Sicherstellung eines angemessenen Betreuungsverhältnisses wird daher die Universität Basel weiterhin beschäftigen.

Statistisches Portrait

Quartärbildung

Gemäss der kantonalen Weiterbildungsumfrage von 2009 hat sich die Weiterbildungsaktivität der Baselbieter Bevölkerung in den vergangenen Jahren konstant auf einem hohem Niveau gehalten.¹ Bei einer näheren Betrachtung der Resultate fällt auf, dass sich der Anteil an Weiterbildungsmaßnahmen, welche als ausdrücklich berufsorientiert bezeichnet wurden, zwischen 2006 und 2009 sogar leicht erhöht hat, nämlich von 53% auf 62% aller Weiterbildungsteilnehmenden. Entsprechend zurückgegangen sind demgegenüber sowohl die freizeitorientierten, als auch all jene Weiterbildungen, welche im Graubereich zwischen persönlicher und berufsspezifischer Bildung eingeordnet wurden. Laut Bundesamt für Statistik liegt die nationale Teilnahmequote an Weiterbildungskursen aller Art mit 50% leicht tiefer als im Kanton Basel-Landschaft.²

Generell kann festgehalten werden, dass rund vier Fünftel der Nutzer und Nutzerinnen von Weiterbildungsangeboten über Jahre hinweg konstant zufrieden mit dem Angebot in der Region sind. Wenn dennoch über das Angebot geklagt wird, dann vorwiegend über das Fehlen eines nachgesuchten Themas, sowie über zu wenig Informationen und die zu grosse Distanz zum Kursangebot.³ Auf die Frage, ob es im vorhergegangenen Jahr eine Hinderungsgrund für den Besuch einer Weiterbildung gab, die gerne besucht worden wäre, nannten rund die Hälfte aller Berufstätigen die berufliche Belastung und die ungünstigen Kurszeiten. Bei diesem Punkt fällt auf, dass deutlich mehr Frauen (47%) als Männer (35%) Kurse nicht besucht haben, obwohl sie es eigentlich gerne getan hätten. Sie begründen dies häufiger als die Männer mit der familiären Belastung sowie mit zu hohen Kurskosten.

Unterschiede nach Geschlecht

Im Vergleich von ausschliesslich berufstätigen Weiterbildungsteilnehmenden fällt auf, dass weibliche Mitarbeitende deutlich weniger oft in den Genuss von finanzieller Unterstützung durch den Arbeitgeber kommen, als ihre männlichen Kollegen. 39% der Frauen bezahlen ihre Weiterbildung selbst, während nur 22% der männlichen Angestellten ihre Weiterbildung aus der eigenen Tasche bezahlen. Die kantonalen Zahlen bestätigen auch den im Bildungsbericht Schweiz 2010 auf nationaler Ebene ausgemachten Unterschied zwischen den Geschlechtern.⁴

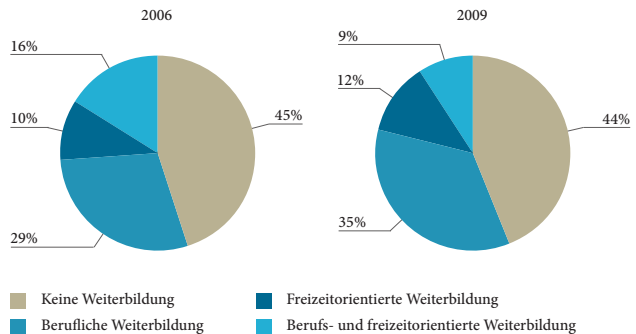
¹ Im Auftrag der Fachstelle Erwachsenenbildung wurde die Bevölkerungsumfrage 2009 zum Weiterbildungsverhalten der Basellandschaftlichen Bevölkerung zum dritten Mal nach 2003 und 2006 durch das Institut für Markt- und Meinungsforschung ISOPUBLIC durchgeführt. Wo nicht anders vermerkt, beziehen sich die statistischen Angaben auf diese Umfragen.

² Gemäss Bundesamt für Statistik: «Teilnahme an Weiterbildung in der Schweiz. Erste Ergebnisse des Moduls Weiterbildung der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2009».

³ Bei der kantonalen Bevölkerungsumfrage von 2009 gaben 24% der Befragten als Kritik an, dass das gewünschte Weiterbildungsthema im kantonalen Angebot fehlt, 19% beklagten den mangelnden Informationsstand über das Angebot und 10% bezeichneten die räumliche Distanz zum Kursangebot als zu hoch.

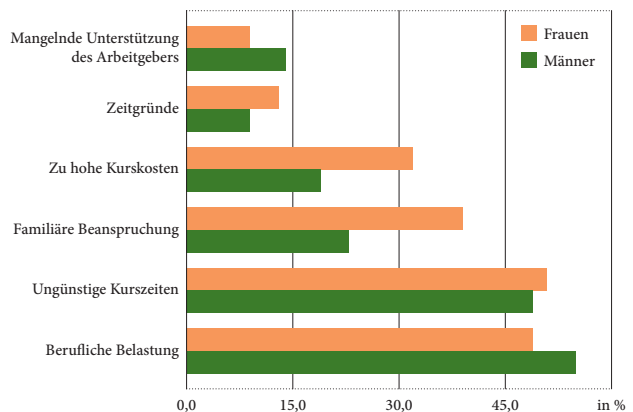
⁴ Auf nationaler Ebene finanzieren 60% aller erwerbstätigen Frauen ihre Weiterbildung selbst, während dieser Anteil bei erwerbstätigen Männern nur ein Drittel ausmacht. Siehe Bildungsbericht Schweiz 2010, Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Projektleitung Stefan C. Wolter, S. 268.

1: Weiterbildungsbeteiligung in den Jahren 2006 und 2009



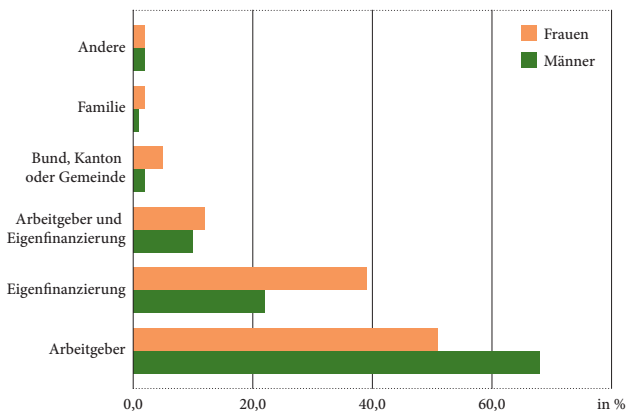
Daten: Fachstelle Erwachsenenbildung BL, Bevölkerungsumfrage 2009 durch ISOPUBLIC

2: Hinderungsgründe für den Besuch von Weiterbildungsangeboten durch Berufstätige nach Geschlecht 2009 (Mehrfachnennung möglich)



Daten: Fachstelle Erwachsenenbildung BL, Bevölkerungsumfrage 2009 durch ISOPUBLIC

3: Finanzierung der Weiterbildung von Berufstätigen nach Geschlecht 2009 (Mehrfachnennung möglich)



Daten: Fachstelle Erwachsenenbildung BL, Bevölkerungsumfrage 2009 durch ISOPUBLIC

Unterschiede nach Bildungsstand

Die Auswertung der kantonalen Bevölkerungsumfrage stützt ebenfalls den auf nationaler Ebene bekannte Trend, dass wer bereits viel Bildung hat, auch zu viel Weiterbildung kommt.⁵ Diese Bildungsvariante des Matthäus-Prinzips («Wer hat, dem wird gegeben») ist auf der kantonalen Quartärstufe allgegenwärtig. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass nur 27% der Befragten mit tiefem Ausbildungsstand angaben, im vorhergegangenen Jahr eine Weiterbildung besucht zu haben. Demgegenüber standen 55% der Befragten mit mittlerem und 69% der Befragten mit höherem Ausbildungsstand, die angaben, im gleichen Zeitraum eine Weiterbildung besucht zu haben.

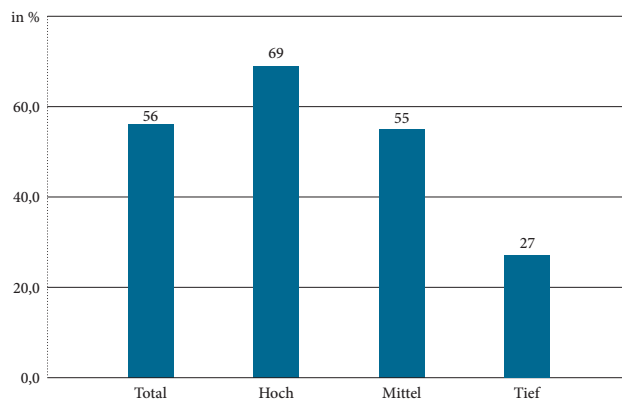
Informationsverhalten im Weiterbildungsbereich

Das Matthäus-Prinzip in der Weiterbildung findet eine weitere Bestätigung bei der Untersuchung des Informationsverhaltens. Nur 26% der weniger gut ausgebildeten Baselbieterinnen und Baselbieter erhalten oder beziehen ihre Information über mögliche Weiterbildungen am Arbeitsplatz. Im Gegensatz dazu gaben 65% mit hohem und 53% mit mittlerem Bildungsstand an, Informationen über Kursangebote am Arbeitsplatz bezogen zu haben. Diese Disparität weist darauf hin, dass weniger gut ausgebildeten Baselbieterinnen und Baselbieter offenbar auch weniger oft in den Genuss von Personalentwicklungsmassnahmen im Weiterbildungsbereich kommen als ihre besser (grund-)gebildeten Arbeitskollegen und -kolleginnen.

Allgemein fällt auf, dass mehr als die Hälfte aller Baselbieterinnen und Baselbieter keine Stelle angeben können, welche ihnen bei der Wahl geeigneter Weiterbildungsmöglichkeiten beratend zur Seite stehen könnte. Mit 14% die meisten Nennungen erreicht das Berufsinformationszentrum (BiZ) des kantonalen Amts für Berufsbildung und Berufsberatung, gefolgt vom kantonalen Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) mit 7%. Bei den meisten anderen Nennungen fällt auf, dass die angegebenen Beratungsstellen gleichzeitig auch anbietende Stellen sind, wie z.B. bei der Klubschule Migros (6%), den KV-Schulen (6%), der Pro Senectute (4%) oder der Volkshochschule beider Basel (2%).

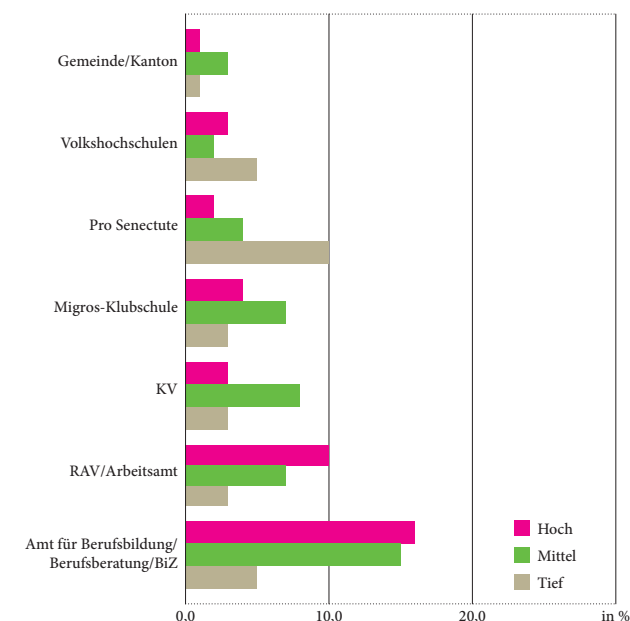
Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass Informations- und Beratungsdienstleistungen den weiterbildungswilligen Bewohnern und Bewohnerinnen des Kantons weitgehend unbekannt sind. Ausnahmen bilden die Berufsinformationszentren (BiZ) der kantonalen Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung sowie die kantonalen Arbeitsvermittlungsstellen. Der aufstrebende Weiterbildungssektor hat zwar bereits ein respektables Marktvolumen erreicht, aber abgesehen von den genannten Ausnahmen auf kantionaler Ebene, findet eine grosse Mehrheit der Baselbieter und Baselbieterinnen keinen Zugang zu neutralen, qualitativ abgesicherten Auskünften und Beratungen über ihre Weiterbildungsmöglichkeiten.

4: Weiterbildungsbeteiligung nach Bildungsstand 2009



Daten: Fachstelle Erwachsenenbildung BL, Bevölkerungsumfrage 2009 durch ISOPUBLIC

5: Bekanntheitsgrad von ausgewählten Informations- und Beratungsstellen nach Geschlecht 2009 (Mehrfachnennung möglich)



Daten: Fachstelle Erwachsenenbildung BL, Bevölkerungsumfrage 2009 durch ISOPUBLIC

⁵ Vgl. Bildungsbericht Schweiz 2010, S. 266 – 268.

Bericht

Quartärstufe

Die vielfältigen Dienstleistungen im Weiterbildungsbereich wachsen zunehmend zu einer eigenständigen, quartären Bildungsstufe zusammen. Diese Entwicklung im Bildungswesen geht einher mit den wachsenden Anforderungen des modernen Wirtschafts- und Berufslebens und wird deshalb auch explizit als «Phänomen hochentwickelter Wissensgesellschaften» bezeichnet.

Quartärbildung als neuer Markt

Schweizweit erreicht die Quartärstufe bereits heute einen Umsatz von über fünf Milliarden Franken. Hochgerechnet auf den Kanton Basel-Landschaft lässt sich daraus ein kantonales Marktvolumen von mindestens 300 Millionen Schweizerfranken abschätzen. Angesicht solcher Grössenordnungen mag es erstaunen, dass die quartäre Bildungsstufe noch kaum ein in der Öffentlichkeit etablierter Begriff darstellt und dass viele Grundlagen, wie die statische Datenlage, ein allgemeiner Marktüberblick oder der Zugang zu Informations- und Beratungsdienstleistungen sich in vielerlei Hinsicht erst im Entwicklungsstadium befindet.

Konzept Weiterbildung Basel-Landschaft

Mit dem im Januar 2011 vom Landrat beschlossenen «Konzept Weiterbildung Basel-Landschaft» hat der Kanton Basel-Landschaft die Massnahmen aufgezeigt, mit denen er die Entwicklung der Quartärstufe in den kommenden Jahren fördern will. Ziel des Konzepts ist es, die Ausrichtung staatlichen Handelns im Bereich Weiterbildung im Kanton Basel-Landschaft für die nächsten Jahre zu definieren. Die im Konzept bezeichneten Massnahmen bilden die Grundlage für die zukünftige kantonale Weiterbildungspolitik. Die für die Umsetzung angeführten Massnahmen sind darauf ausgelegt, dass dem Prinzip der Subsidiarität im Weiterbildungsbereich Rechnung getragen werden kann. Neben den bereits genannten Defiziten in der statistischen Datenlage steht damit generell die Übersichtlichkeit der angebotenen Weiterbildungsdienstleistungen im Fokus. Der fehlende Marktüberblick erschwert nicht nur die politische Förderung der Quartärstufe, sondern schlägt sich allgemein auf die Zugänglichkeit zum vorhandenen Weiterbildungsangebot nieder.

Wo welches Angebot für wen, zu welchen Konditionen und nach welchen Qualitätsstandards angeboten wird, ist heute für viele Interessierte schwierig zu ermitteln. Die Resultate der kantonalen Bevölkerungsumfrage 2010 machen deutlich, dass eine Mehrheit der kantonalen Bewohner und Bewohnerinnen nicht nur am Arbeitsplatz wenig Zugang zu Informationen über Weiterbildungsmöglichkeiten findet, sondern allgemein keine Informations- und Beratungsstellen nennen können, die sie bei der Suche nach passenden Weiterbildungsangeboten unterstützen.

Ausblick

Mit dem von den kantonalen Berufsberatungszentren eröffneten «Eingangsportale» für die Validierung individuell angeeigneter Kompetenzen (vergleiche Bericht «Berufliche Grundbildung und Zwischenlösungen») und dem von der Fachstelle Erwachsenenbildung eingeleiteten Aufbau eines Weiterbildungsmonitorings wurden bereits diverse Massnahmen zur Unterstützung sowie zur besseren Zugänglichkeit und Benutzerfreundlichkeit der Quartärstufe an die Hand genommen. Der Kanton Basel-Landschaft will die Entwicklung des Weiterbildungssektors schwergewichtig in den Bereichen Angebotsüberblick und Weiterbildungsberatung unterstützen. Hintergrund dieses seit mehreren Jahren aufgebauten Engagements ist das staatliche Interesse an einer ebenso gut aus- wie weitergebildeten Bevölkerung. Eine qualitativ hochwertige Quartärstufe ermöglicht dem Individuum, am öffentlichen Leben teilzunehmen, und wird zunehmend zu einem Faktor im Standortwettbewerb.

Anhang

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

A, E, P (Leistungs- zug)	A: Allgemeine Anforderungen, E: Erweiterte Anforderungen, P: Progymnasiale Anforderungen
AGS	Attestausbildung Gesundheit und Soziales
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
BFS	Bundesamt für Statistik
BiBe	Bildungsbericht
BIZ	Berufsinformationszentrum
BM	Berufsmaturität
BM1	lehrbegleitende Berufsmaturität
BMS	Berufsmaturitätsschule
BS	Kanton Basel-Stadt
BVS2	berufsvorbereitende Schule (siehe Glossar)
BWB	BerufsWegBereitung
CAS	Certificate of Advanced Studies
CSEM	Centre Suisse d'Electrotechnique et Microtechnologie
DMS, DMS-3	(dreijährige) Diplommittelschule
EBA	eidgenössisches Berufsattest
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
EFZ	eidgenössisches Fähigkeitszeugnis
ERP	Enterprise Ressource Planning
ETH Zürich	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
FEB	Familienergänzende Kinderbetreuung
FEBL	Fachstelle für Erwachsenenbildung
FH	Fachhochschule
FHNW	Fachhochschule Nordwestschweiz
FMS	Fachmittelschule
HBB	höhere Berufsbildung
HF	höhere Fachschule
ICT	Informations- und Kommunikationstechnologie («Information and Communication Technology»)
ISF	integrative Schulungsform
IT	Informationstechnologie
IV	Schweizerische Invalidenversicherung
KG	Kindergarten
KIGA	kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
KK	Kleinklasse
KTSI	kantonale Technikerinnen- und Technikerschule für Informatik
KV	Kaufmännischer Verband Schweiz, deutschschweize- rische Abkürzung für kaufmännische Ausbildung
LRV	Landratsvorlage
MAR	Schweizerisches Maturitätsanerkennungsreglement
MINT	Mathematik, Informatik, Natur, Technik
NFA	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben- teilung zwischen Bund und Kantonen
NQF-CH	Nationaler Qualifikationsrahmen der Schweiz

OA	Orientierungsarbeit
OdA	Organisationen der Arbeitswelt
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PH	pädagogische Hochschule
PH FHNW	Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz
SATW	Schweizerische Akademie der technischen Wissenschaften
SBA, SBA+	schulisches Brückenangebot (siehe Glossar)
Sek I	Sekundarstufe I
Sek II	Sekundarstufe II
SGS	Systematische Gesetzessammlung
SHIS	schweizerisches Hochschulinformationssystem
SWiSE	Swiss Science Education
UH	universitäre Hochschule
ULEF	Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innen- Fortbildung Basel-Stadt
WMS	Wirtschaftsmittelschule
WTT	Wissens- und Technologietransfer

Glossar

Blended Learning	Kombination von Präsenzveranstaltungen und individuellem Lernen, unterstützt durch ICT
BVS2	Zweijährige berufsvorbereitende Schule, die sich an Lernende richtet, die einen anspruchsvollen Beruf in den Bereichen Dienstleistung/Pflege/Soziales oder Informatik/Technik/Elektronik anstreben. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, mit einem qualifizierten Abschluss der BVS 2 in die Fachmittelschule FMS überzutreten.
Check	Im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplans 21 vorgesehener Leistungstest, der die Überprüfung ermöglicht, inwieweit individuell festgelegten Lernziele erreicht wurden.
E-Learning	Lernen mit elektronischen oder digitalen Medien
HarmoS Konkordat	Die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule ist ein interkantonales Konkordat zwischen Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein, das die obligatorische Schule harmonisieren soll.
Lehrplan 21	Gemeinsamer Lehrplan für die Volksschule der 21 Deutschschweizer Kantone
Life-Sciences	Biowissenschaften. Umfasst Biologie, Medizin, Biomedizin, Biochemie, Molekularbiologie, Biophysik, ...
Mille Feuilles	Lehrmittel für den Französischunterricht auf Primarschulstufe
New World	Lehrmittelentwurf für den Englischunterricht auf Primarschulstufe
Passerelle	Ergänzungsprüfung zur Berufsmatura oder höheren Fachschule, die zur Aufnahme an einer universitären Hochschule oder Fachhochschule berechtigt
SBA, SBA+	Abgehende Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, die den Einstieg in die berufliche Grundbildung nicht schaffen, werden während einer einjährigen Vollzeitschule bei der Berufsfindung und Ausbildungsplatzsuche unterstützt
Sonderpädagogik-Konkordat	Die interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik legt im Hinblick auf den NFA-Aufgabentransfer gemeinsame Rahmenbedingungen fest.
Spin-Off	Neu gegründete Firma, mit dem Ziel Forschungs- und Entwicklungsergebnisse hochschulextern zu kommerzialisieren
Validierung plus	Projekt zur Förderung von Berufsabschlüssen für Erwachsene

Verweise

Bildungsbericht 2007 http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/parl-lk/vorlagen/2007/v279/bildungsbericht2007.pdf
Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft http://www.baselland.ch/bildungsharmonisierung
Bildungsraum Nordwestschweiz http://www.bildungsraum-nw.ch
Euregio-Zertifikat http://www.euregio-zertifikat.de
Fachhochschule Nordwestschweiz http://www.fhnw.ch
Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren http://www.edk.ch
Mathématiques sans Frontières http://maths-msf.site2.ac-strasbourg.fr
Moser & Angelone, 2009 http://dx.doi.org/10.5167/uzh-31408
Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz http://www.fhnw.ch/ph/
Phaenovum http://www.phaenovum.eu
Projekt Lehrplan 21 http://www.lehrplan.ch
Schöne Region Fricktal http://www.fricktal.ch
Schulisches Brückenangebot plus modular http://www.sbaplus-modular.ch
Schweizer Jugend forscht http://www.sjf.ch
Schweizer Wissenschafts-Olympiaden http://www.olympiads.ch
Schweizerische Akademie der technischen Wissenschaften http://www.satw.ch
TecDays http://www.satw.ch/tecday
tunBasel http://www.tunbasel.ch
Universität Basel http://www.unibas.ch
Volkshochschule beider Basel http://www.vhsbb.ch
Worlddidac http://www.worlddidac.org



Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
Kanton Basel-Landschaft
Rheinstrasse 31
CH-4410 Liestal